

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Ich heiße Sie zu unserem Gespräch in Berlin herzlich willkommen. Ich darf meiner Freude Ausdruck verleihen, daß Sie, Herr von Weizsäcker, uns mit Ihrer Anwesenheit beehren, wobei ich Sie nicht nur als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, sondern auch als ehemaligen erfolgreichen Bürgermeister dieser Stadt begrüßen möchte.

Berlin sollte kein Platz sein, an dem wir Deutsche in die Vergangenheit zurückfallen, sondern eine Stadt, in der wir unsere Zukunft bedenken. Wenn je eine Zusammenkunft des Bergedorfer Gesprächskreises den Charakter eines Versuches hatte, dann unsere heutige Veranstaltung, mit der wir Perspektiven, also Zukunftserwartungen, zum Thema unseres Gespräches machen. In unsere Zukunftshoffnungen schließen wir - wenn auch mit Fragezeichen versehen - die Hypothese ein, daß es den Sowjets mit der Perestroika gelingen wird, eine Umgestaltung und Modernisierung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Daß ein solcher Strukturwandel zu einer offeneren Demokratie einen Wandel auch der internationalen Beziehungen zur Folge haben würde, darüber gibt es wohl keinen Zweifel. Ebenso unbestreitbar ist es freilich, daß sich derart positive Zukunftserwartungen bis jetzt noch nicht auf Tatsachen, jedenfalls noch nicht auf ausreichende Tatsachen stützen können. Darüber werden wir sicher sprechen.

Ich möchte hierzu eine Vorbemerkung machen: Ich denke, wir sollten mit Hoffnung und mit guten Wünschen über die sowjetischen Absichten sprechen, auch dann, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Sowjetunion, wenn ihr der Durchbruch zu einer offenen Gesellschaft gelingen sollte, stärker sein wird als bisher.

Ich füge hinzu, daß wir Deutsche mit diesem Thema nicht Spekulationen über einen zukünftigen besonderen Charakter der deutsch-sowjetischen Beziehungen, über Ostpolitik oder Wiedervereinigung anstellen sollten. Solche Spekulationen führen nicht nur zu nationalen Enttäuschungen, sondern auch zu unnötigen Mißverständnissen zwischen unseren westlichen Freunden und uns.

Meine zweite Vorbemerkung betrifft die bei uns übliche Diskussion der sowjetischen Reformpolitik. Sie wird oft so geführt, als stehe die sowjetische Politik vor der Entscheidung zwischen Planung und Marktwirtschaft. Das ist zweifellos nicht der Fall. Wir sollten, und jetzt spreche ich als Unternehmer, unseren sowjetischen Gesprächspartnern klarmachen, daß die Erfahrung des 20. Jahrhunderts darin besteht, daß es keine wirtschaftliche Entwicklung in der Dynamik und Qualität ohne funktionierende Märkte geben kann. Das, was Stalin in seinem Beitrag über Marxismus und Sprachwissenschaft gesagt hat, daß nämlich die Sprache nicht zum "Überbau", sondern zur Basis gehöre, das gilt auch für den Markt. Der Markt ist die elementare Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung und wird es auch bleiben. Die Bürokratie hingegen gehört ohne Zweifel zum Überbau.

Wenn wir von dieser Basis aus einen Blick auf unser heutiges Thema werfen, so meine ich, daß der Markt, die internationalen Marktbeziehungen, Kooperation nicht nur ermöglichen, sondern auch verlangen. Kooperation heißt ja nicht nur Joint-venture und Erinnerungen an Lenins Neue Ökonomische Politik - NEP. Ich meine, zu einer neuen ökonomischen Politik gehört vor allem eine breite gemeinsame Verantwortung, und zwar in erster Linie für eine weltweite Umweltpolitik, aber auch für die Weltwirtschaft und für die friedliche Existenz aller Völker. Hieraus entsteht dann auch eine umfangreiche Zusammenarbeit auf den Feldern der Finanzen, des Rechts, der Dienstleistungen und der Verwaltung.

Die Sowjetunion als freier Teilnehmer an einer offenen Weltwirtschaft, das heißt doch, günstigere Prognosen für die Zukunft der industriellen Zivilisation und der dritten Welt stellen zu können, und zwar besser, als wir es bisher konnten. Ein solcher Weg braucht jedoch seine Jahre. Würde er gelingen, könnten wir am Ende dieses Jahrhunderts etwas aufatmen. Was hier als die eigentliche gemeinsame Aufgabe sichtbar wird, ist, daß wir die Welt im ganzen als funktionierende Totalität begreifen müssen.

Irgendwo vor diesem Zukunftshorizont liegt selbstverständlich eine Grenze, die wir in unserem heutigen Gespräch nicht überschreiten sollten. Dafür werden schon unsere beiden Referenten sorgen, die uns zunächst auf den noch nicht sehr tragfähigen Boden der Tatsachen führen werden.

Ich begrüße für diese Aufgabe die Herren Wolfgang Leonhard und Harry Maier, während Jürgen Engert sich dankenswerterweise bereit erklärt hat, die Diskussionsleitung zu übernehmen.

Freiherr von Weizsäcker

Ihnen, Herr Körber, gebührt Dank, daß sie in der besten Tradition des Bergedorfer Gesprächskreises einen Kreis von ebenso sachverständigen wie am Thema engagierten Persönlichkeiten eingeladen haben. Wir werden uns, wie Sie sagen, im Bewußtsein dessen, wo wir herkommen, mit Perspektiven für die Zukunft beschäftigen.

Ich freue mich auch, daß dieses Gespräch hier im Schloß Bellevue stattfindet, das mit nicht unerheblichem Aufwand, den der Haushaltsausschuß des Bundestages großzügigerweise gewährt hat, in einen Zustand versetzt worden ist, der es Berlin erlauben soll, Arbeit und Gesprächskreise zu beherbergen, an deren Zusammenkunft allen Berlinern und Deutschen gelegen ist.

Das Schloß ist zu einer Zeit erbaut worden, als es eine nicht unerhebliche Kooperation zwischen dem Russischen Reich und Preußen gab, nämlich Ende des 18. Jahrhunderts von einem Bruder Friedrichs des Großen. Es sollte damals als Relaisstation zwischen dem Zentrum Berlin und Potsdam dienen. Es hat dann ein sehr wechselvolles Schicksal gehabt. Der einzige prominente Vertreter unseres russischen Nachbarn, der hier tatsächlich gewohnt hat, war Molotow. Aber warum sollte es der letzte gewesen sein? Warum soll die Zukunft nicht bessere Perspektiven, zumindest als Chance, beinhalten?

Ich möchte noch ein paar kurze Bemerkungen zu dem Thema machen, das wir uns gestellt haben. Ähnliche Fragen hatten uns ja schon anlässlich des Besuchs in der Sowjetunion im Juli letzten Jahres beschäftigt.

Im vergangenen Oktober gab es im Reichstag hier in Berlin eine Veranstaltung, bei der unter anderem die Frage eine Rolle spielte, was wir im Westen denn wollen sollten: daß die Sowjetunion stark oder schwach sei? Aber ist die Frage so überhaupt richtig gestellt? Was sind denn die Gründe für vorhandene und möglicherweise bleibende Schwächen der Sowjetunion? Welche Folgen haben diese Schwächen für die Stabilität in Europa beziehungsweise für jenen Zustand des Friedens in Europa, auf den hinzuwirken unser Ziel und unsere Verantwortung ist? Unter welchen Bedingungen könnte die Sowjetunion Schwächen überwinden und stark werden? Hier wird sich nicht zuletzt die Frage nach den Möglichkeiten und Folgen einer Systemöffnung stellen und nach den Gefahren oder Chancen für jenen Zustand des Friedens in Europa, auf den wir hinwirken.

Ferner: Wo liegt unser Interesse als Bundesrepublik Deutschland? Ich sehe hier einen doppelten Aspekt. Auf der einen Seite sind wir westlich, das heißt unsere Überzeugungen und unsere innere Ordnung stimmen mit denen des Westens überein. Auf der anderen Seite liegen wir, was unsere menschlichen Bindungen und Bedürfnisse sowie unsere geopolitische Lage angeht, im Zentrum des geteilten Europa. Beides miteinander in Einklang zu bringen, bestimmt unsere Interessen und unsere politische Zielsetzung.

Das bedeutet für unsere Außenpolitik: Wir brauchen die enge Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten. Mit anderen Worten, unsere Mittellage darf nicht dazu führen, unsere Westbindung zu lockern. Es kommt vielmehr darauf an, diese Mittellage in unsere Westbindung einzubringen. Aber unsere Westbindung darf auch nicht Anlaß sein, daß wir unsere Mittellage vergessen oder verdrängen.

Gibt es ein berechtigtes Mißtrauen im Westen? Ich meine, es gibt eine verbreitete Unkenntnis im Westen. Wir werden nach meiner Überzeugung um so eher der gefährlichen Versuchung preisgegeben, unsere Mittellage zum Anlaß zu nehmen, die Westbindung zu lockern, je größer die Unkenntnis im Westen über unsere Lage bleibt. Anders gesagt: Wir werden um so westlicher sein, je mehr man im Westen unsere Mittellage und die daraus abgeleiteten Interessen und Notwendigkeiten versteht, teilt und unterstützt. Doch um dieses Verständnis zu wecken, können wir selbst sehr viel dazu beitragen.

Wenn wir hier heute vornehmlich die innere Entwicklung der Sowjetunion betrachten, müssen wir uns aber auch die Frage stellen, ob die Sowjetunion für uns die traditionell drohende Hegemonialmacht bleibt, die sich in ihren Außenbeziehungen primär auf uns fixiert. Müssen wir uns in Zukunft nicht mehr darauf einstellen, daß Asien und der pazifische Raum auch in den Augen der Sowjetunion das wichtigste Gravitationszentrum wird mit entsprechenden Herausforderungen, Rückwirkungen und Wechselwirkungen im Hinblick auf die inneren Entwicklungen in der Sowjetunion, die es für uns rechtzeitig zu erkennen und, soweit dies möglich ist, von unserer Seite zu begleiten gilt?

Ich bin deshalb sehr dankbar, Herr Körber, daß wir in "Bergedorf-Bellevue" die Möglichkeit haben, uns einmal ganz nüchtern den Bedingungen der zukünftigen Entwicklung zuzuwenden. In diesem Sinne heiße ich Sie alle im Bellevue herzlich willkommen!

Leonhard

Der sowjetische Reformprozeß ist nicht nur, aber vor allem durch zwei Begriffe geprägt: Glasnost und Perestroika. Bei der Frage, was sich in beiden Bereichen in den letzten drei Jahren ereignet hat, fällt eins auf: Es hat viele Veränderungen in der Glasnost und fast überhaupt keine in der Perestroika gegeben. Nach einer kurzen Übersicht über Glasnost und Perestroika möchte ich eine persönliche subjektive Antwort auf die Frage geben, ob kommunistische Systeme überhaupt reformierbar sind, und in welchem Ausmaß und in welchen Grenzen wir mit einem Erfolg des großen Reformvorhabens von Gorbatschow rechnen können.

Zunächst: Glasnost und Perestroika werden häufig in einem Atemzug genannt. Das halte ich für falsch. Gewiß gehören beide Bereiche zusammen, aber man sollte sich zwei Kreise vorstellen, die sich lediglich in gewissen Punkten überschneiden. Denn es handelt sich um verschiedene Zielsetzungen und Aufgabenstellungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und, vor allem, mit unterschiedlichen Verwirklichungschancen.

Glasnost beinhaltet öffentliche Transparenz und hat zum erklärten Ziel, die Eintönigkeit und Schönfärberei in den Massenmedien sowie abstrakte parteiideologische Begriffe zu überwinden, die große Zahl von Tabus zu verringern, die Bevölkerung zu informieren.

Es gibt zwei Gründe für die Glasnost-Politik. Erstens: Maßgebende Kreise des Regimes haben erkannt, daß das Informationsmonopol des Staates angesichts der modernen Nachrichten- und Medientechnik nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Taperrecorder, Video-Recorder und die bald abzusehende Installation von Fernsehsatelliten machen das unmöglich. Man muß also ein wenig öffnen. Zweitens: Der Reformflügel der Sowjetführung will weit darüber hinausgehen und die Informationsmöglichkeiten benutzen, um die Bevölkerung allmählich aus der Apathie und Lethargie herauszubringen und sie zu motivieren, an der Perestroika teilzunehmen.

Was hat sich in der Praxis in den vergangenen drei Jahren verändert? Im Bereich der Glasnost hat zunächst, was manchmal unterschätzt wird, eine bedeutsame Veränderung in den politischen Begriffen des öffentlichen Lebens stattgefunden. Die früheren "positiven" Begriffe: moralisch-politische Einheit, Sowjetpatriotismus, Treue zur Partei und Ergebenheit gegenüber dem Marxismus-Leninismus werden von Gorbatschow kaum noch benutzt. Die neuen positiven Begriffe lauten: Aktivierung, aktive Umstellung auf veränderte Bedingungen, Demokratisierung, Dynamik, intensive Entwicklungsmethoden, offene konstruktive Diskussionen, radikale Reformen, reale Politik, Sachlichkeit, Schnelligkeit, Tatkraft, Umgestaltung - mithin eine Ersetzung ideologischer durch reale Begriffe.

Anstelle der früher üblichen "negativen" Begriffe: Objektivismus, Subjektivismus, Schematismus, Formalismus und verfaulter Liberalismus treten seit Gorbatschow andere negative Begriffe hervor, nämlich Amtsmißbrauch, Bestechung, Effekthascherei, Geschwätz, Konservatismus, Korruption, Kriecherei, schrankenlose Lobhudelei, Phrasengeschrei, Unfähigkeit, Veruntreuung. Auch hier eine deutliche Hinwendung zur Realität.

Entscheidend im Bereich der Glasnost sind die Überwindung der Tabus, vor allem die Aufdeckung von Korruption und Bestechung, wobei Bestechung in der Sowjetunion ein unglaubliches Ausmaß erreicht hat. Philologisch interessant: Anstelle des deutschen Begriffs "Bestechung" gibt es in der russischen Sprache fünf unterschiedliche Begriffe, je nach dem, um welche Methoden und Summen der Bestechung es sich handelt, wobei vier dieser fünf Begriffe aus der sowjetischen Zeit stammen, also nicht ein Relikt der russischen Vergangenheit sind.

Neben Bestechung und Korruption, die im Mittelpunkt der Glasnost stehen, gibt es nunmehr offene Darstellungen über die Kriminalität, den Alkoholismus (einschließlich der Zahl der Totalalkoholiker), Drogensucht und Prostitution. Interessant sind die wiederholten Hinweise über Mängel im Gesundheitswesen, die früher nie zugegeben wurden; berichtet wird über mangelnde Sicherheit von Kernkraftwerken und Umweltschutzprobleme. Für mich besonders beeindruckend waren auch die offenen Schilderungen über die frühere Verfälschung von Wirtschaftsstatistiken sowie über die Frage, wie die Gerichte den höheren Parteibeschlüssen untergeordnet sind, darunter der Hinweis, daß sich in sowjetischen Gerichten oben rechts ein "Schlüsselzimmer" befindet, in dem Staatsanwalt und Richter zu einer bestimmten Tageszeit den Telefonhörer abnehmen, um von den übergeordneten

Parteibehörden zu erfahren, ob die für diesen Tag vorgesehenen Angeklagten zu verurteilen sind oder nicht, und wenn ja, zu welchem Strafmaß.

Das Durchbrechen von Tabus ist ein bedeutungsvoller Aspekt. Noch nie in der 70jährigen sowjetischen Geschichte ist über Mängel und Fehler so offen berichtet worden wie heute. Es gibt unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen Themen in diversen Zeitungen; es finden öffentliche Diskussionen in Rundfunk und Fernsehen statt, wobei die Zuhörer oder Zuschauer die Möglichkeit erhalten, sich direkt an die Diskutanten zu wenden. Es gibt auch eine weit größere Verbreitung von Meinungen "bürgerlicher" Ausländer in der Sowjetpresse, als das je zuvor der Fall war.

Diese zunehmende Öffentlichkeit hat in einigen Fällen zur Rücknahme von Partei- und Staatsbeschlüssen geführt. So wurde insbesondere das riesige Projekt der Umleitung sibirischer Flüsse offen diskutiert und gestoppt. Das militärische Heldendenkmal bei Moskau - es sollte eines der größten der Welt werden - wird aufgrund öffentlicher Diskussion nun nur noch in sehr viel kleinerem Umfang gebaut.

Gegenwärtig findet eine doppelte Vergangenheitsbewältigung statt. Sie betrifft zum einen die Breschnew-Periode von 1964 bis 1982, jetzt offen als Periode der Schönfärberei, der Stagnation, des wirtschaftlich-technologischen Zurückbleibens und des moralischen Niedergangs gekennzeichnet. Diese Vergangenheitsbewältigung verläuft, bisher zumindest, ohne Konflikte in der Parteiführung.

Eine zweite noch weitergehende Vergangenheitsbewältigung setzt sich mit der Stalin-Zeit auseinander. Ich habe in meinem Archiv 117 Artikel aus den letzten drei Jahren, die sich ganz oder teilweise mit der Stalin-Periode beschäftigen. Dabei geht diese Stalin-Kritik weit über die Chruschtschow-Periode hinaus. Diese Vergangenheitsbewältigung des Stalinismus stößt jedoch eindeutig auf Widerstand. Zweimal hat Jegor Ligatschow das Ausmaß der Stalin-Diskussion kritisiert, wobei er namentlich die Zeitschriften nannte, die dafür verantwortlich seien.

Eine große Rolle spielt auch das weitreichende "Tauwetter" im kulturellen Bereich. Ich nenne in diesem Bereich nur die Gedichte von Gumiljow, die Bücher von Mandelstam, Anna Achmatowa, Pasternaks "Doktor Schiwago", Anatolij Rybakows "Kinder vom Arbat", sowie kritische Theaterstücke, zum Beispiel "Silberne Hochzeit", "Scholem Aljochemstraße" und den Film "Die Reue". All das ist der Beginn eines kulturellen Tauwetters, das weit über das der 50er Jahre hinausgeht.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Rehabilitierung von Stalin-Opfern. Dazu gehören unter anderem der Genetiker Wawilow (für den es bereits eine Festveranstaltung gab), Koroljow, der entscheidend bei der Sputnikentwicklung tätig war, die Ökonomen der Bucharin-Gruppierung Tschajanow und 13 andere, die sich gegen Stalins Zwangskollektivierung wandten, und schließlich 20 der 21 Erschossenen vom Prozeß im März 1938. Im Februar 1988 erschien ein Artikel, in dem aufgrund von Dokumenten festgestellt wurde, daß sich im Jahre 1952, im letzten Jahr der Stalinära, 12 Millionen Personen in sowjetischen Zwangsarbeitslagern befunden haben.

All dies ist ein bedeutungsvoller Vorgang, der von niemandem geschmälert werden sollte. Man muß offen sagen, daß Glasnost das politische und kulturelle Klima in der Sowjetunion beträchtlich zum Positiven hin verändert hat.

Allerdings verläuft Glasnost unterschiedlich - man spürt es mehr in den Großstädten, nur wenig in den Provinzstädten. Auch gibt es immer noch Tabus: Lenin, die Oktoberrevolution, die Grundzüge des Sozialismus, die führende Rolle der Partei und besonders heikle aktuelle politische Fragen. Das gilt etwa für die wichtige Plenarsitzung des Zentralkomitees am 21. Oktober 1987, auf der Jelzin abgesetzt und auch Gorbatschows Jubiläumsrede zensiert und verändert sein soll. Noch größere Mängel gab es in der Berichterstattung über den armenisch-aserbaidshaischen Konflikt in den letzten vier Wochen.

In manchen Führungskreisen wird versucht, Glasnost einzudämmen und zu begrenzen. Im Juli 1987 verkündete Ligatschow die Losung: Glasnost ja, aber mit Verantwortung - was eine deutliche Begrenzung beinhaltete. Verantwortungsbewußte sowjetische Journalisten, die im Auftrage und mit Wissen der Parteiführung in die Regionen gefahren sind, um dort Korruptionsaffären aufzudecken, wurden nicht nur an ihrer Arbeit gehindert, sondern kurzerhand ins Gefängnis geworfen, wo sie nachher wieder herausgeholt werden mußten. Schließlich: Gorbatschow hat sich dreimal öffentlich dafür eingesetzt, daß Glasnost institutionell verankert und gesetzlich gefestigt werden soll. Das ist aber bisher nicht geschehen.

Wir sollten also die Bedeutung von Glasnost anerkennen, aber weder die immer noch bestehenden Tabus unterschätzen, noch jene Kräfte, die gegen eine angebliche "zu weit gehende" Öffentlichkeit auftreten.

Die erwähnten Gegenkräfte werden noch deutlicher, wenn wir über die Hauptzielsetzung, die Perestroika, sprechen. Perestroika beinhaltet eine Summe von Reformen, für sowjetische Verhältnisse sehr weitgehend, mit dem Ziel, das System lebendiger, offener, transparenter, flexibler und effektiver zu gestalten. Mit unseren westlichen Wertvorstellungen von Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, demokratischen Rechten und Freiheiten, Mehrparteiensystem und sozialer Marktwirtschaft hat das wenig zu tun. Ich würde überhaupt dringend davon abraten, westliche Vorstellungen und Begriffe zur Analyse sowjetischer Probleme heranzuziehen. Es handelt sich um Reformvorstellungen innerhalb des sowjetischen Systems, die allerdings über alle vorhergehenden Reformversuche, etwa Lenins "Neue Ökonomische Politik" (NEP) von 1921 und Chruschtschows Entstalinisierung Ende der fünfziger Jahre weit hinausgehen.

Perestroika enthält vier Hauptrichtungen, um das bestehende bürokratisch-diktatorische System zu verändern. Das erste Reformvorhaben betrifft die Verringerung, Auflockerung und Aktivierung der riesigen bürokratischen Staats- und Parteiapparate. Dies soll durch die Einführung von geheimen Mehrkandidatenwahlen auf allen Ebenen, vom Gemeindesowjet über den Rayon-Sowjet, Stadt-Sowjet, Gebiets-Sowjet, der Leitung der Unionsrepubliken bis hin zum Obersten Sowjet erfolgen. Noch bedeutender ist meiner Meinung nach: geheime Wahlen auf allen Ebenen der Partei mit mehreren Kandidaten. Gleichzeitig hat Gorbatschow die Beförderung von parteilosen Spezialisten auf entscheidende Positionen von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft verkündet. Außerdem sollen alle Partei- und Regierungsbeschlüsse vor ihrer Veröffentlichung als Entwürfe vorgelegt, diskutiert und bei entscheidenden Fragen Volksentscheide abgehalten werden.

Soweit die Ziele. Die Realität: Bisher wurde davon wenig verwirklicht. Seit Januar 1987 wurde all das immer wieder von Gorbatschow gefordert, aber trotz mehrfachen Drängens hat es nur einige isolierte Experimentierwahlkreise gegeben.

Die zweite Richtung zielt auf eine Justizreform ab: Verselbständigung und Befreiung der Gerichte von Direktiven höherstehender Parteiorgane, stärkere Rolle der Verteidigung, Neufassung der Artikel 70 und 190a, die jederzeit die Verhaftung von Andersdenkenden ermöglichen, Überprüfung der psychiatrischen Kliniken, Haftentlassungen von Dissidenten und das Recht der Bürger, gegen Willkürentscheidungen von Behörden gerichtlich vorzugehen. Von all diesen Dingen ist es lediglich durch Gorbatschows persönliche Initiative gelungen, 220 Dissidenten aus der Haft zu entlassen. Tausende sind weiterhin in Haft. Der Beschluß, daß ein Sowjetbürger gegen die Willkür der Behörden vorgehen kann, wurde zwar veröffentlicht, aber so abgeschwächt, daß die praktische Realisierung kaum greifbare Resultate haben wird.

Der dritte Bereich beinhaltet die Wirtschaftsreform. Hauptziel: Abbau und Verringerung des bürokratisch-zentralistischen Systems der Wirtschaftsleitung. Wir wissen dank Glasnost, daß der sowjetische Wirtschaftsapparat von 47 Ministerien, der Staatlichen Plankommission (GOSPLAN), 10 Staatskomitees mit den entsprechenden Organen in den 15 Unionsrepubliken und 157 Gebieten (Oblasty) insgesamt 15,3 Millionen Beamte umfaßt. Diese Beamtenzahl soll drastisch reduziert werden. Das ist jedenfalls die Absicht Gorbatschows, der sich bei einer Gelegenheit zu der Bemerkung hinreißen ließ, die Hälfte der Beamten müsse abgebaut werden. Auch die Zahl der 47 zentralen Wirtschaftsministerien soll reduziert werden. Vor allem sollen die von oben gegebenen Kennziffern für die einzelnen Unternehmungen verringert werden. Die Staatliche Plankommission (GOSPLAN) soll sich nicht mehr in die Betriebsleitungen einmischen, sondern zu einem wissenschaftlich-wirtschaftlichen analytischen Organ werden. Die zentrale materiell-technische Versorgung soll abgeschafft und durch einen Verkauf der Rohstoffe ersetzt werden. Horizontale Verbindungen von Betrieben sollen gestattet werden.

Innerhalb der Staatsunternehmen soll das Gewinnstreben eingeführt werden - offizielle Formulierung: "Das Leninsche Prinzip der materiellen Interessiertheit". Es geht um größere Verselbständigung, um die Verlagerung der Initiative nach unten, die Vergrößerung des genossenschaftlichen Sektors gegenüber dem staatlichen Sektor. Ähnlich soll in der Landwirtschaft mit den 27.000 Kollektivwirtschaften und 21.000 Staatsgütern die Gruppeninitiative gefördert und das private Hofland der Kolchosbauern vergrößert werden; desgleichen im Dienstleistungssektor, allerdings begrenzt auf die eigene Familie, das heißt, es dürfen keine fremden Arbeitskräfte angeheuert werden.

All das wird offen diskutiert und die Notwendigkeit unterstrichen. Bisher hat es aber nur zwei kleine Verordnungen gegeben - über vergrößerte Rechte der Staatsunternehmungen und private Tätigkeit. Beide wurden wiederum so verwässert, daß man noch nicht vom wirklichen Beginn einer Wirtschaftsreform sprechen kann. Man sollte die gegenwärtigen Auseinandersetzungen als Vorfeld einer möglichen zukünftigen Wirtschaftsreform sehen.

Der vierte Bereich schließlich ist die Nationalitätenpolitik: Gorbatschow forderte schon im März 1986, vor den Unruhen in Kasachstan, ein offenes Aussprechen der Nationalitätenproblematik. Die Erklärung Gorbatschows: Das Nationalitätenproblem sei ernst; die bisherigen soziologischen Untersuchungen seien verlängerte Geburtstagstoasts, aber keine wirklichen Forschungen gewesen, die aber dringend erforderlich seien. Zielrichtung: Gleichberechtigung der Nationalitäten, das Recht aller Nationalitäten auf die eigene Sprache - die lange durch die russische Sprache verdrängt wurde;- , auf eigene literarisch-kulturelle Traditionen; Aufarbeitung der eigenen Geschichte, vergrößerte kulturelle Autonomie, Schaffung von Gremien in den Unionsrepubliken, die dafür Sorge tragen, daß bei den entsprechenden Verwaltungen und Parteibehörden die nationale Zusammensetzung der jeweiligen Unionsrepublik und autonomen Republik zum Ausdruck kommt und die Verpflichtung für russischsprachige Sowjetfunktionäre, in den nicht-russischen Gebieten die jeweilige Nationalsprache zu erlernen.

All das ist wiederholt von Gorbatschow angekündigt worden, in der Praxis ist leider fast nichts geschehen. Nationale Unruhen gab es im Dezember 1986 in Kasachstan, im Februar 1987 bei den Krim-Tataren, im Sommer und Herbst 1987 in Estland, Lettland, Litauen und jetzt im Februar/März 1988 in Aserbaidschan und Armenien. Wir werden sehen, ob diese Konflikte mehr den Gegnern der Perestroika helfen werden oder vielleicht doch den Anstoß geben, auch in der Nationalitätenpolitik endlich die notwendigen Reformen zu verwirklichen.

Zusammenfassend: Im Bereich der Glasnost sind ernst zu nehmende, positive Veränderungen nicht zu leugnen oder zu schmälern - wenn auch nach wie vor mit gewissen Tabus und Gegenkräften. Im Bereich Perestroika begrüßenswerte Diskussionen über die Problematik, aber bedauerlicherweise bisher noch kein ernsthafter Beginn der von mir erwähnten Umgestaltungen in den vier Hauptbereichen.

Wie sind nun alle diese Zielsetzungen einzuschätzen, und wie wird die Zukunft aussehen? Zunächst die Frage: Lassen sich kommunistische Staaten überhaupt reformieren? Es gibt die weit verbreitete Auffassung, daß es nur entweder ein kommunistisches Herrschaftssystem oder ein westliches gebe. Ich achte die Repräsentanten, die diese Auffassung vertreten, aber ich teile sie nicht. Mir scheint die Geschichte des Kommunismus in den letzten 30 Jahren deutlich gemacht zu haben, daß durchaus Veränderungen und Reformierungen kommunistischer Machtsysteme - in der Regel aufgrund von ökonomisch-technologischen Sachzwängen - möglich sind, wenn auch unter großen Schwierigkeiten und oft von empfindlichen Niederlagen und schwierigen neuen Problemen begleitet.

Ich denke etwa an die Entwicklung Jugoslawiens seit 1948, das Jahr 1956 in Polen und Ungarn, den Prager Frühling von 1968, die Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980/81, die Wirtschaftsreform und später auch kulturell-politische Reformen in Ungarn seit 1968 und die letzten sieben Reformjahre der Volksrepublik China. Eine grundsätzliche Wandlungsfähigkeit kommunistischer Systeme würde ich also nicht leugnen wollen.

Maier

"Die Geschichte wartet nicht; die Völker dürfen keine Zeit verschwenden. Morgen kann es zu spät sein, und ein Übermorgen wird es vielleicht nie mehr geben." (M. Gorbatschow)

Nur wenige von uns zweifeln daran, daß wir am Anfang einer neuen Phase des Entspannungsprozesses stehen. Das Gipfeltreffen von Präsident Reagan und Generalsekretär Michail Gorbatschow im Dezember 1987 leitete nicht nur einen qualitativen neuen Abschnitt auf dem Gebiet der Abrüstung ein, sondern erweckte auch neue Hoffnungen für den Ausstieg aus einer langjährigen, fruchtlosen und kräftezehrenden Konfrontation von Ost und West. Dies erklärt das weltweite Interesse an den Verhandlungen in Washington und ihre Fortsetzung in einigen Wochen in Moskau. Gorbatschow hat sicher recht, wenn er dieses brennende Interesse von Millionen Menschen mit der einfachen Tatsache erklärt: "Die Menschen sind der Spannungen und Konflikte müde."

Und doch gibt es bei allem Wohlwollen gegenüber dem in Washington Erreichten und für das Moskauer Treffen in Aussicht Gestellte eine kaum zu übersehende Sorge, ob es sich hier nicht wiederum lediglich um eine Atempause handelt, die von einer neuen Runde der Konfrontation und der Feindseligkeiten abgelöst werden könnte. Noch allzu frisch sind die Erinnerungen an das jähe Ende der Entspannungsperiode in den 70er Jahren, wo wichtige Fortschritte in der Begrenzung der Rüstungen erreicht wurden, sowie eine Reihe von Abkommen kurz vor ihrer Unterzeichnung standen, wie zum Beispiel über die Antisatellitenwaffen, den internationalen Waffenhandel, Verminderung militärischer Aktivitäten im Indischen Ozean und die Lösung des Nahostkonflikts.

Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, wodurch das jähe Ende des Entspannungsprozesses in den 70er Jahren herbeigeführt wurde. Bei aller Wertschätzung des in dieser Zeit Erreichten, war das Ende des Entspannungsprozesses ohnehin durch die einseitige Konzentration auf die Begrenzung der Rüstung bereits vorprogrammiert.

Die Frage, die wir uns gegenwärtig stellen müssen, ist: Haben wir heute bessere Möglichkeiten als in den 70er Jahren, eine dauerhafte Entspannung zwischen beiden Systemen zu erreichen? Obwohl niemand diese Frage mit Sicherheit beantworten kann, hängt doch fast alles, was wir an Gutem oder Schlechtem in Zukunft zu erwarten haben, von ihr ab. Die von Politikern in Ost und West häufig gebrauchte Formel, jähe Wendungen im Ost-West-Verhältnis seien immer möglich, ist nicht so sehr Ausdruck eines politischen Realismus, sondern vielmehr einer weitverbreiteten Ratlosigkeit.

Meiner Ansicht nach haben sich die Möglichkeiten für die dauerhafte Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses, Systemöffnung und Kooperation in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Ob diese objektiven Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden, hängt vom politischen Willen in Ost und West ab, diese historischen Chancen zu nutzen. Hier wie dort ist der politische Wille das Ergebnis verschiedener Komponenten, und allzuoft wird er durch ein politisches Patt zwischen den verschiedenen Kräftegruppierungen lahmgelegt.

Da Ihnen die unterschiedlichen Kräftegruppierungen des Westens bekannt sein dürften, möchte ich mich in meinem Vortrag auf die unterschiedlichen Kräftegruppen und ihre strategischen Vorstellungen in der sowjetischen Führung konzentrieren.

Als jemand, der im System des Sozialismus nicht nur groß geworden ist, sondern große Teile seines Berufslebens - über 28 Jahre - dort verbracht hat, habe ich als Wirtschaftswissenschaftler zusammen mit meinen Kollegen und Freunden versucht, an dem Reformwerk mitzuwirken. Ich muß Ihnen gestehen, daß wir im Grunde immer auf einen Mann wie Gorbatschow gewartet haben. Er bringt sehr vieles von dem zum Ausdruck, was unserem damaligen Denken und Hoffen entspricht. Wir haben stets gehofft, daß sich ein politischer Führer aus den sozialistischen Ländern vor allem natürlich aus der Sowjetunion - zum Sprecher dieser Hoffnungen und Sehnsüchte der jetzigen, die Gesellschaft tragenden Generationen machen würde.

Herr Leonhard hat sehr beeindruckend das bunte Bild der Diskussion und der Ereignisse in der Sowjetunion dargestellt. Ich möchte versuchen, Ihnen eine Vorstellung von den unterschiedlichen Denkrichtungen und Denkschulen sowie der ihnen zugrunde liegenden unterschiedlichen Wertesysteme zu geben, die heute in der Sowjetunion und auch in anderen sozialistischen Ländern miteinander ringen und den weiteren Verlauf der Dinge entscheidend bestimmen werden.

Die unterschiedlichen, ja kontroversen Positionen in der sowjetischen Führung sind erst in den letzten zwei, drei Jahren sichtbar geworden. Herausgebildet haben sie sich aber in der langjährigen Diskussion um die Frage, wie die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft auf die neue ökonomische Situation, die in der Mitte der 70er Jahre entstanden ist, reagieren sollte. Zu diesem Zeitpunkt fand nämlich die seit Ende der 40er Jahre andauernde Phase des schnellen ökonomischen Wachstums ihr plötzliches Ende. Was man bis dahin in Ost und West für gesichert hielt, kam plötzlich ins Wanken.

Ich möchte erinnern, daß im Westen Vollbeschäftigung und steigender Wohlstand abgelöst wurden durch Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Unsicherheit. In den sozialistischen Ländern vergrößerte sich erneut die Kluft zu den westlichen Ländern nachdem sie zunächst kleiner geworden war. Und in den Entwicklungsländern erlebten wir den Übergang von einer ökonomischen Misere in eine wirtschaftliche Katastrophe. Weltweit wurden die Entscheidungsträger überrascht. Alle hatten und haben große Schwierigkeiten, die neue ökonomische Situation zu verstehen und sie zu bewältigen. Das ist also nichts spezifisch Sowjetisches, und deshalb hat Gorbatschow auch recht: Die ganze Welt braucht Perestroika.

Besonders groß war der Schock in den sozialistischen Ländern. Weder theoretisch, ideologisch noch psychologisch waren die Führungen auf diesen plötzlichen Wandel der ökonomischen Situation vorbereitet. Diese Führungen hatten ihre ökonomische und historische Legitimation ganz und gar mit der Phase des schnellen Wachstums verbunden.

Als dann die ökonomischen Wachstumsraten anfangen zu sinken, die sowjetischen Produkte und Technologien durch einen weltweit einsetzenden Technologieschub entwertet wurden, die Auslandsschulden eine bis dahin nicht vorstellbare Größenordnung erreichten, da war guter Rat teuer. Wir sollten nicht vergessen, 1970 waren die DDR, die Sowjetunion und zum Teil auch Polen schuldenfrei. Es wurde immer offensichtlicher, daß sich derselbe Wirtschaftsmechanismus, der in den fünfziger und sechziger Jahren in der Lage war, den Rückstand zu den westlichen Industrieländern zu

verringern, nunmehr sich als völlig unfähig erwies, die entstandene "Stagnation" (M. Gorbatschow) zu überwinden.

Die Partei- und Staatsführung der UdSSR versuchte zunächst, dem Sinken der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft - vor allem ihrer Innovationskraft mit Appellen und Sanktionen entgegenzuwirken, sie zu verschleiern und mit statistischen Manipulationen unkenntlich zu machen. Schließlich konnte sie sich angesichts der sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Widersprüche einer Diskussion über die Möglichkeiten der Überwindung der Stagnation in der Sowjetgesellschaft nicht entziehen. (Vergleiche dazu Abel G. Aganbegjan, Die Perestroïka in der Wirtschaft der UdSSR, Moskau 1987 (russisch); Harry Maier, Innovation oder Stagnation, Köln 1987).

In dieser Auseinandersetzung bildeten sich drei Gruppierungen heraus, die unterschiedliche Konzeptionen zur Überwindung der entstandenen Situation vertreten und unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft der Sowjetunion und ihrer Rolle in der internationalen Weltgemeinschaft haben:

1. die konservative Position,
2. die technokratische Position,
3. die Position der radikalen Gesellschafts- und Wirtschaftsreformer um Michail Gorbatschow.

Die konservative Position akzeptiert nicht die Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung (Perestroïka) der sowjetischen Gesellschaft, ja, schon der Begriff "Reform" versetzt sie - wie Gorbatschow schreibt - in Panik. (M. Gorbatschow, Perestroïka, München 1987, S. 63). In der DDR beispielsweise ist der Begriff "Reform" noch immer tabu. Honecker hat in seiner Rede im Februar 1988 zum ersten Mal das Wort "Reform" gebraucht, allerdings nur im Zusammenhang mit der Behauptung, daß er schon seit 1970 einen Reformkurs verfolge. Mit anderen Worten: Die DDR braucht keine radikale Reform. Die konservative Position wird sowohl von Vertretern der "reinen Lehre" bis hin zu den einflußreichen Amtsträgern in Staat, Wirtschaft, Militär und Sicherheitsapparat verfochten. Für sie ist das Versagen des sowjetischen Wirtschaftsmechanismus angesichts der wissenschaftlich-technischen Herausforderungen der 70er Jahre vor allem das Ergebnis subjektiver Fehler einzelner Entscheidungsträger, mangelnder Disziplin sowie der nicht ausreichenden Durchsetzungskraft der Zentrale.

Sie sieht in der friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West nur eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen beiden Weltsystemen. Gorbatschow dagegen ließ diese Formulierung ausdrücklich aus dem auf dem 27. Parteitag angenommenen Parteiprogramm streichen. Für die Konservativen hat die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen nur dann einen Sinn, wenn sie dazu beiträgt, das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion zu verändern.

Daher pflegen sie mit besonderem Eifer die alten Feindbilder, indem sie in der Bevölkerung die Vorstellungen wachzuhalten suchen, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten von Feinden umringt sind, die nur auf einen günstigen Moment warten, um sie zu vernichten. Ihre Argumentation im Zusammenhang mit den Ereignissen in Armenien geht ja auch in diese Richtung.

Demgegenüber betont die Gruppe um Gorbatschow, daß die USA für sie kein "Reich des Bösen" sind, sondern die Führungsmacht des Westens, mit der man entweder zusammenleben lernt oder gemeinsam untergehen wird.

Die Konservativen - oder, wie Gorbatschow sie nennt, die "Verfechter des alten Denkens" - versuchen mit allen Mitteln, die alte Militärdoktrin der UdSSR aufrechtzuerhalten, die darauf ausgerichtet war, eine militärische Überlegenheit gegenüber dem Westen anzustreben, nicht so sehr, um militärisch aktiv zu werden, sondern um ihre politische Einflußsphäre zu erhalten und, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, auch auszudehnen. Aus diesem Grunde tut sie alles, um die Position des militärischindustriellen Komplexes zu stärken. Wir sollten nicht vergessen, daß Gorbatschow sich bei seiner Wahl im März 1985 gegen einen Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes durchsetzen mußte, nämlich gegen G. Romanow. Mit der Hilfe dieser Gruppe ist es dem militärisch-industriellen Komplex gelungen, die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen zu Beginn der 80er Jahre zu nutzen, um ein immer größeres ökonomisches und wissenschaftlich-technisches Potential unter seine Kontrolle zu bringen.

Die Vorstellungen der radikalen Reformer über den Umbau der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft versuchen sie als Abweichung von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu denunzieren. Ihnen hält Gorbatschow vor, sie sollten angesichts der Mangelwirtschaft Alarm schlagen, "statt in Panik zu verfallen und zu schreien: Hilfe, der Sozialismus ist in Gefahr", (a. a. O. S. 120)

Die zweite Gruppe, die Technokraten, waren für den Westen immer die Hoffnungsträger eines Wandlungsprozesses in den sozialistischen Ländern. Sie haben mit viel Mühe und Eifer daran gearbeitet, die offensichtlichen Gebrechen des Planungs- und Entscheidungsmechanismus zu überwinden. Ihre "Strategie der kleinen Schritte" war aber nicht in der Lage, die Innovationsträgheit und Mangelwirtschaft der sowjetischen Wirtschaft zu beseitigen. Im Gegenteil. Ihre unermüdlichen Bemühungen führten zur Überzentralisierung und schließlich zur Handlungsunfähigkeit der Zentrale. Sie übersahen ein kleines aber wichtiges Detail, nämlich, daß zuviel Macht machtlos macht.

Heute gehören sie zu jenen, die zwar eine Reform der sowjetischen Wirtschaft befürworten, diese aber im Rahmen der sich seit den dreißiger Jahren herausgebildeten Strukturen der Kommandowirtschaft vollziehen wollen. Durch die Beseitigung uneffizienter Entscheidungsprozeduren und die Nutzung der modernen Rechentechnik hoffen sie, das System der direktiven Planung effizienter machen und gleichzeitig die Risiken eines marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismus vermeiden zu können.

Eine Perestroika des Gesellschaftssystems, des geistigen Lebens und der außenpolitischen Beziehungen der UdSSR liegt außerhalb ihres Denkhorizonts. Ihr hält Gorbatschow entgegen, daß man auf dem "Weg der Evolution durch zaghafte, schleppende Reformen" nicht "dem konservativen Morast entsteigen und die Trägheit der Stagnation abschütteln" kann. (a. a. O. S. 61)

Vom Standpunkt der technokratischen Gruppe besteht die Hauptfunktion der internationalen Beziehungen der UdSSR vor allem darin, die sowjetische Wirtschaft zu komplettieren und den politischen Status quo zu sichern. Sie sind daher gegen eine Integration der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft und gegen die Verflechtung der Wirtschaft der sozialistischen Staaten mit ihren westlichen Nachbarn. Um die drückende Last des militärisch-industriellen Komplexes zu mindern, befürwortet sie den Abbau der Konfrontation mit dem Westen. Die Ambitionen der konservativen Gruppe, eine militärische Überlegenheit gegenüber dem Westen zu erreichen, hält sie für gefährlich und illusionär. Hier kann Gorbatschow mit der Unterstützung dieser Gruppe für sein Konzept: "Mehr Sicherheit mit weniger Waffen" rechnen.

Das politische Konzept der dritten Position, der radikalen Reformen, hat erst in den letzten zwei bis drei Jahren sichtbar Gestalt angenommen. Vorbereitet wurde es in langjährigen Diskussionen von Wissenschaftlern, Parteifunktionären und Vertretern der künstlerischen Intelligenz. Gorbatschow würdigt den selbstlosen Einsatz der wissenschaftlich-künstlerischen Intelligenz mit dem Worten: "Bürokratischen Schikanen und selbst Verfolgungen zum Trotz bereiten sie das Volk geistig auf die Perestroika vor." (a. a. O. S. 27)

Ihre Hauptkritik am existierenden Planungs- und Entscheidungsmechanismus ist, daß er nicht in der Lage war, auf den in den 70er Jahren einsetzenden Innovationsschub rechtzeitig zu reagieren. Die Sowjetunion geriet hierdurch in die Gefahr, von der internationalen wissenschaftlich-technischen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Auf keinem der neuen Innovationsfelder, wie Mikroelektronik, der flexiblen Automatisierung, der Informations- und Kommunikationstechnik, der neuen Biotechnologie, der Lasertechnik, der neuen Werkstoffe und anderen war sie in der Lage, eine nennenswerte Position zu erringen. Derselbe Wirtschaftsmechanismus, der in den 50er und 60er Jahren die technologische Lücke zu den westlichen Industrieländern verringern half, erwies sich jetzt als unfähig, die neuen Innovationsfelder zu erschließen.

Engert

Was wir gegenwärtig in der Sowjetunion beobachten - und die Referate von Wolfgang Leonhard und Herrn Maier sind eine Bestätigung dafür;- , unterstreicht das Axiom: Das Wesen der Geschichte ist der Wandel. Im historischen Prozeß gibt es den Status quo nur als temporären Zustand. Der Philosoph Georg Christoph Lichtenberg sagt: "Es muß erst anders werden, damit es besser werden kann." Ich möchte hinzufügen: Das andere muß nicht das Bessere sein. Lichtenberg hat das bedacht. Deshalb bezeichnet er auch in seinem Aphorismus das Bessere nur als Möglichkeit.

Die Ambivalenz ist wesentlich für menschliches Handeln. Auch für das Handeln im politischen Raum. Fortschritt ist ein zweischneidiges Schwert. Die Menschen ahnen es, und sie haben eine natürliche Scheu davor. Deshalb ist die Revolution die absolute Ausnahme in unserer Geschichte. Und es gehört zu den Merkwürdigkeiten, zu ergänzen durch andere Beispiele aus der Historie, daß das revolutionäre Regime, das die Sowjetunion unter der Parole "Fortschritt" schuf, das die Fortschrittsideologie zum Lebensgesetz nicht nur für einen Staat machte, sondern die Welt auf diesen Grundsatz verpflichten wollte, daß dieses Regime in einer Stagnation erstarrt ist, die Gorbatschow meint, nur in einer neuen "Revolution" überwinden zu können.

Aber ist eine Revolution innerhalb vorgegebener Strukturen zu bewerkstelligen? Eine Revolution, die hin und her pendelt zwischen Bewahren und Verändern? Eine Revolution auch ohne revolutionäre Basis? Denn die Widerstände gegen Gorbatschow und die Seinen wurzeln ja nicht nur in den Apparaten von Partei und Staat. Sie sind nicht nur zu orten im Überbau, sie prägen auch die Basis. Die Bevölkerung hat sich in ihrer Mehrheit eingerichtet in einer traditionellen Misere. Sie weiß, was sie hat und nicht hat. Dieser Zustand ist nicht komfortabel, aber er ist kalkulierbar. Die Bequemlichkeit der Privilegierten korrespondiert mit der Bequemlichkeit der Unterprivilegierten. Wenn Gorbatschow für das Anderswerden plädiert, dann will er auch Mentalitäten ändern. "Es muß erst anders werden, damit es besser werden kann" das heißt auch: Ihr müßt erst anders werden, damit es besser werden kann.

Eine Revolution katapultiert die Menschen, ob sie wollen oder nicht, in eine andere Verfassung. Sie ist ein Gewaltakt. Den aber will Gorbatschow nicht. Er will das System nicht sprengen, er will in ihm operieren. Und so steht er vor der Frage, die ihm die Bevölkerung stellt: Kannst Du uns garantieren, daß das Andere, für das Du uns mobilisieren willst, auch tatsächlich das Bessere sein wird? Den Gesellschaften im real-existierenden Sozialismus ist das unmittelbare Geben und Nehmen zur Natur geworden. Die Kurzfristigkeit ist überschaubar und berechenbar. Das Langfristige wird aus Erfahrung gleichgesetzt mit Ungewißheit. Für mich wird die strukturelle Problematik der Sowjetunion potenziert durch die psychische Verfassung seiner Menschen.

Es muß erst anders werden, damit es besser werden kann. Das könnte als Motto über unserer Zusammenkunft stehen. Dieses Anderswerden ist auch als Aufforderung an uns gerichtet. Nach der Konfrontation im kalten Krieg, dem darauffolgenden mehr oder weniger geregelten Nebeneinander stehen wir heute vor der Notwendigkeit, eine systemöffnende Kooperation zu versuchen. Zum Nutzen des Lebens und Überlebens auf dieser gemeinsam von uns bewohnten Erde. Das ist nicht mit naivem Idealismus zu erreichen, das bedeutet Politik machen. Und das heißt wiederum: Bohren harter Bretter mit Leidenschaft, Augenmaß und Hingabe.

In der Vergangenheit, im Zeichen dessen, was wir Entspannung nennen, haben sich Ost und West auf das Arrangement auf dem schwierigsten Feld konzentriert, das zwischen uns liegt: auf das militärische. Stiefmütterlich haben wir den Sektor behandelt, der mir als Dreh- und Angelpunkt für das Ost-West-Verhältnis erscheint: die Zusammenarbeit in Ökonomie, Wissenschaft und Technik. Diese Kooperation ist für mich die Voraussetzung für eine wechselseitige Vertrauensbildung, ohne die wir keinen essentiellen Fortschritt im Bereich des Militärischen und der Menschenrechte erzielen werden.

Die Welt steht vor der Herausforderung, die zusammengefaßt werden kann in der Frage: Müssen wir alles machen, was machbar ist, und können wir so wie gewohnt weitermachen? Wir hier, in der Mitte Europas, sind leidgeprüft. Brutales Töten und elendes Sterben ist eine systemübergreifende Erfahrung dieses Kontinents. Sie sollte ein Aufruf zu einem neuen Denken auch bei uns sein.

Teltschik

Professor Leonhard sprach über Perestroika und Glasnost als von zwei Kreisen. Nach meinem Verständnis ist der eine Kreis in der Tat Perestroika; in dem anderen Kreis sehe ich jedoch Demokratisierung und nicht Glasnost, das für mich mehr instrumentalen Charakter hat. Auf dem ZK-Plenum im Januar 1987 wurde ja auch Demokratisierung ausdrücklich vor Glasnost gestellt.

Bei der Demokratisierung hat Herr Leonhard mit Recht darauf hingewiesen, daß beim Reformflügel die Einsicht vorhanden ist: Wenn die Wirtschaftsreform erfolgreich sein soll, kann man nicht nur den wirtschaftlichen Bereich, sondern muß zugleich den gesellschaftspolitischen Bereich reformieren; das heißt: Man muß das Wahlrecht verändern, mehr Rechtssicherheit schaffen und so weiter. Glasnost ist letztlich ein Instrument zur Mobilisierung; die Intelligenz wird gewissermaßen zum Transmissionsriemen, um Perestroika durchzusetzen.

Schmidt-Häuer

Wie Herr Leonhard sagte, hat es im Rußland des 19. Jahrhunderts bereits Glasnost und Ansätze zur Demokratisierung gegeben, im Gegensatz zu Perestroika, für die es in der russischen Geschichte weitgehend an Erfahrungen fehlt.

Ich halte es für entscheidend, daß der Reformflügel um Gorbatschow erkannt hat, daß die Sowjetunion keine Industriegesellschaft im westlichen Sinne ist. Das trifft in der Tat zu; denn zum einen fehlen dafür schon aus den Tagen des alten Rußland die geschichtlichen Voraussetzungen, und zum anderen treffen im Vielvölkerstaat Sowjetunion Modernisierungsmaßnahmen ständig auf den Widerstand verschiedener Regionen und Nationen.

Wenn Gorbatschow beispielsweise gegen die Korruption kämpft, dann fühlen sich Nationalitäten in Mittelasien wieder von den Russen bevormundet; denn Korruption ist dort in gewisser Weise ein ethischer Wert, der den Stammestraditionen entspricht und der Familienselbstversorgung dient. Wenn sibirische Flüsse nicht umgeleitet werden, was ökologisch völlig richtig ist, dann empfinden die Usbeken das als Versuch der Russen, sie auf einem niedrigen Entwicklungsniveau zu halten. Unter solchen Voraussetzungen ist es natürlich schwer, eine moderne Industriegesellschaft aufzubauen. Stalin hat zwar die Industrialisierung vorangetrieben, ohne aber die entsprechende Gesellschaft dafür zu schaffen.

Mein Eindruck ist nun, daß der Reformflügel sich heute in erster Linie darum bemüht, an die Neue Ökonomische Politik (NEP), jene relativ erfolgreichen sieben Jahre in den 20er Jahren anzuknüpfen. Damals haben Politiker, die heute rehabilitiert werden, wie Bucharin, Rykow und andere ein gewisses Gleichgewicht zu finden versucht zwischen der notwendigen Industrialisierung und der dafür erforderlichen gesellschaftlichen Entwicklung. Ich glaube nicht, daß man heute schon über NEP hinausgehen will. Das war doch bereits eine Periode, in der man den verschärften Klassenkampf abbaut und versuchte - wenn auch unter einer Einparteienherrschaft;-, eine Art pluralistischer Gesellschaft aufzubauen, zumindest im kulturellen und ökonomischen Bereich. In der NEP-Zeit wurden zum Beispiel parteilose Spezialisten gerade im Agrarbereich in den Ministerien eingesetzt. Das heißt, für all das, was heute angestrebt wird, ist die NEP-Periode eine ganz wichtige Phase.

Was der Sowjetunion heute vor allem zu einer modernen Industriegesellschaft fehlt, sind die infrastrukturellen Voraussetzungen. Das erschwert ja auch die Kooperation mit westlichen Firmen in der Praxis ganz ungemein. Wenn es überhaupt so etwas wie eine Bringschuld für uns gibt, dann wohl nur in dem Sinne, daß wir für diese Situation der Sowjetunion Verständnis zeigen.

Adomeit

Herr Maier hat den wichtigen Problembereich des militärisch-industriellen Komplexes angesprochen, der keineswegs von der Gesamtwirtschaft so stark getrennt ist, wie man hier den Eindruck gewinnen konnte. Im Gegenteil, beide Bereiche sind eng miteinander verbunden, und die Militärs haben erkannt, daß die Sowjetunion aufgrund dieser Verknüpfungen auch im Bereich der Militärtechnologie stark zurückzufallen droht.

1971 hat Breschnew daraufhingewiesen, daß rund 42 Prozent der Produktion aus der Militärindustrie für zivile Zwecke verwandt werden. Dies auszuweiten, ist offensichtlich eines der Dinge, die Gorbatschow anstrebt. Denn die sowjetische Wirtschaft wird zweifellos durch die Militärausgaben erheblich belastet. Herr Maier sprach davon, daß die Militärausgabenquote, nimmt man alles zusammen, in etwa 25 Prozent betragen könnte. Das würde in der Tat die westliche Argumentation stützen, der Wandel in der jetzigen sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik sei in erster Linie eine Folge dieser außerordentlichen Belastungen. Ich will gar nicht abstreiten, daß die neuen Akzente in der sowjetischen Politik auch etwas mit dieser Belastung zu tun haben, meine aber erstens, daß diese Prozentzahl viel zu hoch gegriffen ist, und zweitens, daß es noch viele andere, gewichtigere Gründe für die Neuorientierung der Sowjetpolitik gibt.

Dann die Frage: Von welchen gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Kräften erfährt die Perestroika in der Sowjetunion Unterstützung? Welche Institutionen oder sozialen Schichten setzen sich für die Perestroika ein? Das ist aus der Logik der objektiven Gegebenheiten schwer nachzuvollziehen. Sicher, aus dem Umkreis des KGB ist keine Unterstützung, sondern eher Widerstand zu erwarten. Die Militärs sind für einen bestimmten Modernisierungsteil der Perestroika aufgeschlossen, aber natürlich dagegen, daß das Militär durch die neuen Prioritäten, die Gorbatschow setzt, gesellschaftlich und ökonomisch zurückgestuft wird.

Auch in der Bürokratie des Staates, der Partei und der Wirtschaft, die erhebliche Personalkürzungen zu erwarten haben, gibt es Widerstände. Immerhin sind rund zwei Drittel der Parteibürokraten der mittleren Ebene auf dem Parteitag im Jahre 1986 in das Zentralkomitee wiedergewählt worden. Die Arbeiterschaft - darauf wurde schon hingewiesen - wartet erst einmal ab, welche Vorteile Perestroika ihr bringt.

Der obersten Parteiführung und der Intelligenzschicht ist bewußt, daß sich etwas ändern muß und daß es keine Alternative zum Reformkurs gibt. Aber mein Eindruck ist, daß die Widerstände gegenüber Perestroika zunehmen werden, je mehr sich der Reformkurs von Gorbatschow verschärft.

Leonhard

Ich möchte doch an den beiden Kreisen Glasnost und Perestroika festhalten, Herr Teltschik. Hier gibt es Überschneidungen, aber auch deutliche Unterschiede. Glasnost wird von jenen Menschen unterstützt, die sich für Offenheit der Information, für Aussprache über die vorhandenen Mängel einsetzen und die sich mit der Bewältigung der Vergangenheit befassen. Es ist nicht zufällig, daß sich Historiker, Soziologen, Künstler und Schriftsteller in dieser Frage besonders engagieren. Perestroika wird von anderen Menschen unterstützt, die oft andere Zielsetzungen und Interessen haben. Mein Eindruck ist jedenfalls - und darin haben mich viele Gespräche in der Sowjetunion bestärkt;- daß die kulturell-historische Intelligenz der einen und die wirtschaftlichen Reformer der anderen Seite angehören, obwohl es sicher auch Berührungspunkte zwischen beiden gibt.

Glasnost ist gewissermaßen die psychologisch-politische Vorbereitung der Perestroika. Allerdings: wenn die Perestroika beginnt, dann ist Glasnost neben den von mir genannten vier Reformbereichen Bürokratie, Wirtschaft, Justiz und Nationalitätenpolitik als fünfter Faktor zu nennen.

Der Begriff Demokratisierung gehört zu Punkt I der Perestroika. Darunter versteht Gorbatschow Maßnahmen, die der Verjüngung und Auflockerung der Bürokratie dienen sollen. Das heißt: Mehrkandidatensystem für Partei und Staat, parteilose Experten, Volksentscheide. Daß Demokratisierung wenig mit unserem Begriff der Demokratie zu tun hat, brauche ich nicht nochmals zu betonen. Aber für sowjetische Bedingungen ist das, was dort unter Demokratisierung fällt, also größere Freiräume und mehr Beteiligung der Menschen am politischen Geschehen, sehr wichtig.

Was die westliche Haltung gegenüber der Sowjetunion angeht, so bin ich für systemöffnende Kooperation als Zielsetzung, und ich sehe in den letzten drei Jahren weit größere Möglichkeiten dafür als je zuvor. Aber ich bin nicht so optimistisch, dies schon als verwirklicht anzusehen. Dazu gehören noch weitere Veränderungen in der Sowjetunion. Insofern würde ich auch nicht von einer Bringschuld des Westens sprechen. Sicher gibt es heute bereits begrüßenswerte Veränderungen in der Sowjetunion durch Glasnost und Perestroika, die wir positiv bewerten sollten und die eines Tages zu einer systemöffnenden Kooperation führen können. Aber es gibt auch noch sehr viele Gegenkräfte. Das heißt, dieser Prozeß ist leider noch keineswegs abgesichert.

Wir sollten die sich jetzt bietenden Möglichkeiten nutzen, vor allem in der Abrüstung und bei der wirtschaftlich-technologischen Kooperation. Auch im Bereich der Menschenrechte halte ich es für sehr wichtig, daß etwas getan wird. Dabei sollten wir unser Augenmerk nicht immer nur auf die Fragen der Ausreise richten, sondern sehr viel mehr als bisher Wert auf eine drastische Erhöhung der Besuchsreisen legen, und zwar auch außerhalb des staatlichen Rahmens: Kirchen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Universitäten, Volkshochschulen - so viele Besuche und Begegnungen wie möglich. Und bei diesen Begegnungen: Höflichkeit ja, Anpassung und Anbiederei nein! Offenes und ehrliches Aussprechen der Probleme - das sind wir uns als Demokraten selbst schuldig, und außerdem wird es von unseren sowjetischen Gesprächspartnern durchaus honoriert. Bei solchen Treffen sollten wir auch ernst zu nehmende, sachliche sowjetische Emigranten mit hinzuziehen. Sowjetische Funktionäre sind heute durchaus bereit, sich mit Menschen wie Kopelew und anderen an einen Tisch zu setzen.

Des weiteren geht es darum, größeres Interesse für die Sowjetbürger deutscher Nationalität zu bekunden, und zwar nicht nur, um ihre Ausreise, sondern auch ihre Autonomie zu fördern. Vor vier Wochen ist in der deutschsprachigen Zeitung "Neues Leben" in einem bedeutsamen Artikel der Vorschlag einer autonomen Sowjetrepublik gemacht und die Forderung erhoben worden, endlich die Geschichte der Sowjetdeutschen, einschließlich ihrer Deportierung und ihrer leidvollen Erfahrungen zu veröffentlichen. Auch diese Dinge sollten wir von unserer Seite mit ins Gespräch bringen.

Dann Ausbau der Städtepartnerschaften, mit der klaren Zielsetzung, nicht nur Funktionärstreffen, sondern Treffen mit normalen Sowjetbürgern zu ermöglichen. Natürlich müßten auch die Störsender, die immer noch gegen die russischsprachigen Sendungen der Deutschen Welle gerichtet sind, eingestellt werden. Diese Störsender sind ein Relikt des kalten Krieges und außerdem völkerrechtswidrig.

Für die Zukunft ein vielleicht wagemutiger Vorschlag: Bei einer Fortsetzung der Glasnost würde ich die Bildung einer gemeinsamen deutsch-sowjetischen Historikerkommission zur Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit beider Länder befürworten. Ich wende mich gegen die einseitigen Schuldzuweisungen, als ob nur die Deutschen an allem Schuld seien. Ich habe bei einer solchen Feststellung ein gutes Gewissen, denn ich stand vom ersten bis zum letzten Kriegstag auf sowjetischer Seite. Ich bin auch der letzte, der deutsche Greueltaten in der Sowjetunion verharmlosen oder verringern wollte. Aber alle Sowjetbürger, mit denen ich spreche, wissen, daß es in der Sowjetunion drei Tragödien gegeben hat: Erstens die Kollektivierung (1929-34), zweitens die große Säuberung (1936-38) und drittens den Krieg (1941-45).

Es geht mir also um eine deutsch-sowjetische Historikerkommission, die die Tragödie des Nazi-Regimes in Deutschland und den Stalinismus in der Sowjetunion sachlich und vorurteilsfrei untersucht. Dabei sollten sich deutsche Historiker auch mit Fragen der Stalinzeit und sowjetische ebenso mit Fragen des Dritten Reichs beschäftigen. Selbstverständlich sollte es eine feste Übereinkunft geben, nichts "aufzurechnen" oder Verbrechen der einen Seite als Entschuldigung für die andere zu nehmen. Vielmehr müßten beide totalitären Systeme und ihre Zusammenarbeit ernsthaft untersucht werden. Ich denke nur daran, welche Ähnlichkeiten der sogenannte Röhm-Putsch und der Kirow-Mord aufweisen. Eine solche Aufarbeitung der Geschichte beider Staaten und beider Systeme könnte zu einer echten Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen führen. Langfristig geht es nicht ohne historische Ehrlichkeit - und die gilt für beide Seiten.

Maier

Ohne hier einen übertriebenen definatorischen Ehrgeiz entwickeln zu wollen: Glasnost ist sicher eine Voraussetzung und ein Kriterium von Perestroika. Ohne Glasnost wäre es nicht möglich, den alten Mechanismus anzugreifen und ihn bloßzustellen. Die Ernsthaftigkeit von Perestroika muß an Glasnost gemessen werden.

Als wir uns seinerzeit um Reformen in der DDR bemüht haben, das gleiche galt damals aber auch für die Sowjetunion - ich erinnere nur an die Liebermann-Diskussion und an die Kossygin'schen Reformen ab 1964;- da wurde versucht, Reformen ohne Glasnost durchzuführen. Es waren Expertengruppen am Werk, die ganz unter sich tagten und wo auch relativ offen diskutiert wurde. Aber nichts durfte nach außen dringen. Es wurde also im kleinen Kreis nach technokratischen Lösungen gesucht, die die Zentrale dann einführen sollte. Wir wissen, was daraus geworden ist: Letztlich sind all die guten Vorsätze, die wir hatten, versandet, weil es keine Öffentlichkeit gab, die in der Lage war, jene, die eine wirkliche Reform wollten, zu unterstützen und jene, die nur ihre alten Machtpositionen verteidigten, zu bekämpfen. Deshalb ist ohne Glasnost eine radikale Reform unmöglich, da nur mit ihrer Hilfe der alte Planungs- und Entscheidungsmechanismus angegriffen werden kann.

Herr Adomeit fragte nach dem militärisch-industriellen Komplex. Meine Erfahrung ist: Im Unterschied zu einer westlichen Gesellschaft, die Glasnost schon lange praktiziert und somit eine kritische Öffentlichkeit zuläßt, war dieser Bereich in den sozialistischen Ländern bisher absolut tabu, nicht kritisierbar. Er hatte stets die höchste Priorität bei der Zuweisung der knappen Ressourcen. Wenn der sowjetische Verteidigungsminister Jassow in Genf von 16 Prozent Anteil der Aufwendungen für den militärisch-industriellen Komplex am Bruttosozialprodukt gesprochen hat, dann handelt es sich hier nicht um Aufwendungen für den Erwerb von Waren auf dem Markt auf der Grundlage von Knappheitspreisen. Es gibt ja hier bisher keinen Markt. Die Ressourcen für den militärisch-industriellen Komplex werden diesem von der zentralen Planungsbehörde zugewiesen. Verrechnet werden bestenfalls die Aufwendungen, aber nicht die Knappheit dieser Ressourcen. Würde man die Knappheit dieser Ressourcen nur mit dem Faktor 1,5 bewerten, dann kommt man auf einen Anteil von ca. 25 Prozent. Dies ist sicher keine übertriebene Rechnung, wenn man bedenkt, daß dem militärisch-industriellen Komplex das beste Material, die modernsten Maschinen und die leistungsfähigsten Ausrüstungen sowie qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Und daß diese enorme Belastung ein entscheidendes Motiv für die Änderung der sowjetischen Außenpolitik ist, betont Gorbatschow ja ständig. Auch in seinem Buch schreibt er: "Wollt Ihr uns nicht helfen, diese Last loszuwerden?" Das ist die Zielsetzung der radikalen Reformer.

Ich möchte auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Es wird oft die Frage gestellt: Weshalb ist der militärisch-industrielle Komplex soviel leistungsfähiger als der zivile? Nicht nur, weil er über die wertvollsten Ressourcen des Landes verfügen kann, sondern auch deshalb, weil er im Inneren das tut, was er im zivilen Bereich als eine Abweichung von den Prinzipien des sozialistischen Wirtschaftens ansieht. Es gibt nämlich im militärisch-industriellen Komplex einen äußerst scharfen Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Entwicklungsbüros und Fertigungsstätten.

Stalin war sich während des Zweiten Weltkrieges völlig darüber im klaren, daß er mit der deutschen Luftwaffe nicht konkurrieren konnte, wenn er nur ein Entwicklungsbüro und eine einzige große Fertigungsstätte für Flugzeuge hätte. Deshalb bestand er darauf, daß es mehr als ein Dutzend Entwicklungsbüros und Produktionsstätten gab, die in einem harten Wettbewerb untereinander standen. Dabei kamen dann drei, vier sehr gute Flugzeugtypen heraus. Ein solcher technologischer Wettbewerb findet auch heute im militärisch-industriellen Komplex der Sowjetunion statt. Natürlich ist dieser Wettbewerb leichter zu kontrollieren, weil es da um rein technische Kriterien geht: Treffsicherheit, Zerstörungskraft und Reichweite; Kosten spielen hier keine Rolle.

Nun hat schon Breschnew versucht, aus dem militärisch-industriellen Komplex etwas für die zivile Bevölkerung abzuzweigen. Zu einem echten Technologietransfer in den zivilen Bereich ist es nie gekommen. Das einzige, wozu sich der militärisch-industrielle Komplex herbeiließ, war die Produktion vereinzelter technischer Konsumgüter, wie Radios, Fernsehgeräte und so weiter. Das waren natürlich begehrte Güter aus dem besten Material, unter strenger Qualitätskontrolle gefertigt und äußerst funktionstüchtig. Die Knappheit an technischen Konsumgütern wurde damit nicht beseitigt. Es war mehr eine Werbekampagne für den militärisch-industriellen Komplex. Ich bin sehr skeptisch, ob diese 42 Prozent, von denen Sie sprechen, Herr Adomeit, wirklich erreicht worden sind. Als Ziel wurden sie gestellt.

Aber eines zeigt sich jetzt: Gorbatschow steht unter dem Druck der Leute aus diesem Komplex. Die technokratische Gruppe vertritt sogar die Ansicht, man müsse vom Militär lernen, wie man effizient wirtschaften kann. So hat sie versucht, die Qualitätskontrolle des militärisch-industriellen Komplexes auf die zivile Wirtschaft zu übertragen. In der Sowjetunion werden pro Jahr beispielsweise 800 Millionen Paar Schuhe produziert. Das sind dreimal mehr als in den USA. Aber wenn gelegentlich Schuhe aus dem Westen angeboten werden, dann überschlagen sich die Leute. Denn niemand will sowjetische Schuhe tragen. Jetzt hat man die genannten Qualitätskontrollen in der Schuhindustrie eingeführt und 80 Prozent der Produktion zu Ausschuß erklärt. Die Arbeiter haben dagegen protestiert, mit Recht; denn mit den Maschinen, die sie dort zur Verfügung haben, und bei dem minderwertigen Material kann man natürlich keine guten Schuhe produzieren.

Das ist ein typisches Beispiel dafür, wohin rein technokratische Lösungen führen, nämlich zur Abwälzung der Gebrechen des gegenwärtigen Wirtschaftsmechanismus auf die Beschäftigten in den Betrieben. Diese wehren sich natürlich gegen solche Versuche. Eine Änderung kann nur eine Kontrolle durch den Markt bringen, auf dem selbständige Betriebe miteinander in einem Wettbewerb stehen. Dies ist aber nur mit einer radikalen Reform zu erreichen.

Freiherr von Richthofen

"Systemöffnende Kooperation" halte ich für eine gute Formulierung, Herr Engert. System trifft die Realität. So hat sich das östliche System 1945 bis zur Elbe ausgedehnt, und es gab entsprechende Antworten im Westen, die zu den heute noch gültigen Strukturen geführt haben. Dazu gehört zum Beispiel auch die feste Verankerung der Vereinigten Staaten in Europa. Davon ausgehend ist die Öffnung auf beiden Seiten sicher eine richtige Zielsetzung, ohne die es kaum zu den angestrebten Verbesserungen der beiderseitigen Beziehungen kommen wird. Wir wollen ja durch unsere Politik nicht die Strukturen auf der anderen Seite verändern, sowenig wie wir eine östliche Politik gutheißen würden, die auf eine Veränderung unserer Strukturen abzielt, sei es im Bündnis oder hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westeuropa, wie es Herr Falin kürzlich in Bonn angedeutet hat.

Die Voraussetzungen für die verstärkte Kooperation scheinen mir - so habe ich jedenfalls beide Referenten verstanden - gegeben zu sein. Die sowjetische Führung weiß heute um die Interdependenzen, um die Überlebensgemeinschaft und die systemübergreifenden Verflechtungen im politischen und wirtschaftlichen, aber auch im kulturellen Bereich. Ich meine auch, daß Gorbatschow seine Politik so langfristig angelegt hat, daß sich der Westen auf eine Kooperation einlassen kann. Wir Deutschen sind dazu bereit, legen allerdings Wert auf eine gleichberechtigte Teilnahme.

Nun wird im Westen häufig nach den Risiken der Kooperation gefragt, was natürlich besonders den Sicherheitsaspekt betrifft. So wie die Sowjets Kooperation verstehen, sollen wirtschaftliche Kooperation und Sicherheitspolitik offenbar parallel laufen. Hier könnte für uns ein Risiko liegen. Soll man eine solche Politik allein oder nur zusammen mit seinen Partnern betreiben, und darf man die Themen isoliert oder muß man sie im Gesamtzusammenhang behandeln? Die Amerikaner sehen den Gesamtzusammenhang von Rüstungskontrolle, Abrüstung, Menschenrechten, regionalen Konflikten und vielen bilateralen Abkommen. Das halte ich auch für richtig; ein isoliertes und separates Vorgehen birgt in meinen Augen Risiken.

Wie steht es um die Grenzen der Kooperation? Sicherheit auf niedrigerem Niveau der Kräfte durch Abrüstungsverhandlungen zu schaffen, darf nicht darüber hinwegführen, daß die eigentliche Sicherheit nur im eigenen Bündnis zu finden ist. Bei gemeinsamer Friedenserhaltung würde ich also Fragezeichen setzen. Eine Unterfrage der Sicherheit betrifft den Schutz der sicherheitsrelevanten Technologie, Stichwort: COCOM.

Eine weitere Begrenzung der Kooperation liegt da, wo wir unsere Rechtsposition in unseren lebenswichtigen nationalen Fragen wahren müssen, nämlich in der offenen deutschen Frage und zu Berlin.

Sicher gibt es Grenzen der Kooperation, die durch den tatsächlichen technischen und wirtschaftlichen Rückstand und die Natur des Systems auf der anderen Seite bedingt sind.

Wie können die Wege der Kooperation aussehen? Nur bilaterale oder auch multilaterale Kooperation? Wie bedingen sich die beiden? Unsere europäischen Partner fangen bereits an, kritisch zu fragen, ob die engen amerikanisch-sowjetischen Konsultationen nicht zu einer Verlagerung der Gewichte, zum Beispiel aus dem KSZE-Prozeß heraus, führen und allein die bilaterale Schiene benutzen. Trifft das zu, und wie ist das zu beurteilen? Wie wollen wir uns als Westeuropäer in der Zusammenarbeit mit Osteuropa organisieren? Wir wollen ja nicht nur mit der Sowjetunion kooperieren, sondern mit allen osteuropäischen Staaten.

Welche Ziele verfolgen wir mit der Kooperation? Wir streben die Schaffung einer stabilen und dauerhaften Friedensordnung in Europa an. Das ist sicher ein ehrgeiziges und langfristiges Ziel, das aber eine aktive und nicht nur eine Status-quo-Politik erfordert. Daran ist die Bundesrepublik Deutschland in der Mitte Europas zweifellos stärker interessiert als Partner, die nicht in der Mitte Europas liegen.

Ein weiteres Ziel ist die Schaffung von Sicherheit auf niedrigerem Niveau der Rüstungen, und zwar durch Rüstungskontrolle und Abrüstung. Hinzu kommt auch die gemeinsame Suche nach der Lösung globaler Probleme. Hier geht es den Sowjets möglicherweise um mehr als nur oberflächliche Korrekturen; doch im Westen ist bisher die Zurückhaltung groß, diese angekündigte Bereitschaft der Sowjets einmal auszuloten. Auch was das gemeinsame Streben nach der Einhegung und Lösung regionaler Konflikte angeht, sehe ich gewisse Möglichkeiten.

Den bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen wollen wir eine neue Qualität geben; dazu gehört neben einer Verstärkung des politischen Dialogs auch die verstärkte wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, die Einrichtung eines Gesprächsforums und Veranstaltung von Historikerkongressen. Dazu gehört aber auch, die humanitären Beziehungen zu verbessern. Ich stimme Herrn Leonhard voll zu: Es geht nicht nur um Ausreisen, sondern auch vor allem um die Besuchsreisen, um mehr Kontakte.

Cantzler

Kooperation als Voraussetzung für Systemöffnung: Systemöffnung heißt für mich vor allem das Kennenlernen der Menschen untereinander und Austausch von Ideen und Denkweisen. In dieser Hinsicht ist Kooperation sicher ein wichtiges Instrument.

Wir in der Wirtschaft bemühen uns auch darum. Wir sehen verschiedene Formen und Stufen der Kooperation. Schon der Handel bringt die Menschen und die Denkungsweisen einander näher. Eine höhere Form der Kooperation könnte zum Beispiel der Technologietransfer sein. Das kann mit einem Lizenzvertrag beginnen und bis hin zu gemeinsamer Entwicklung oder sogar gemeinsamer Produktion gehen - Stichwort: Joint-venture. Es kann auch die verschiedenen Möglichkeiten der finanziellen Zusammenarbeit bedeuten.

Den höheren Formen der Kooperation kommt allerdings, was den konkreten wirtschaftlichen Austausch angeht, nur marginale Bedeutung zu. Wir dürfen dieses Instrument nicht überschätzen. Der Handel wird sicher auch in Zukunft 90-95 Prozent der Wirtschaftsbeziehungen ausmachen. Technologietransfer erfordert sehr viel mehr an Aufwand, beinhaltet ein erheblich höheres Risiko und kann deshalb unter dem Kriterium des Gewinnes, nach dem wir operieren müssen, nicht das vorrangige Mittel sein.

Um auf das Joint-venture zurückzukommen: Der Ostauschuß der deutschen Wirtschaft weist zu Recht immer wieder darauf hin, daß dies die wohl schwierigste Form der Zusammenarbeit ist. Ich habe Erfahrungen mit Joint-ventures zuerst in Japan gesammelt. Das ist dort noch ein gängiges Instrument. Aber es ist schon zwischen Partnern im westlichen Bereich ein mühsames Geschäft, sich zu einem Joint-venture zusammenzurufen. Wieviel schwieriger wird dies erst über Systemgrenzen hinweg. So ist es für viele Unternehmen Firmenpolitik, Joint-ventures nur im Ausnahmefall einzugehen.

Wir haben allerdings ein Joint-venture in Ungarn gegründet. Die Verhandlungen dauerten vier Jahre, aber ich darf hinzufügen, es funktioniert ausgezeichnet. Und wir machen auch Gewinne.

Bei der Sowjetunion erwähnte Herr Schmidt-Häuer die äußerst dürftige Infrastruktur, die aber auch den Vorteil hat, daß noch nicht alles im Detail festgelegt ist. Es gibt noch Gestaltungsmöglichkeiten. Und das ist auch eine Chance. In den vielen Verhandlungen, die jetzt mit sowjetischen Partnern

angelaufen sind, geht es nicht zuletzt um die Verbesserung der Infrastruktur. Jedes Joint-venture ist ein Steinchen mehr einer aus der Praxis heraus erarbeiteten Infrastruktur.

Darüber hinaus gibt es Gremien, die sich mit den Sowjets grundsätzlich über die Infrastruktur unterhalten. Ich bin Mitglied eines solchen Gremiums bei der Internationalen Handelskammer in Paris, wo westliche Praktiker zusammen mit den Sowjets an einem Konzept für Infrastruktur, also den rechtlichen und operativen Arbeitsbedingungen, und an einer Information für westliche Investoren bezüglich dieser Infrastruktur arbeiten. Hier besteht also eine konstruktive Aufgabe, und wir können unsere politischen Kollegen nur bitten, uns dabei zu unterstützen.

Als Fazit stelle ich fest: Wir werden uns um alle Formen der Kooperation bemühen, die unsere Geschäftsbeziehungen sinnvoll fördern; aber erwarten Sie keine allzu spektakulären Aktionen von seilen der Wirtschaft.

Büscher

Den etwas pessimistischen Ausblick, den Sie am Schluß geben, Herr Cantzler, möchte ich doch ein wenig aufzuhellen versuchen. Grundsätzlich sind wir alle aufgerufen, die systemöffnende Kooperation zu unterstützen, da sie zur Stabilität beiträgt.

Kooperation mit Unternehmen im RGW-Bereich ist natürlich schwieriger als zwischen westlichen Unternehmen, schon weil zunächst einmal die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen vorhanden sein müssen, um die verschiedenen Kooperationsstufen zu erreichen.

Nur als ein Aperçu, daß Siemens schon immer in Richtung Osten aktiv war. Hier war von NEP die Rede. Es gab damals einen gewissen Leonid Krassin, der Direktor unseres Unternehmens in der Fabrik in Petersburg war. Er wurde in Berlin trainiert und hat nach 1917 als Wirtschaftskommissar unter Lenin stark an der Gestaltung von NEP mitgewirkt. Unser Know-how ist also schon damals eingeflossen.

Diese Tradition versuchen wir natürlich weiter zu pflegen. Mit einem Joint-venture haben wir ebenfalls in Ungarn angefangen, und zwar als eines der ersten westlichen Unternehmen vor 15 Jahren. Dieses Joint-venture ist vom Kapital her nicht sehr bedeutend, aber vom Effekt her hat es in einer solchen anderen Wirtschaftsstruktur doch ein großes Gewicht. Wir beschäftigen dort heute 120 Mitarbeiter, 119 Ungarn und einen Deutschen. Worauf es ankommt, ist, daß diese 119 Ungarn unsere Denkweise übernommen haben und unsere Terminologie verstehen. Der Präsident der ungarischen Handels- und Industriekammern hat sich einmal darüber beschwert, daß die deutsche Industrie in seinem Lande zu wenig investiere. Ich habe ihm geantwortet, das Kapital allein sei nicht das Entscheidende, viel wichtiger sei, daß man den Menschen zu einem besseren gegenseitigen Verständnis ver helfe. Unser Investment in die ungarischen Mitarbeiter hat dauerhaftes Gewicht.

Ich stimme Herrn Maier zu, die IIASA in Laxenburg ist in der Tat ein positives Beispiel dafür, daß Menschen, die im gleichen Raum sitzen und gezwungen sind, ihre alltäglichen Probleme miteinander zu lösen, ein ganz anderes Verständnis füreinander aufbringen, als wenn man während einer Geschäftsreise nur einmal kurz über ein Thema verhandelt.

Wir haben sehr positive Erfahrungen mit diesem ersten Joint-venture-Versuch gemacht, der zu einer Zeit gestartet wurde, als die gesetzliche Basis noch sehr fraglich war; beispielsweise gab es noch kein Investitionsschutzabkommen, Aber vertraglich war alles gut abgesichert, und es hat auch nie Probleme gegeben. Auch mit unseren 49 Prozent haben wir keine Schwierigkeiten; denn wir wollen in erster Linie den ungarischen Markt bedienen, und darum ist auch die Kapitalmehrheit in ungarischer Hand für uns kein Problem.

Nun gibt es jetzt die Möglichkeit für Joint-ventures in fast allen anderen RGW-Ländern - die DDR schließt sich zur Zeit noch aus. In der UdSSR ist es besonders schwierig. Die dortigen Verhandlungspartner, die durchaus guten Willens sind, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, verstehen häufig unsere betriebswirtschaftliche Denkweise nicht. Deren Vorstellungen orientieren sich ja seit siebzig Jahren an der Planwirtschaft. Hier stoßen wir an Grenzen, zumal die fehlende Infrastruktur Schwierigkeiten bereitet. Wir brauchen ja nicht nur Schrauben und Muttern, die von lokalen Lieferanten zu beziehen sind; wir brauchen beispielsweise auch elektronische Bauelemente, und das ist ein Gebiet, wo wir, was Qualität, Zuverlässigkeit und Termin treue bei der Zulieferung angeht, zur Zeit sicherlich noch sehr stark auf Importe aus dem Westen angewiesen sind. Und diese soll man nun damit finanzieren, daß man reexportiert? Das hat sicherlich keinen Zweck.

Seit Beginn letzten Jahres habe ich vielleicht 50, 60 Sowjetbürger aus den verschiedensten Hierarchien zu überzeugen versucht. Der Denkprozeß ist also im Gange, und wir sind auf dem

richtigen Wege. Aber man sollte keine Wunder erwarten. Ich sehe jedenfalls das Joint-venture als ein stabilisierendes Instrument und damit als eine der vertrauensbildenden Maßnahmen an. Deshalb sind wir bereit, nach dem Erfolgsbeispiel Ungarn auch in anderen RGW-Ländern diesen Versuch zu machen. Daß wir uns dabei an die gegebenen Vorschriften halten, COCOM und so weiter, ist selbstverständlich.

Lebahn

Zunächst ein Wort zur Infrastruktur, deren Mängel in der Sowjetunion die Referenten bezeichnenderweise hervorgehoben haben. Auch Herr Cantzler und Herr Büscher haben darauf verwiesen. Daß dies auch eine Frage des Wirtschaftssystems ist, das wird jetzt besonders deutlich. Bisher hatte die Sowjetunion als führende Macht des sozialistischen Lagers immer mit Stolz betont, sie hätte das moderne, zukunftsgerichtete, historisch richtige Wirtschaftssystem, nämlich das Plansystem, das sie Wirtschaftsverwaltungssystem nennen. Seit zwei Jahren ist das, was jahrzehntelang propagiert wurde, plötzlich nicht mehr richtig.

Die Perestroikabeginnt im Wirtschaftsbereich damit, daß man sämtliche Organisationen radikal umbaut, ja bis zu einem gewissen Grade auflöst, indem man etwa serienweise die Amtsinhaber in den Vorruhestand schickt. Es werden neue Direktiven von oben gegeben, die für den sowjetischen Wirtschaftsmann genauso unverständlich sind wie für das Volk. Da heißt es beispielsweise, es komme jetzt darauf an, Joint-ventures einzugehen. Joint-venture ist für die Sowjets stets der Inbegriff des Kapitalismus gewesen; da steckte geradezu der Teufel drin - ich habe vor fast 20 Jahren in meiner Doktorarbeit über sowjetisches Wirtschaftsrecht auch über dieses Thema gearbeitet. Das fing schon mit dem Wort "joint" an: Wie kann man etwas Gemeinsames mit dem Westen machen!

Vor zwei Jahren wurde von den Sowjets erstmals ganz gezielt der Wunsch geäußert, mit dem Westen Joint-ventures einzugehen. Dahinter stand offenbar die Erkenntnis, daß sich der technologische und organisatorische Rückstand zum Westen ständig vergrößerte. Das wollte man jetzt mit einer Radikalkur ausgleichen, und dafür erschien das Teufelische, nämlich das Joint-venture, gerade gut genug. Hatten westliche Fachleute doch immer gesagt: Der Maßstab für eine wirklich erfolgreiche und perspektivische Zusammenarbeit ist das Joint-venture, gewissermaßen die Krönung; also laßt westliche Kapitalinvestitionen bei euch zu.

Und jetzt kamen die Sowjets plötzlich daher und sagten: Wir sind bereit, machen wir solche gemeinsamen Unternehmungen. Was geschah: Zunächst gab es eine geradezu einhellige Ablehnung bei den deutschen Firmen; so ernst hatte man es ja nun auch wieder nicht gemeint. Von April bis Ende 1986 sind die Sowjets überall in der Bundesrepublik herumgereist und haben für Joint-ventures geworben. Aber sie fanden nur verschlossene Türen, beziehungsweise man sprach von interessanten Vorstellungen: "Wir werden das im Hause prüfen" - und dann passierte gar nichts. Nur einige wenige Firmen haben es auf einen Versuch ankommen lassen.

Interessanterweise waren das vor allem Firmen aus dem mittelständischen Bereich, darunter viele kleine Unternehmen, bei denen ein Geschäftsführer oder sogar der Eigentümer, der das Sagen im Hause hat und noch einmal bereit ist, eine Pioniertat zu unternehmen. Die suchen sich dann auf der östlichen Seite Leute, die sich ebenfalls auf Pioniertaten einlassen wollen. Denn auch auf sowjetischer Seite gibt es neuerdings so etwas wie einen neuen Pionier- und Unternehmergeist, der sich genau in diesen Joint-ventures konkretisiert.

Nachdem der geistige Durchbruch gelungen war, hat man im Kreml erst einmal wieder abgeblockt und meinte, zwanzig Joint-ventures mit dem Westen genügen. Das sei so ein gefährliches Instrument, bei dem man nicht übersehen könne, wohin die Entwicklung führt. Aber dann ließ die Sowjets diese Vorstellung nicht mehr los. Auf der Chemie-Messe im letzten September sind sie geradezu ausgeschwärmt und haben selbst die kleinsten Firmen angesprochen - ich habe es selbst erlebt;- , doch ein Jointventure mit ihnen einzugehen.

Wir raten den Sowjets gegenwärtig, nicht immer nur Joint-ventures anzustreben, sondern auch an bescheidenere Formen der industriellen Kooperation, die ebenso Technologietransfer beinhalten, zu denken. Aber es ist ganz offensichtlich: Das Jointventure stellt für die Sowjets das Optimum dar, was man erreichen kann; das ist schon so etwas wie ein Denkmodell und ein Maßstab für sich. In dem Falle ist natürlich auch das Risiko des Scheiterns nicht mehr so groß. Man kann ja am konkreten Projekt prüfen, ob man so oder anders vorgehen soll. Denn wie Herr Cantzler, sehe ich den praktischen Anwendungsbereich des Joint-ventures als relativ bescheiden an. Es ist völlig undenkbar, daß wir damit in absehbarer Zeit auch nur zehn Prozent unseres Warenaustausches erreichen werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die geistigen und organisatorischen Konsequenzen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können.

In der vergangenen Woche bin ich mit einer Delegation der Deutschen Bank unter Herrn Dr. Christians in Moskau gewesen. Wir sind bei dieser Gelegenheit nicht nur mit vielen Praktikern, sondern auch mit einigen Kreml-Führern zusammengekommen, insbesondere hat mich ein über dreistündiges Gespräch mit Ministerpräsident Ryschkow beeindruckt, in dem er ganz deutlich zum Ausdruck brachte: "Wir machen zum Maßstab unserer zukünftigen Zusammenarbeit das Wort 'joint', das Gemeinsame." Daß westliche Firmen nur etwas verkaufen und schnell Kasse machen wollten, ohne an der Entwicklung in der Sowjetunion interessiert zu sein, habe keine Zukunft mehr. Für die Sowjetunion komme es darauf an, über den Verkauf von Erdgas und Erdöl hinauszukommen und eine höhere Stufe zu erreichen. Das gehe nur mit westlicher Hilfe. Firmen, die wie bisher nur ihre Billig- und Massenprodukte absetzen wollten und nicht bereit seien, auf eine höhere Stufe zu gehen, seien künftig keine Partner mehr für die sowjetische Seite. Und ein Maßstab dafür sei für die Sowjets jetzt, ob die Bereitschaft besteht, wenn sich die Möglichkeit ergibt, ein Joint-venture abzuschließen.

In diesem Gespräch wurde den bundesdeutschen Firmen übrigens eine sehr gute Zensur ausgestellt; sie seien viel flexibler und offener als alle anderen westlichen Firmen. Von zur Zeit 28 registrierten Joint-ventures mit dem Westen sind acht deutsche. Das ist ein gutes Ergebnis. Auch der Bundesregierung wurde eine gute Note erteilt. Sie sei die einzige Regierung im Westen, die vorsichtig positiv hinter solchen Kooperationen stehe. Auch die Italiener seien offen und aktiv, während die Franzosen und Japaner zurückblieben. Dort übten die Regierungen offenbar Druck aus, damit das alles auf einem niedrigen Niveau bleibe.

Eine weitere Überlegung betrifft das Organisationsmodell insgesamt. Es geht dabei auch um eine Art von Umerziehung. Die Sowjets wollen nicht nur Kapital, Technologie und Absatzmärkte von uns haben, sondern erwarten auch, daß ihre Leute bei uns geschult werden. Da wird man als Deutscher geradezu ein wenig verlegen, wenn man Worte zu hören bekommt wie: "Ihr wart doch auch zu Zeiten Peters des Großen und später immer wieder die Lehrmeister der russischen Nation. Lehrer, Apotheker, lauter solche intellektuellen Berufe haben wir von Deutschen gelernt. Das ist uns damals gut bekommen. Können wir das nicht wiederholen?"

Man tritt jetzt ganz unvoreingenommen an uns heran. Wir sollen Handelsakademien mit aufbauen; wir sollen russische Praktikanten in bundesdeutschen Firmen aufnehmen; wir sollen unsere Fachleute nach drüben entsenden und anderes mehr. Uns Deutschen traut man dabei wohl am ehesten zu, uneigennützig zu handeln. Da kommen uns natürlich Bedenken, ob das nicht irgendwann wieder umschlägt und man den Deutschen dann vorwirft, die Schulmeister sein zu wollen, was sich wiederum negativ auf das beiderseitige Verhältnis auswirken kann.

Gegenwärtig finden die deutsche Wirtschaft und die deutsche Regierung aber wie kein anderes Land eine offene Tür in der Sowjetunion. Man soll das jedoch keineswegs überschätzen und nun gleich den großen Durchbruch erwarten. Insbesondere muß man auf die langfristigen Prozesse in der Sowjetunion hinweisen.

Doch im Augenblick bestehen Möglichkeiten, wie es sie seit vielen Jahren nicht mehr gegeben hat. Das hat wenig mit "Gorbatschow helfen" zu tun. Wenn die Sowjets auf unsere Hilfe angewiesen wären, bestünde kaum Hoffnung. Nein, hier geht es schlicht um materielle Interessen zum gegenseitigen Vorteil.

In diesem Falle stimmt dann auch die finanzielle Seite - und damit sind die Banken angesprochen. Für gute Projekte, die sich wirtschaftlich tragen, ist auch unbeschränkt Geld da. Und die Sowjetunion ist ein guter Kreditnehmer. Wenn sich das so weiterentwickelt, könnte in den 90er Jahren ein ausgesprochener Boom entstehen.

Nicht zuletzt das Verhalten der amerikanischen Firmen und Banken zeigt, daß sie das auch so sehen. Sie sind schon in aller Stille aus den Startlöchern heraus. Für die vergangene Woche war eine große amerikanisch-sowjetische Wirtschaftskonferenz geplant, die auf den 11. April verschoben wurde, weil Gorbatschow in Jugoslawien war und ohne ihn die Sache nicht stattfinden sollte.

Armand Hammer jedoch, der große Pionier, ist trotzdem nach Moskau gekommen und hat auf eigene Faust das bisher größte Joint-venture abgeschlossen - sechs Milliarden Dollar; zwei italienische Firmen und eine japanische Firma sind daran beteiligt. Damit kommt bereits ein neuer Aspekt ins Spiel - die Multilateralität, der die Zukunft gehört. Wir sollten von dem traditionellen Sonderbeziehungsdenken zur Sowjetunion wegkommen und versuchen, multilaterale Kooperation zu machen. Dort liegt sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Zukunft. Das dürfte dann auch politisch stabilisierend wirken.

Körper

Auch meinem Unternehmen ist von der Sowjetunion ein Joint-venture angeboten worden. Nach ernsthaften Verhandlungen habe ich dieses Angebot jedoch abgelehnt. Vorbedingung für ein Joint-venture in der Sowjetunion ist bekanntlich, daß den westlichen Firmen nur eine Minderheitsbeteiligung zugestanden wird, während die Sowjets mit über 50 Prozent in den wichtigen Unternehmensfragen das Sagen behalten wollen.

Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn wir bei einer Neugründung in der Sowjetunion unser Know-how einbringen, dann müssen wir auch das Sagen haben. Mir als Unternehmer ist es gleichgültig, wem die Produktionsmittel gehören, ob dem Staat oder privaten Aktionären. Worauf es ankommt, ist, daß das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel und das Entscheiden über die den Markt betreffenden Maßnahmen bei denen liegen, die das Know-how eingebracht haben und somit über die Produktionserfahrungen und die Marktkennntnisse auch auf internationalem Felde verfügen. Solange die Sowjets auf einer Minderheitsbeteiligung ihrer westlichen Partner bestehen, lehne ich ein Joint-venture ab.

Ich weiß, daß viele andere Unternehmen auf demselben Standpunkt stehen. Deshalb ist es für mich besonders interessant, von den Firmen zu hören, die bereits ein Jointventure in der Sowjetunion eingegangen sind, welche Erfahrungen sie bislang gemacht haben und vor allen Dingen, wie sie für ihre eigenen westlichen Produktions- und Vertriebsstätten die zukünftigen Exportchancen auf dem internationalen Markt beurteilen, wenn die Sowjets in einigen Jahren sich nach Aneignung des firmenspezifischen Know-how mit der Majorität ihrer Joint-venture-Anteile und mit staatlich subventionierten Dumping-Preisen auf den Exportmarkt begeben.

Bär

Die Firma Liebherr, ein Privatunternehmen, das Herrn Hans Liebherr gehört, ist in der Sowjetunion seit Ende der 60er Jahre tätig. Seinerzeit hat Hans Liebherr den damaligen sowjetischen Botschafter Falin gefragt, ob es denn nicht möglich sei, in der Sowjetunion eine gemeinsame Firma zu gründen. Es hat immerhin bis zum Jahre 1986 gedauert, bis sich die Sowjets an uns gewandt haben mit der Frage, ob wir zu einer gemeinsamen Firma bereit wären. Als Pionier, der Herr Liebherr ist, hat er gesagt: Ich möchte den Herren zeigen, was wir in der Sowjetunion leisten können. Ich will dort eine Produktionsstätte errichten. Man hat uns dann Odessa als Standort gegeben.

Die Verhandlungen, die ich geführt habe, begannen 1986, als eine sowjetische Delegation unter dem damaligen Leiter des Staatskomitees der Wissenschaft und Technik, Herrn Kaminew, der heute als Erster Stellvertretender Vorsitzender des Maschinenbauministeriums unter Herrn Silajew fungiert, bei Ministerpräsident Späth in Stuttgart weilte. Wir haben in der Folge mit dem Ministerium für Baumaschinen Gespräche geführt, und zwar unter der Leitung von Herrn Varnachow, eines Ministers, der mit dem heutigen Ministerpräsidenten Ryschkow bei Ural Masch, einer der größten Gesellschaften in der UdSSR, zusammengearbeitet hat.

Bis zum Dezember 1986 konnten alle Verträge paraphiert werden, dann hieß es, bevor unterschrieben werden kann, muß erst noch die Verabschiedung einer Verordnung am 13. Januar 1987 abgewartet werden. Danach begannen die Verhandlungen noch einmal von vorn und konnten dann im September 1987 erfolgreich mit dem federführenden Ministerium abgeschlossen werden. Unser Partner in Odessa ist das Unternehmen "Januar-Aufstand", das bereits Autokrane produziert. Diese Gesellschaft hält - so wurde es von unserer Seite gewählt - 60 Prozent des Kapitals, Liebherr 40 Prozent. Aber ich will gleich hinzufügen, Herr Körber: Laut Vertrag haben wir zwar nur 40 Prozent, doch in der Praxis läuft es so, daß die Sowjets bei jeder Frage sagen: Entscheidet Ihr. Was meinen Sie, was die für eine Vorstellung von deutscher Gründlichkeit haben. Wenn wir nicht bestimmen, läuft es nicht. Ich würde diese Prozente nicht so hoch bewerten.

In den vielen Gesprächen hat sich auch gezeigt, welche Wissenslücken auf sowjetischer Seite noch bestehen. Das betrifft etwa Fragen des Wirtschaftssystems. So haben wir beispielsweise inzwischen eine Aktiengesellschaft gegründet. Man will auch eine Börse einrichten, und es soll Aktionäre geben. Wir haben eine Satzung verabschiedet und einen Aufsichtsrat eingerichtet, der mit drei sowjetischen und zwei deutschen Persönlichkeiten besetzt ist. Die Leitung übernimmt eine Generaldirektion.

Die sowjetische Seite hatte die Firma Liebherr ausgewählt, weil wir in der Autokrantechnik führend sind. Es gibt in der Sowjetunion keine Autokrane mit dieser Tragkraft und Technologie. Wir haben in den 70er und 80er Jahren große Liefergeschäfte getätigt. Allein für das Jamal-Projekt haben wir 1982 über 400 Autokrane geliefert, die bei minus 50 Grad arbeiten können. Diese Geräte wurden bei der großen Pipeline eingesetzt. Aber wir sind in der Sowjetunion auch auf anderen Sektoren tätig, etwa in der Automobilbranche, zum Beispiel bei Kama im LKW-Bereich und bei Moskwitsch. Wir sind teilweise

als Generalunternehmer tätig. Sowjetische Ingenieure besprechen mit uns gemeinsam Technologiefragen; es wird gemeinsam ausgewählt und eingekauft.

Für das Joint-venture haben wir uns entschieden, weil wir den sowjetischen Markt und nicht zuletzt auch die RGW-Staaten beliefern wollen. Der mit den Sowjets verabschiedete Plan sieht vor, daß wir die Fertigungstiefe in Stufen bis 1992 erhöhen. Bis 1992 beliefern wir die Sowjetunion. Danach werden in Odessa Komponenten, also Teile von uns, mit sowjetischen Produkten - Dieselmotoren zum Beispiel zusammengebaut und auf dem sowjetischen Markt verkauft.

Ich habe damals Herrn Antonow gesagt: "Von nichts kommt nichts. Auch Sie müssen einiges investieren und können nicht verlangen, daß das, was importiert wird, auch wieder exportiert wird. Es geht auch nicht zu sagen: Wir sollen die hochwertigen westlichen Werkzeugmaschinen einbringen, und dafür müssen wir dann entsprechend wieder exportieren."

Was unsere Gewinne angeht, so hat Herr Liebherr entschieden, daß die Gewinne der nächsten fünf Jahre in der Sowjetunion reinvestiert und nicht entnommen werden. Deshalb hat es in dieser Frage bisher auch keine Probleme gegeben, zumal wir in der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit unser Know-how als Kapital einbringen können, zusätzlich zu den Sacheinlagen von Maschinen und Einrichtungen. Einen kleinen Satzungsfonds bringen wir ebenfalls als Kapital mit ein.

Auf der anderen Seite wollte die sowjetische Seite das Grundstück einbringen, was sich als problematisch erwies. Das Grundstück, haben sie gesagt, kostet den Quadratmeter zweieinhalbtausend Mark. Wie kommt dieser Preis zustande?, haben wir gefragt. Antwort: Wir nehmen den Mittelwert zwischen Tokio und Mailand. Warum gerade Mailand? Darauf die Sowjets: Wenn man die Landkarte anschaut und einen Kreis zieht, dann liegt Odessa auf der gleichen Höhe. Wir haben uns inzwischen geeinigt, daß man die Grundstücke nicht einbringen kann, weil sie dem Staat gehören. Vielleicht wird es so etwas wie ein Erbbaurecht geben; das ist aber noch nicht geklärt. Auch die Bewertung der Gebäude ist noch nicht klar.

Ein Wort zur Entscheidungskompetenz. Herr Ryschkow ist der Ministerpräsident; unter ihm sitzt Herr Silajew als Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates für Maschinenbau, und ein Herr Silajew entscheidet darüber, ob man in Odessa eine Halle baut. Das muß man sich einmal vorstellen. Wie soll eigentlich ein Wirtschaftssystem funktionieren, wenn solche Entscheidung auf dieser hohen Ebene gefällt wird?

Ich habe mir in der Sowjetunion viele Betriebe angesehen. Der Eindruck ist deprimierend. Die Betriebe und die eingesetzte Technologie sind unvorstellbar veraltet. In Odessa hat man mir stolz eine Halle gezeigt, die 1873 gebaut wurde. "Schauen Sie her", hieß es, "schon damals hat man in die Hallen Laufkrane eingebaut!" Das sind heute noch die gleichen. Damals wurden Dampflok repariert; heute werden dort Autokrane produziert, natürlich mit einer Technologie von vor 40 oder mehr Jahren.

Liebherr möchte als Pionier eine moderne Fertigungsstätte in Odessa bauen. Man hat uns auch gebeten, die Leute entsprechend auszubilden. Sie sind teilweise bei uns in Ehingen tätig, ganz fähige Leute. Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen kann ich nur lobend erwähnen. Die Leute sind sehr daran interessiert zu lernen. Sie wollen auch dem Joint-venture zum Erfolg verhelfen.

Große Probleme bereitet die Tatsache, daß es dort an Spezialisten für die Computeranwendung fehlt und das Management nicht in der erforderlichen Weise qualifiziert ist. Man hat uns um unsere Mithilfe gebeten, und wir haben natürlich geholfen.

Wie es auf dem sowjetischen Markt aussieht, dazu nur eine kleine Anekdote. Ich war in der letzten Woche mit Herrn Lebahn in Moskau. Wir haben dort in einer Vorstandssitzung über unser Produktionsprogramm 1988 diskutiert und dies verabschiedet. Im Anschluß an die Sitzung kam eines unserer sowjetischen Direktionsmitglieder noch einmal zu mir und meinte: "Herr Bär, wir müssen ja von Ihnen die Komponenten kaufen; sehen Sie nicht eine Möglichkeit, daß Sie auch bei uns etwas kaufen können?" Ich sagte, ich sei daran interessiert. Da machte er seine Mappe auf und zeigte mir einen Prospekt, auf dem ein Schraubstock abgebildet war; auf der Rückseite war noch der Rubel-Preis aufgedruckt, den er dann durchgestrichen hat. Diese Schraubstöcke sollten wir also kaufen. Man mag das von unserer Seite belächeln; aber es ist schon eine sehr schlimme Situation.

Huber

Soweit ich die Verhältnisse in Polen und in Ungarn kenne, habe ich den Eindruck, daß Kredite und Kooperation mit dem Westen die Stellung dieser beiden Länder auf dem Weltmarkt nicht gestärkt, sondern eher geschwächt haben. Deshalb meine Frage an die Praktiker: Wird auch die Sowjetunion

künftig verstärkt Kredite aus dem Westen aufnehmen? Ist es dabei theoretisch denkbar, daß solche Kredite in eine Entwicklungskonzeption eingebunden werden?

In Polen zum Beispiel boten die Amerikaner an, die Errichtung einer Schokoladenfabrik "zu günstigen Bedingungen" zu finanzieren. Die polnischen Partner ließen sich darauf ein. Es gab noch eine ganze Reihe ähnlicher Einzelprojekte - bis sich herausstellte, daß es an Fachkräften fehlte, die die Maschinen bedienen konnten, daß auch die Märkte gar nicht vorhanden waren.

Wie ist also eine Kooperation möglich, die nicht zur Verschuldung führt, die vielmehr über die reinen Tauschgeschäfte hinaus eine wirkliche Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung bewirkt? In dieser Hinsicht hat die Sowjetunion einen gewaltigen Nachholbedarf; denn sie hat ihre Außenwirtschaft bisher weitgehend abgeschottet, und selbst in ihrer Binnenwirtschaft sind bis heute Selbstversorgung und Naturalwirtschaft ungleich stärker entwickelt als Kooperation und Arbeitsteilung.

Lebahn

In Osteuropa hat man Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre das Handelsvolumen mit dem Westen größtenteils durch Kredite erweitert. Das waren Wechsel auf die Zukunft, die, wie sich dann herausstellte, ausreichender Grundlagen entbehrten. Vereinfacht ausgedrückt: Jeder Kredit hat zwei Komponenten, einmal die Geldhingabe und dann die Erwartung, es in Zukunft zurückzubekommen. Diese Erwartung nennt man Risiko, das abzuschätzen der entscheidende Punkt ist. Wenn ich nicht weiß, ob ich das eingesetzte Geld in einigen Jahren wieder erlöse, lasse ich es lieber auf der Bank. Geld ist im Westen genug vorhanden, woran es fehlt, sind geeignete Projekte.

Die Kredite an die sozialistischen Länder waren seinerzeit mehr oder weniger alles Zahlungsbilanzkredite, die in der Erwartung gegeben wurden: Der Staat kann nicht pleite gehen; es kann sich kein Land leisten, seine Schulden nicht zurückzuzahlen. Unterdessen befindet sich eine große Anzahl von Ländern in einer Situation, nicht mehr zurückzahlen zu können. Die ursprüngliche Annahme hat sich also als falsch erwiesen, auch gegenüber sozialistischen Ländern. Man hatte geglaubt, kein kommunistisches Land würde eingestehen können, daß das System nicht funktioniert. Aber: Polen ist nicht in der Lage, Zins- und Tilgungsraten zu leisten, Rumänien war zeitweise in ähnlicher Situation; Ungarn stand kurzfristig knapp davor; Jugoslawien balanciert heute immer noch.

Es ist ein trauriges Bild, zumal ja auch die sogenannte Regenschirmtheorie nicht funktionierte. Man hatte in Westeuropa immer daran geglaubt, was die Sowjets so schön mit "sozialistischer Bruderschaft" umschrieben hatten. Man ging davon aus, die osteuropäischen Länder seien eine Familie und wenn's regnet, werde die Sowjetunion den Schirm aufspannen. Aber sie hat ihn nicht aufgeklappt, als die anderen im Regen standen, und unmißverständlich erklärt: Aufgrund dieser Erfahrungen werde sie in Zukunft bei Kreditaufnahme und -vergabe noch mehr nach rein ökonomischen und finanziellen Gesichtspunkten verfahren.

Positiv ist, daß die Sowjetunion gegenwärtig ein Konzept erarbeitet, das es einzelnen, selbständigen Firmen erlaubt, unter der Kontrolle sowjetischer Banken Kredite aufzunehmen. Es soll bei den kreditierten Projekten eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgenommen werden. Wenn es dazu kommt, ist man natürlich ein ganzes Stück weiter. Dann wissen wir, ob unser Geld auch ökonomisch gut angelegt ist oder nicht.

Gerade im Zusammenhang mit den Joint-ventures werden solche modernen Finanzierungs- und Berechnungsmethoden erarbeitet. Aber die Infrastruktur, die dafür zu schaffen ist, steht noch ganz am Anfang. Projektkredite im Westen gibt es erst seit gut zehn Jahren. Die Berechnung kann nur dann richtig funktionieren, wenn eine genaue Preisgestaltung vorliegt, wenn Absatzmärkte und die Belieferung bekannt sind. All das gibt es zur Zeit in der Sowjetunion noch nicht.

In der vorigen Woche hat die Deutsche Bank ein dreitägiges Joint-Venture-Arbeitstreffen durchgeführt. Von deutscher Seite nahmen daran die Vertreter von 30 Firmen und von sowjetischer Seite die von 45 Organisationen teil, die alle irgendwie mit diesem Thema befaßt sind, also wußten, wovon die Rede war. Bei dieser Gelegenheit hat die sowjetische Vertreterin der staatlichen Preisfestsetzungsbehörde betont: "Wir führen gegenwärtig eine grundlegende Preisreform durch, und wir hoffen, damit bis 1991 fertig zu werden." Wie soll man aber eine Zukunftsplanung machen, wenn gesagt wird, bis 1991 ist überhaupt keine feste Preiskalkulation möglich?

Wir haben das Ergebnis dieser Joint-venture-Veranstaltung auf höchster politischer Ebene vorgetragen und zwischen der betriebswirtschaftlichen und der volkswirtschaftlichen Funktion eines Joint-ventures unterschieden. Wenn man die Sache nur betriebswirtschaftlich sieht, kann man guten Gewissens kein Joint-venture eingehen, weil die ganzen Strukturen noch zu ungewiß sind. Wenn man aber sieht, daß die Sowjetunion dieses Instrument als Hauptmotor der wirtschaftlichen Perestroika

benutzen will, dann muß man von ihr genau das fordern, wozu sie im Augenblick keineswegs bereit ist, nämlich als Staat einen aktiven Anteil an der Entwicklung zu nehmen. Wenn es volkswirtschaftlich nützlich sein soll, muß auch der Staat etwas dazu tun.

Es ist eine geradezu paradoxe Situation: Die Sowjetunion ist geradezu stolz darauf, daß sie mit ihrer gegenwärtigen Wirtschaftsreform quasi ein marktwirtschaftliches System errichtet, und sie will es nun genauso machen, wie sie meint, daß es bei uns funktioniert. Dagegen haben wir ihnen versucht klarzumachen: Wenn bei uns neue Branchen erschlossen, neue Technologien in Angriff genommen oder zurückgebliebene Regionen entwickelt werden, oder wenn eine Firma gestützt werden soll, dann greift bei uns der Staat ein, gibt Sonderkredite, Garantien, Starthilfen und dergleichen mehr. Ohne solche Hilfen kann in der Sowjetunion das ganze Reformwerk nicht gelingen. Hier geht es um ein starkes volkswirtschaftlich politisch-staatliches Element, das man nicht ignorieren und die Verantwortung einzig den selbständig gewordenen Firmen zuschieben kann. Das hat die Sowjets sehr enttäuscht; denn sie waren ja gerade stolz darauf, daß sie die Firmen unabhängig von staatlichen Subventionen machen wollten. Nun kommt der Westen und sagt: Wiederum falsch!

Es war eine wesentliche Erkenntnis der vorigen Woche, daß diese Wirtschaftsreformen nicht allein vom Projekt her und finanziell zu sehen sind, sondern ein starkes politisch-volkswirtschaftliches Element in sich tragen. Wenn man dem nicht Rechnung trägt, kann es nicht funktionieren. Dann sollte man lieber gar nicht erst anfangen.

Stürmer

Welche Erfahrungen kann man aus dem DDR-Geschäft auf die Sowjetunion und umgekehrt aus dem Sowjetgeschäft auf die DDR übertragen?

Bär

Wir machen unsere Geschäfte sowohl mit der DDR als auch mit der Sowjetunion. In der DDR ist man heute überhaupt noch nicht an Joint-ventures interessiert. Und wie hier schon erwähnt wurde, Liefergeschäfte sind in unserer Branche zu hundert Prozent mit Kompensationskäufen verknüpft. Ähnlich lief es vor der Perestroika auch mit der Sowjetunion; aber da war der Prozentsatz, zu dem wir Gegengeschäfte eingehen mußten, sehr viel geringer.

Heute setzt die Sowjetunion klare Prioritäten für die Produkte, die im Lande dringend benötigt werden, wobei man zwischen Investitions- und Konsumgütern genau unterscheidet. Im Gegensatz zu, sagen wir, Burda-Heften oder Salamander-Schuhen haben Autokrane eben volkswirtschaftlich einen ganz anderen Stellenwert, weil sie unter anderem dazu dienen, die Infrastruktur zu erschließen. Für solche technologischen Produkte ist der Staat an gemeinsamen Firmen interessiert.

Natürlich ist es auch für unser Unternehmen ein Unterschied, ob wir in der UdSSR einen Markt mit 270 Millionen oder in der DDR mit 16 Millionen Menschen vor uns haben. Der DDR-Markt ist für uns ein reiner Käufermarkt, während wir in der UdSSR auf lange Sicht an gemeinsamen Unternehmen durchaus interessiert sind.

Angesichts der gegenwärtigen Devisenknappheit in der Sowjetunion, bedingt durch den Verfall der Rohstoffpreise vor allem bei Öl und Gas, wird ganz besonders darauf

Pflüger

Was ist Verbalismus, was ist Realität in der Sowjetunion? Nach den Ausführungen der Praktiker habe ich den Eindruck, daß man sich gegenwärtig zwischen diesen beiden Polen bewegt. Vieles ist noch Verbalismus, aber es gibt zweifellos ein redliches Bemühen, auch in der Realisierung weiterzukommen. Die Bereitschaft ist groß, das wurde hier ja vielfach bestätigt, vom Ausland zu lernen.

Nun nimmt offenbar die Qualität des Personals eine Schlüsselfunktion ein. Deshalb frage ich die Experten: In welchem Umfange und auf welchen Ebenen helfen Sie den Sowjets in der Ausbildung? Kann man die Ausbildungsbemühungen, die Sie im Jointventure als einzelnes Unternehmen leisten, durch überbetriebliche Modelle ergänzen? Haben Sie darüber mit der sowjetischen Seite diskutiert? Ist es etwa denkbar, daß man in einem Fachbereich an sowjetischen Universitäten eine Managerausbildung unter westlicher Anleitung einrichtet, um so eine personelle Infrastruktur zu schaffen, die Ihren Projekten dann besser zum Erfolg verhilft?

Büscher

Diese Frage ist von verschiedenen gemischten Regierungskommissionen in der UdSSR, in Bulgarien, in der Tschechoslowakei und in Ungarn durchgesprochen worden. Stets spielt die Frage der Ausbildung eine wichtige Rolle. Wir von der Industrie können im wesentlichen nur "training on the job" machen. Es gibt bei uns im Lande ohne Frage genügend Institutionen, ob staatlich oder privat, die Training und Managementschulung durchführen könnten und die man deshalb in diesen Prozeß mit einbeziehen sollte. Aber die Nutzung solcher Einrichtungen kostet viel Geld. Daran ist es bisher immer gescheitert, zum Beispiel in Bulgarien. Auch in Ungarn schreckt man vor der finanziellen Belastung zurück.

Bär

Ministerpräsident Späth hat bei seinem Besuch in der Sowjetunion die Frage der Schulung klar angesprochen. So ist geplant, daß das Land Baden-Württemberg in Leningrad ein Schulungszentrum installiert. Das Problem ist, daß die Industrie sehr unterschiedlich ausgebildete Fachkräfte braucht. Salamander braucht Schuhmacher, wir brauchen Schweißer. Das heißt, hier muß firmenspezifisch geschult werden, eine Aufgabe, die dann den Firmen in einem gemeinsamen Betrieb zukommt.

Anders ist es bei der Managementschulung. Den sowjetischen Führungskräften fehlt es heute noch an jeglichen Erfahrungen und Kenntnissen, beispielsweise im Aktienrecht, im GmbH-Recht, in der Frage der Bilanzierung, beim Marketing und ähnliches mehr. Auf diesen Gebieten kann man staatlicherseits entsprechende Schulungen anbieten. Da könnte unsere Regierung einen wichtigen Beitrag leisten. Die sowjetische Seite hat zweifellos gute Fachkräfte in den Basisberufen, aber nicht in den Berufen, die es dort bis jetzt noch gar nicht gibt.

Lebahn

Auch die deutsche Wirtschaft braucht Neues Denken. Wir sind zu sehr fixiert auf Export von Produkten und zu wenig auf Dienstleistungen. Da sind uns insbesondere die Amerikaner und die Engländer voraus. In Deutschland fehlt es an international tätigen großen Consulting-Firmen fast völlig. McKinsey zum Beispiel ist weltweit tätig. Renommiertere Business Schools wie die von Harvard gibt es bei uns auch nicht. Auch in dem Bereich sind die Amerikaner jetzt in Osteuropa sehr aktiv. Vor kurzem ist in Budapest eine Business School mit amerikanischen und ungarischen Professoren gegründet worden, auf der junge Praktikanten aus den Firmen zunächst eine theoretische Ausbildung bekommen. Anschließend werden sie in die Schweiz und nach Österreich geschickt, um dort die Praxis in den Betrieben zu erlernen. Dabei haben wir in der Bundesrepublik ohne Frage ebenfalls gute betriebliche Voraussetzungen, um Praktikanten aufzunehmen.

Herr Bär und Herr Büscher haben zu Recht gesagt, hier muß die Bundesregierung etwas unternehmen; denn solche Ausbildungen sind in der Tat organisatorisch und finanziell sehr aufwendig. Wenn wir hier den Anschluß nicht verpassen wollen, müssen wir uns etwas einfallen lassen. Die Amerikaner glauben offenbar an die Zukunft der Perestroika, auch wenn sie heute zu großen Investitionen noch nicht bereit sind. Statt dessen investieren sie erst einmal in die Ausbildung der Menschen dort. Die von ihnen ausgebildeten sowjetischen Fachleute seien dann später sozusagen ihre "Old Harvard-Boys". Das heißt, diese Leute kommen geistig und auch geschäftsmäßig entsprechend eingestimmt in die Sowjetunion zurück.

Dabei darf man allerdings einen Aspekt nicht unerwähnt lassen. Die Zahl der Sowjets, die zu solchen Ausbildungszwecken ausreisen durften, war bisher auf ein Minimum beschränkt, weil der KGB fest die Hand drauf hielt. Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft war in der Vergangenheit immer zu hören, daß das Austauschkontingent von sowjetischer Seite nie voll ausgeschöpft wurde. Es fehlt ihr sicherlich nicht an geeigneten Kandidaten, aber die Leute erschienen den entscheidenden Instanzen nicht als zuverlässig genug. Man war sich offenbar nicht sicher, ob nicht viele von ihnen im Westen bleiben würden.

Gumpel

Ich möchte die Aussagen der Praktiker im Hinblick auf die Joint-ventures doch ein wenig relativieren. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Weltunternehmen wie Siemens oder BASF, auch Liebherr mit seinen besonderen Technologien, Jointventures gründet oder ob dies mittelständische Unternehmen tun, für die das sehr viel schwieriger ist. Es ist auch ein Unterschied, ob man das in Ungarn tut oder in der UdSSR, in Rumänien oder in Bulgarien. Nicht ohne Grund haben wir Deutsche in Bulgarien kein Joint-venture; in Rumänien ist meines Wissens nur die Firma Renck aus Augsburg in dieser Weise tätig. Die Erfahrungen sind sehr unterschiedlich, je nach Gewicht des Unternehmens.

Genau das, was Herr Körber hier geäußert hat, ist kürzlich von Schmeljow, einem sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler, der sich in der Reformdiskussion am weitesten vorwagt, kritisiert worden. Er hat Anfang Februar in einem Artikel in Moskowskie Nowosti geschrieben, man müsse endlich von der Bürokratisierung wegkommen und solle die westlichen Kapitalgeber nicht davon abhalten, die Verantwortung in den Unternehmen zu übernehmen. Er warnt auch vor einer hohen Besteuerung der Jointventures.

Herr Bär erwähnte die Aktiengesellschaften, ein Thema, das in der Sowjetunion momentan "in" ist; auch in der Iswestija und der Prawda kann man darüber lesen. Aber das sind natürlich keine Aktiengesellschaften in unserem Sinne. Mit einer solchen sogenannten Aktie erwirbt der Mitarbeiter eines Unternehmens keinen Eigentumsanteil am Unternehmen, in dem er tätig ist. Außenstehende sind sowieso nicht berechtigt. Im Grunde sind das Genußscheine. Außerdem darf man nur einmal innerhalb von 15 Jahren eine Aktie erwerben. Das ist alles. Die größeren Aktionäre in der Sowjetunion sind entweder Großunternehmen oder Ministerien. Das heißt, dieselben Begriffe werden hier für ganz andere Inhalte gebraucht.

Kooperation wird in Osteuropa generell als Ressourcentransfer verstanden, von dem wir natürlich ebenfalls profitieren. Die osteuropäischen Länder einschließlich der Sowjetunion sind jedoch in erster Linie darauf aus, Ressourcen von uns zu erhalten, was angesichts der gegenwärtigen Verschuldung des Ostblocks nicht unproblematisch ist. Ist dies eigentlich in dieser Form noch in unserem Interesse, und welche Gefahren können damit verbunden sein?

Im besonderen Maße geht es den östlichen Staaten, vor allem der Sowjetunion, um eine Modernisierung ihrer Industrien, die in der Tat völlig veraltet sind. Moderne Technologien fänden dort reißenden Absatz. In einer sowjetischen Zeitung habe ich kürzlich den Hinweis gelesen, daß die Arbeitsproduktivität der dortigen Industrie 60 Prozent unter der westlicher Industrien, in der Landwirtschaft sogar um 80 Prozent unter den westlichen Standards liege. Da ist also noch sehr viel zu machen.

Aber geht die Perestroika weit genug, um das zu erreichen, was man anstrebt? Ich bezweifle das. Auch Schmeljow sagt: Was wir tun, ist nur ein halber Schritt nach vorn; dann wäre es besser, beim alten System zu bleiben. Denn ein halber Schritt bringt nichts. Man will beispielsweise einzelnen Betrieben oder sogenannten Vereinigungen bestimmte Rechte im Außenhandel überlassen. Aber wie soll eigentlich eine gedeihliche Kooperation zustande kommen, wenn es heute allein an die 2000 Umrechnungskurse des Rubels in andere Währungen gibt? Für die verschiedensten Gütergruppen, teilweise sogar für einzelne Güter, gibt es eigene Umrechnungskurse.

Und was die Arbeitsmoral der sowjetischen Arbeiter angeht, las ich kürzlich einen Bericht über ihre Tätigkeit beim Bau der deutschen Botschaft in Moskau, in dem man ironisch anmerkte, offenbar wollten die sowjetischen Arbeiter hinsichtlich ihrer Arbeitsleistung den Unterschied zwischen dem kapitalistischen und dem sowjetischen System deutlich machen. Das wirkt sich auch auf die Jointventures aus. Es ist nicht möglich - das zeigen zumindest die Erfahrungen in Rumänien und in Ungarn;- anreizschaffende Löhne zu zahlen. Unsere Unternehmen müssen sich ja weitgehend an die Lohnsysteme dieser Länder halten, so daß die Arbeiter nicht zu höherer Leistung angespornt werden können.

Kind

Ist Systemöffnung durch Zusammenarbeit möglich? Welche Möglichkeiten und welche Grenzen zeigen sich dabei? Schon vom System her, so wie es auf östlicher Seite besteht, muß man feststellen, daß Kooperation nur innerhalb bestimmter Grenzen möglich ist.

Im Grunde geht es auch den Sowjets bei den Joint-ventures in der Tat darum, sich durch die neue Kooperationsform weitere Möglichkeiten zu erschließen, um an westliches Kapital heranzukommen; denn der Kreditrahmen ist für die Sowjetunion ausgeschöpft, und mit den Rohstoffen sind auch nicht mehr in ausreichendem Maße Devisen zu erlangen. Ich beurteile die Situation bei den Joint-ventures aufgrund der angebotenen Mehrheitsverhältnisse von maximal 49 zu 51 Prozent zugunsten der sowjetischen Seite ähnlich skeptisch wie Herr Körber. Selbst wenn sich die Entwicklung heute in einem günstigen Licht zeigt, kann man sicher sein, wie die Verhältnisse in 10 Jahren aussehen werden? Vielleicht können Sie dann über Ihr eingebrachtes Kapital überhaupt nicht mehr verfügen.

Dennoch finde ich es lobenswert, daß es Unternehmen gibt, die bereit sind, ein Risiko einzugehen. Vielleicht sind da mittelständische Unternehmen, in denen das persönliche Engagement eine wichtige Rolle spielt, gegenüber Großunternehmen, die viel unpersönlicher arbeiten müssen, hier sogar im Vorteil.

Wenn die westliche Seite heute für "Systemöffnung" plädiert, klingt das im Osten dann nicht verdächtig nach Einfluß nehmen auf die inneren Verhältnisse in den sozialistischen Ländern? Werden damit aber nicht jeder Kooperation enge Grenzen gesetzt? Gorbatschow will schließlich am Sozialismus festhalten, ihn lediglich effizienter machen.

Kann man im übrigen jetzt davon sprechen, die Perestroika lasse neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Kooperation deutlich werden? Die Perestroika hat doch noch gar nicht stattgefunden. Die neuen Möglichkeiten müssen sich erst noch erweisen. Also abwarten erscheint angebracht. Unbestritten ist jedoch, daß ein Erfolg der Perestroika im Interesse des Westens liegt, um die einseitige Ausrichtung der Sowjetunion auf die militärische Macht reduzieren zu können. Das würde dann auch die Zusammenarbeit erleichtern, aber soweit ist es zweifellos noch nicht.

Grundsätzlich kann eine Kooperation nur funktionieren, wenn beide Seiten daran interessiert sind. Das ist auf wirtschaftlichem Gebiet ein ehernes Gesetz. Deshalb wäre es wichtig, wenn beide Seiten aufeinander zuzugingen und ihre Systeme füreinander ein wenig öffnen würden. Aber am Ende muß die Kasse stimmen. Das ist zumindest das Grundprinzip der westlichen Wirtschaft.

Adam-Schwaetzer

Aufgrund der Erfahrungsberichte stellt sich mir die Frage: Wie wirken sich Jointventures eigentlich auf den gesellschaftlichen Wandel in der Sowjetunion aus? Und welche anderen Formen der wirtschaftlichen Kooperationen sind neben den Jointventures noch denkbar, um gewissermaßen Initialzündungen zu geben und auf diese Weise den Prozeß gesellschaftlichen Wandels in der Sowjetunion nicht nur von oben, sondern an vielen Orten gleichzeitig zu befördern?

Welchen Beitrag kann der Westen überhaupt leisten, um den Prozeß des Wandels unumkehrbar zu machen? Selbst wenn es in der Sowjetunion wieder einmal einen Pendelschlag zurück geben sollte, was wir nicht ausschließen können, käme es doch darauf an, daß dann der nächste Versuch nicht wieder ganz von vorn anfangen muß, sondern schon eine möglichst breite Basis vorhanden ist.

Was die COCOM-Liste angeht, haben die Ausführungen der Wirtschaftsfachleute hinreichend deutlich gemacht, daß darin in vielen Bereichen sicherlich nicht der limitierende Faktor zu sehen ist. Da gibt es zweifellos weit gewichtigere Hindernisse für die Ausweitung der Zusammenarbeit. Dennoch ist es sicher vernünftig, wenn wir versuchen, die COCOM-Liste zu bereinigen, ohne daß wir dabei an sicherheitsrelevante Lieferungen denken. Wenn aber richtig ist, was Herr Maier gesagt hat, daß wir den Handel nur dann qualitativ verbessern können, wenn dies mit einer Systemöffnung einhergeht, müssen wir uns fragen, ob wir den technologischen Graben in Europa immer breiter werden lassen wollen. Anders gesagt: Was tun wir, damit die beiden Hälften Europas in technologischer Hinsicht nicht noch weiter auseinanderdriften?

Wie steht es in dem Zusammenhang um die Bereitschaft westlicher Staaten, dem Begehren der Sowjetunion nach Aufnahme ins GATT nachzukommen? Von der Wirtschaftsstruktur her fehlt dafür derzeit sicher noch die Basis. Aber ich begrüße es, daß auch die Vereinigten Staaten nicht mehr rundheraus ablehnen, überhaupt über dieses Thema zu sprechen. Warum eigentlich nicht mit der Sowjetunion über einen Beitritt zum GATT reden? Das gibt uns doch die Möglichkeit, die Prinzipien des freien Welthandels auch gegenüber dieser Regierung zu behandeln.

Schließlich bilaterale und multilaterale Kooperation. Ich stimme Herrn Lebahn zu, daß es wichtig ist, auch multilateral vorzugehen. Denn es liegt durchaus in unserem Interesse, wenn die Handlungsspielräume der kleineren Staaten des RGW durch bilaterale, aber auch multilaterale Kooperationen erweitert werden. Das ist auch ein wichtiger Punkt bei den Verhandlungen EG - RGW. Es besteht jetzt Einigkeit, daß die Handlungsmöglichkeiten für die kleineren RGW-Partner nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil möglichst zu einer Verbesserung auch der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der EG und einzelnen RGW-Staaten geöffnet werden.

Büscher

Es gibt sicher viele Wege der Kooperation, Frau Adam-Schwaetzer, und das Jointventure ist dabei die höchste Form. Unser Unternehmen hat mehr als 100 Kooperationsverträge mit den verschiedenen RGW-Ländern. Das sind aber überwiegend lose Bindungen, auch wenn sie über fünf bis zehn Jahre laufen. Der Vorteil eines Jointventures ist, daß in dieser Form das persönliche Engagement der betreffenden Menschen auf beiden Seiten hinzukommt, und zwar kontinuierlich. Deshalb halte ich diese Kooperationsform für so wichtig.

Was den technologischen Austausch angeht, so arbeiten wir hier mit verschiedenen RGW-Ländern auf recht hohem Niveau zusammen, natürlich ohne die COCOM-Vorschriften zu verletzen. Auf dem

Software-Sektor zum Beispiel sind die RGW-Länder durchaus attraktiv, sie arbeiten auf hohem mathematischen Niveau bei relativ niedrigen Kosten, während Software in der Bundesrepublik knapp und teuer ist. Dies nutzen wir zufriedenstellend. Die Exportstatistik der Bundesrepublik zeigt, daß wir mit hochentwickelten Ländern den intensivsten gegenseitigen Warenaustausch haben. Deshalb muß es unser Interesse sein, daß die RGW-Länder sich auch technologisch weiterentwickeln.

Cantzer

Wie kann man den Handel mit den osteuropäischen Staaten qualitativ verbessern? Ein Kernproblem der Volkswirtschaften des RGW ist der ausbleibende Exporterfolg gegenüber dem Westen. Dieser Export läuft allenfalls auf der einfachen Stufe mit Grundstoffen, wenn's hochkommt mit einer oder zwei Veredelungsstufen, aber nicht mit den differenzierten hochveredelten Produkten. Es ist ein Grundanliegen dieser Länder, das zu ändern und ihre Außenhandelsstruktur zu verbessern. Dafür will man jetzt die Unternehmen selbst stärker am Außenhandel beteiligen und die Funktionäre der Zentrale zurückdrängen. Wenn es gelingt, auf diese Weise den Export dieser Länder zu fördern, könnte das auch zu Strukturveränderungen führen, die der ganzen Reformentwicklung zugute kommen.

Was diese Länder brauchen, sind zum einen die richtigen, das heißt exportfähigen Produkte. Dabei kann die Kooperation hilfreich sein. Zum anderen brauchen sie Exportmarketing, ein Wissen von unseren Märkten. Da könnte man durch Ausbildung etwas erreichen.

Unsere Wirtschaft hat natürlich auch ein ganz nüchternes Eigeninteresse an dieser Entwicklung: Je mehr die östlichen Länder in den Westen exportieren, um so mehr Möglichkeiten haben wir für Lieferungen in den Osten.

Hinsichtlich der multilateralen Zusammenarbeit kann ich leider nur meine Skepsis äußern. Die bilaterale Kooperation ist schon schwierig genug, aber die multilaterale ist noch schwieriger. Solche Fälle wird man wahrscheinlich noch in 20 Jahren an zwei Händen abzählen können. Setzen Sie nicht zu große Erwartungen in diese Kooperationsform.

Maier

Weshalb favorisiert man in den sozialistischen Ländern jetzt so sehr die Form des Joint-ventures? Hier wurde ja verschiedentlich Erstaunen darüber geäußert. Sie müssen sich aber einmal in die Situation der Reformer hineindenken, die in einer innovationsunfreundlichen Umgebung etwas in Gang setzen wollen, um das System umzugestalten. Das kann man am ehesten dadurch erreichen, daß man die Widersprüche des eigenen Systems sichtbar macht. Das gelingt am nachhaltigsten dann, wenn es gelingt, in das System etwas hineinzubringen, das mit ihm unverträglich ist. Erst so kann die Notwendigkeit der Reform sichtbar gemacht werden. Joint-ventures sind im Grunde Demonstrationsmittel für die Reformer, um zu zeigen, wie man das System verändern muß. Sie hoffen, daß bald klar wird, Joint-ventures sind auf die Dauer als Inselfösung nicht lebensfähig, es muß das gesamte Umfeld neugestaltet werden.

Wir haben es dabei mit einem äußerst wichtigen Lernprozeß zu tun; anders ist die sowjetische Gesellschaft nicht zu überzeugen. Mit Ideologien oder Imperativen ist da nichts auszurichten. Wenn aber solche kompetenten Wirtschaftsfachleute wie Herr Liebherr mit ihren Projekten in der Sowjetunion scheitern sollten, dann, so können die Reformer argumentieren, liegt das nicht an unseren westlichen Partnern, sondern an uns selbst. Es geht also darum, das Problembewußtsein für die Reform in einer starren Struktur zu wecken. Das gelingt nur mit Hilfe solcher Demonstrationsbeispiele.

Herr Cantzer hat die Kompensationsgeschäfte angesprochen. Die DDR besteht jetzt bei der Leipziger Messe auf bis zu 100 Prozent Kompensation. Es ist auch der DDR klar, daß sie dadurch mindestens 20 bis 30 Prozent an potentieller Wertschöpfung verliert. Es ist allemal ein schlechtes Geschäft für die DDR und andere sozialistische Länder, wenn sie auf Kompensation bestehen. Warum sind sie so darauf angewiesen? Weil sie den Markt im Westen überhaupt nicht kennen und einfach hilflos sind.

Im Zusammenhang mit der Studie, die wir zur Zeit erarbeiten, haben wir mit vielen Unternehmen und Banken Gespräche geführt, wie man den deutsch-deutschen Handel erhalten oder ausbauen kann. Da ist dann auch von Joint-ventures die Rede. Es geht nicht mehr um Großkredite, wie sie einst die Bayerische HYPO-Bank eingefädelt hat, als sie seinerzeit den Strauß-Kredit zustande brachte. Heute könnten die Banken helfen, kleine Joint-ventures von Betrieben der DDR und der Bundesrepublik zu finanzieren, um die Kompensationswaren aus der DDR an den westlichen Markt besser anzupassen, auch im Design, um ihnen den fremden Geruch zu nehmen. Nur auf diese Weise könnten die

enormen Verluste, die sie durch die Kompensationsgeschäfte einstecken müssen, verringert werden. Da liegen für die Banken durchaus gute Finanzierungsgeschäfte, wenn es gelingt, auf beiden Seiten die richtigen Leute zu finden. Ein Stück Systemöffnung ist auch dort notwendig.

Frau Adam-Schwaetzer hat zu Recht die COCOM-Liste angesprochen. Ich meine, hier sollte der Westen berechnete Sicherheitsinteressen deutlich von anderen Interessen trennen, wo es zum Beispiel nur um die Wahrung von Konkurrenzvorteilen geht. Wie sehr die Dinge im Fluß sind, zeigt das Beispiel der Sicherheitstechnik für Kernkraftwerke, lange Zeit eines der Tabu-Themen der COCOM-Liste. Als uns dann aber Tschernobyl vor Augen geführt hat, wie groß die gegenseitige Abhängigkeit ist, daß also für uns die Sicherheit sowjetischer Kernkraftwerke genauso wichtig ist, wie die unserer eigenen, war es plötzlich kein Problem mehr. Jetzt ist jedermann klar, daß wir ein Interesse daran haben müssen, daß die sowjetischen Kernkraftwerke mit der bestmöglichen Sicherheitstechnik ausgestattet sind.

Dies gilt auch für andere sensible Bereiche der Hochtechnologie. Denken Sie nur an den Hochtemperatur-Reaktor. Beim Hochtemperatur-Reaktor bestimmt die Bundesrepublik ganz wesentlich den internationalen Stand. Und doch ist es trotz aller Versuche weder mit Japan noch mit den USA zu einer ergiebigen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gekommen. Mit der Sowjetunion haben gleich zwei Unternehmen - Siemens und INNOTEC, Düsseldorf-Entwicklungsvorhaben vereinbart, mit einem Geschäftsvolumen von über 1 Milliarde DM. Das wäre früher in diesem Hochtechnologiebereich undenkbar gewesen. Auf einmal ergeben sich Möglichkeiten, die wir klug und sensibel wahrnehmen sollten, ohne etwas leichtfertig preiszugeben. Das will keiner von uns, und das erwarten auch die Sowjets nicht.

Lebahn

Joint-ventures beziehen sich natürlich nur auf einen jeweils begrenzten, überschaubaren Bereich, was auch ein Vorteil sein kann. Auf der anderen Seite beeinflussen solche Unternehmungen aber auch nur diejenigen Personen in ihren Denkgewohnheiten, die unmittelbar mit der Materie befaßt sind. Joint-ventures sind Fremdkörper in einem ansonsten völlig andersartigen System. Wenn man hier eine generelle Umgestaltung erreichen will, muß man sehr viel weiter ausgreifen. Dann kommt es beispielsweise darauf an, den Bezug von Energie und Rohstoffen zu sichern, den An- und Abtransport der Güter, die Vermarktung im Inland und im Ausland zu gewährleisten. Das sind gewissermaßen viele Ringe, die sich konzentrisch um das Jointventure herumlegen. Und auf all diesen Gebieten müssen die Leute lernen, in den Belangen des Marktes zu denken. Das ist eine Jahrhundertaufgabe.

Die Sowjets haben sehr schnell begriffen, daß der schnelle und vor allem großvolumige Durchbruch mit Joint-ventures nicht möglich ist. Diese Form der Kooperation wird eher die Ausnahme bleiben. Sie haben deshalb begonnen, nach anderen Modellen zu suchen. Das läuft dann unter dem Stichwort "industrielle Kooperation", was immer man darunter versteht. Hier kommen noch weitere Entwicklungen auf uns zu.

Der neueste Schrei aus Moskau ist das sogenannte Konsortium. Das könnte zum einen ein Modell sein, wie wir es jetzt mit der Türkei zu praktizieren beginnen, nämlich Built Operate Transfer (BOT). Das ist so eine Art Joint-venture auf Zeit. Es gibt einen Generalunternehmer von unserer Seite, der den Aufbau mit maßgeschneiderten Finanzierungen besorgt. Er betreibt die Geschäfte nur so lange, bis die Funktionsfähigkeit des Unternehmens gesichert ist und die Rückzahlungen anfangen. Wenn dann alles gewährleistet ist, übernimmt die andere Seite das Unternehmen in eigener Regie.

Eine andere Form des Konsortiums, die die Sowjets im Auge haben, ist wirklich eine völlig neue Konzeption, welche einerseits eine Rückkehr zum Großprojekt mit westlichen Zulieferungen in Milliardenhöhe beinhaltet, andererseits dem Industrialisierungsgebot der Perestroika dadurch Rechnung trägt, daß nicht mehr die gewonnenen Rohstoffe exportiert, sondern eine Verarbeitung an Ort und Stelle geschieht und eine Bezahlung der von westlichen Banken kreditierten westlichen Exporte durch sowjetische Exporte von dort erzeugten Industriegütern erfolgt: Man schlägt dem Westen nämlich vor, die Halbinsel Kola zu entwickeln. Dafür soll ein einziges Konsortium mit einem einzigen zuständigen Partner verantwortlich zeichnen. Dieser Gedanke ist zu neu, um bereits dazu klare Antworten zu geben, insbesondere fehlen uns sowohl konkrete Informationen über die Halbinsel Kola als auch die sowjetischerseits geplanten organisatorischen Instrumente. Hier wird das "Umdenken" auch an interessierte westliche Partner höchste Anforderungen stellen, wenn es realitäts- und praxisbezogen sein soll.

Zur Aufnahme der Sowjetunion in das GATT und andere internationale Organisationen: Es ist sicher richtig, daß die Sowjets an internationale Denkgewohnheiten am ehesten durch learning by doing herangeführt werden. Aber ich würde doch Bedenken haben, sie jetzt einfach in diese Institutionen

aufzunehmen, ohne zuvor spezifische Regelungen auszuhandeln. Denken Sie nur an die UNO in den ersten Jahren, als der Sicherheitsrat fortwährend durch sowjetisches Veto blockiert wurde. Eine solche Praxis ist auch in den anderen Organisationen nicht auszuschließen.

Zum Bilateralismus/Multilateralismus: Natürlich bedeutet der Multilateralismus eine weitere Verkomplizierung; multilaterale Joint-ventures werden das allerschwierigste sein, was man sich vorstellen kann. Aber der Trend in diese Richtung ist unverkennbar; denn die Sowjets wollen jetzt höchste Technologie zu möglichst billigen Preisen haben. Früher wollten sie aus Sicherheitsgründen alles aus einem Land beziehen. Solche multilateralen Geschäfte bedeuten für die Banken, was die Finanzierung betrifft, alles aus einer Hand in Dollar, Franc, Lire und so weiter zu besorgen. Darauf sind wir noch gar nicht vorbereitet. Auch in diesem Bereich sind die Sowjets mit ihrem Umdenken schon weiter als wir. Ich sehe zunächst einmal Schwierigkeiten voraus.

Senghaas

Ziehen eigentlich verbesserte Wirtschaftsbeziehungen verbesserte politische Beziehungen nach sich, oder ist es eher umgekehrt, daß die Verbesserung der politischen Beziehungen dazu beiträgt, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen besser entwickeln können? Wenn man unter diesem Aspekt die letzten zehn Jahre analysiert, so waren die politischen Beziehungen in der Zeit von etwa 1979 bis zur Mitte der 80er Jahre relativ schlecht; während sie sich in den letzten zwei Jahren wesentlich verbessert haben.

Ich frage die Praktiker: Wie hat sich die politische Lage eigentlich jeweils auf Ihre Geschäftsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten ausgewirkt? Wenn ich mir die Handelsstatistiken ansehe, stelle ich fest, daß der wirtschaftliche Austausch schon seit ungefähr 1976 rückläufig ist, also nicht mit einer Verschlechterung der politischen Beziehungen einhergeht. Möglicherweise spielen also ganz andere, rein wirtschaftliche Faktoren, wie sie hier schon erwähnt wurden, eine viel wichtigere Rolle als die politischen Rahmenbedingungen.

Cantzler

Die politischen Beziehungen spielen für den wirtschaftlichen Austausch in der Tat keine ausschlaggebende Rolle. Da mögen sich da und dort gelegentlich störende Auswirkungen ergeben, aber im Grunde entwickeln sich die Wirtschaftsbeziehungen nach eigenen Gesetzen, nicht nur was unsere Exporte in die osteuropäischen Länder anlangt, sondern auch umgekehrt, wenn ich nur an die Gaslieferungen aus der Sowjetunion denke. Gerade in den letzten zwei Jahren, als das politische Barometer anstieg, ist der Handel eher zurückgegangen. Das hing mit dem Rückgang der Exporterlöse, vor allem für die Sowjetunion - Preisverfall bei Öl und Gas;- , aber auch für die DDR und andere Länder, zusammen.

Freiherr von Richthofen

Wir sprechen von einer neuen Qualität in unseren Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten. Diesem Ziel können wir vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet Ausdruck verleihen. Nach dem, was wir hier von den Praktikern gehört haben, frage ich mich, auf welchen Gebieten und in welcher Form das in erster Linie verwirklicht werden kann. Welche Vorstellungen bestehen in dieser Hinsicht beispielsweise auf sowjetischer Seite? Ein Gebiet, auf dem wir sicher etwas leisten könnten, wäre die überbetriebliche Ausbildung. Aber auch dort sind unsere Mittel beschränkt. Wie können wir also weiterkommen?

Lebahn

Wichtig ist, daß die Sowjets von den alten Verkaufspraktiken wegkommen wollen und sich längerfristig auf höhere kompliziertere Kooperationsformen zubewegen. Das bringt für den westlichen Partner erhebliche zusätzliche Anforderungen. Dabei ist der anderen Seite überhaupt nicht klar, daß solche Anforderungen Zeit und Geld kosten und daß sie zusätzliches Risiko bedeuten. Gerade die vielfach gelobten mittleren und kleineren Firmen sind da vielfach überfordert. Aber auch die Großkonzerne wollen solche Risiken nicht eingehen.

Wenn die Sowjets diese komplizierten, höher entwickelten Formen haben wollen, dann müssen sie auch dazu bereit sein, dafür zu bezahlen. Das muß man ihnen unbedingt klarmachen. Managementschulung und dergleichen sollte man nicht als Entwicklungshilfe betreiben. Dafür ist die Sowjetunion ein zu stolzes und reiches Land. Man kann auf vieles eingehen; aber diese zusätzlichen Anforderungen, die betriebswirtschaftlich nicht mehr zu tragen sind, müssen volkswirtschaftlich-politisch entwickelt werden.

Ritter

Die Frage des Verhältnisses von Perestroika und Glasnost wurde aufgeworfen. Hier würde ich die knappe Formulierung von Oleg Bogomolow für zutreffend halten, der in einer Festrede in Budapest schlicht feststellte: "Glasnost ist die Essenz von Perestroika". Glasnost ist zunächst Mittel zum Zweck: Eine genügend tiefgreifende Reform wäre in der Tat nicht denkbar ohne die Schaffung von Voraussetzungen für eine freiere, kreative Mitwirkung der gesellschaftlichen Kräfte.

Was ist noch Verbalismus, was ist schon Realität, welche Chancen gibt es für die weitere Realisierung? Ist Gorbatschow stark und umsichtig genug, um sich durchzusetzen und die Dynamik in Gang, aber unter Kontrolle zu halten? Mit welchen Gruppen und Motivationen kann er rechnen? Wo und wie groß sind die Widerstände?

Auch ich bin hinsichtlich der Erfolgsaussichten seines Umgestaltungswillens eher skeptisch. Es ist durchaus möglich, daß er mit seinen Vorhaben scheitert. Die kritischste Phase liegt wohl noch vor ihm.

Das sind unter anderen die naheliegenden Fragen. Auf sie richtet sich der Blick zunächst und zumeist. Indessen muß eine Beurteilung immer mehrere Analyse-Ebenen in Betracht ziehen. Wenn man etwa fragt, ob sich der Sowjetunion die Aufgabe einer strukturellen Reform unausweichlich stellt, sofern sie sich nicht mit einer verfallenden Position als Weltmacht abfinden will, so würde ich hier mit einem deutlichen Ja antworten.

In einem 1970 im Europa-Archiv erschienenen Aufsatz habe ich den Begriff "systemöffnende Koexistenz" kreiert, gleichsam als Gegenbegriff zu dem der "friedlichen Koexistenz", der - nach Chruschtschow - die im nuklearen Zeitalter gebotene Form internationalen Klassenkampfes bezeichnet. "Systemöffnende Koexistenz" war als Postulat in Voraussicht einer langfristig mehr oder weniger zwingend werdenden Umorientierung gemeint. Schon damals gab es Anzeichen dafür, daß insbesondere drei grundlegende Veränderungen globaler Gegebenheiten und Maßstäbe die Entwicklung in die damit gekennzeichnete Richtung lenken müßten. Heute wird das schon deutlicher, und Gorbatschows Reformansatz ist hierdurch - wie ich meine mitbestimmt.

Die zuerst zu nennende Gegebenheit ist das, was Stanley Hoffman das "Stalemate System" genannt hat. Die nukleare Pattstellung führt - so sie hinreichend stabil gehalten wird - gleichsam zu einer Entwertung militärischer Machtwahrung: Das militärische Dispositiv wird in seiner Funktion auf wechselseitige Abschreckung, auf wechselseitige Neutralisierung beschränkt. Traditioneller Machtpolitik war es noch ein hervorragendes Instrument zur Durchsetzung externer Interessen. Es ist gerade der Exzeß moderner Waffenwirkungen, der den Waffengang zu solchen Zwecken ad absurdum führt. Das Stalemate wirkt sich zwar insofern noch nicht voll aus, als die Wahrnehmung von gewissen Positionsvorteilen der einen oder anderen Seite noch zur politischen Einflußnahme auf das Procedere; der Gegenseite einläßt. Aber beide Seiten wissen, daß unter den gegebenen Umständen ein "window of opportunity", das einem militärischen Gebrauch der Rüstungen eine hinreichend eindeutige Siegoption einräumt, nicht zu erzielen ist.

Für die Sowjetunion, die ihre Weltmachtrolle fast ausschließlich auf ihre militärische Potenz stützt, ist das eine sehr grundlegende Erfahrung. Um so empfindlicher ist für sie die Wahrnehmung, daß die Ideologie als Agens sowjetischer Expansion schon seit längerem versagt und ihr Wirtschaftssystem weder internem Bedarf noch internationalen Anforderungen gerecht wird. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Als zweite grundlegende Erfahrung gilt, daß jedes System mit seinen Erfolgen auf die Dauer zugleich auch seine Schwächen akut werden läßt. Das gilt besonders für Systeme, deren Architektur selektiv auf bestimmte, dogmatisch definierte Zielsetzungen hin angelegt ist. Ihre Eignung, wechselnden Bedingungen moderner Entwicklungen Rechnung zu tragen, ist entsprechend gering. Indem dieses Defizit einem kritischen Punkt zutreibt, setzt es die Bedingungen, die den Wandel zwingend machen. Im Falle des sowjetischen Systems wird das strukturelle Defizit auf Grund traditioneller russischer Schwerfälligkeiten noch verstärkt.

Bereits 1970 war zu erkennen, daß das sowjetische System an den Eigenschaften, die es für längere Zeit durchaus zu beachtlichen Leistungen befähigten, ersticken würde. Die Autarkiebestrebungen in der Form zentralgelenkter sozialistischer Arbeitsteilung haben wenig Zukunft. Das wußten damals schon intelligente Volkswirtschaftler in der Sowjetunion und in Osteuropa. Extensives Wirtschaftswachstum hatte seine Grenzen erreicht. Unter Breschnew blieb der Mangel an Innovation und entsprechender Exportfähigkeit noch für einige Zeit - etwa bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre gleichsam verdeckt durch bestimmte Konjunkturen im Ost-West-Handel (Entwicklung der Ölpreise u.

a.). Heute ist die Reform überfällig. Um was es sich dabei handelt, ist schon verschiedentlich angesprochen worden.

Die dritte grundlegende Erfahrung ist mit dem Stichwort Interdependenz bezeichnet. Unter Breschnew und danach war dieser Begriff noch tabu, in Gorbatschows Äußerungen spielt er eine beachtliche Rolle. Interdependenz wurde zunächst im sicherheitspolitischen Bereich wahrgenommen, was etwa der Begriff "gemeinsame Sicherheit" anzeigt: Es gibt keine Sicherheit mehr nur für eine Seite.

Inzwischen ist viel hinzugekommen, Tschernobyl und andere globale Umweltfragen; Kommunikationsmittel, die nicht an der Systemgrenze haltmachen. In der DDR kann man westliches Fernsehen verfolgen, und auch in der Sowjetunion wird das mit dem Einsatz entsprechender Satelliten früher oder später der Fall sein. High-Tech ist heute zweifellos eine wichtige Münze moderner Machtwährung. Um in deren Besitz zu kommen, reichen Reform, mehr Kreativität und Ausbildung innerhalb des eigenen Systems nicht aus. Es erfordert, sich der harten internationalen Konkurrenz auszusetzen. Interdependenz in der Entwicklung moderner Technologien ist zudem weniger eine Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen. Vielmehr bildet sich weitgehend unabhängig davon ein globales Netzwerk, in dem sich der entsprechende Austausch vollzieht. Systemöffnende Kooperation wird zur Bedingung der Möglichkeit, in diesem Feld eine international relevante Potenz zu gewinnen. Auch daran wird eine Weltmacht gemessen.

Als wichtige Stütze für Gorbatschow wirkt sich immerhin aus, daß vielen in der Führungselite bewußt ist: Wenn sein Reformversuch scheitert oder steckenbleibt, kommt man um einen neuen Anlauf nicht herum. Die Wiederherstellung eines Status quo ante, etwa einer Breschnew-Politik, die wiederum unter Betonung der militärischen Machtkomponente versucht, Entspannungspolitik in ihrem Sinne durch Einschüchterung voranzutreiben, und die Wirtschaft einem "muddle through" überläßt, wäre abträglicher als zuvor und allenfalls als zwischenzeitlicher Rückfall in Rechnung zu stellen. Mit anderen Worten: Es gibt in der Sowjetunion ein wachsendes Bewußtsein von der Unausweichlichkeit der Modernisierungsaufgabe. Das bedeutet, unabhängig vom Grad schrittweiser Realisierung, daß eine Umorientierung der Interessen stattfindet, die sich auf die Verfassung des Sowjet-Systems wie auch auf das äußere Verhalten der Sowjetmacht auswirken muß. Nutzung und Mitgestaltung von Interdependenz erfordert ein anderes internationales Umfeld als internationaler Klassenkampf. Das müssen wir in unsere Überlegungen einbeziehen, wenn wir fragen, was wir in diesem Prozeß beizutragen haben.

Wenn es zutrifft, daß der Reformprozeß unausweichlich ansteht, dann scheint es geboten, ihn durch geeignete Kooperationsformen und auch Ausbildungshilfen nach Maßgabe seines Voranschreitens zu unterstützen. Kooperation als Voraussetzung für Systemöffnung zu sehen, suggeriert mir indessen zu sehr, daß es besonderer Vorleistungen von unserer Seite bedürfe - etwa auf sicherheitspolitischem Gebiet;- , um Systemöffnung auf der anderen Seite zu ermöglichen. Daran vermag ich nicht recht zu glauben. Als wir kürzlich in Moskau die Frage stellten: Was könnten wir im Westen tun, um der Sowjetunion bei ihrem Reformversuch zu helfen, war die Antwort: Im Augenblick eher wenig; da müssen wir Sowjets erst einmal selbst mit bestimmten internen Schwierigkeiten fertig werden und die entsprechenden Voraussetzungen für eine konstruktive Weiterentwicklung schaffen. Das scheint mir eine ebenso redliche wie realistische Antwort zu sein. Das sollte indessen unsere Bemühung um ein angemessenes Verständnis der Vorgänge und um konzeptionelle Vorsorge nicht mindern.

Schlögel

Mir fällt zunächst auf, daß in dieser Diskussion eine starke Fixierung auf die Sowjetunion vorherrscht. Das ist natürlich begründet angesichts der dramatischen Prozesse, die dort eingesetzt haben. Dennoch sollte man nicht vergessen - wenn hier schon immer die Rede vom westlichen und östlichen System ist;- , daß die Sowjetunion nur die Vormacht innerhalb des sogenannten östlichen Systems ist, daß also das mittelöstliche Europa zu diesem System gehört.

Ich habe überhaupt meine Zweifel, ob der Begriff "System" wirklich so viel hergibt. Sind nicht die Unterschiede, die zwischen verschiedenen Regionen innerhalb der Sowjetunion einerseits und den osteuropäischen Staaten andererseits bestehen, so groß, daß - zivilisatorisch gesehen - die Kluft etwa zwischen Prag und Berlin gewiß geringer ist als zwischen Prag und sagen wir Alma Ata. Prag und Alma Ata - und es ließen sich viele andere Beispiele nennen - lassen sich aber nicht einfach unter den Begriff "östliches System" subsumieren.

Stellt der System-Begriff mit anderen Worten nicht eine fast gewaltsame Reduktion der komplexen Realität dar, die man auf diese Weise gar nicht mehr richtig zu fassen bekommt? Das gilt schon für die Sowjetunion selbst. Wenn die Moskauer ins Baltikum fahren, ist das für sie eine Reise in eine andere Welt, desgleichen, wenn sie nach Alma Ata reisen. Es gibt innerhalb der Sowjetunion doch ein

ungeheures zivilisatorisches Gefälle. Daran hat sich im Grunde nicht viel geändert seit der Zeit, als Lenin von den fünf Produktionsweisen sprach. In vielen Bereichen ist die Kluft sogar noch größer geworden, wenn man etwa an den Gegensatz von Stadt und Land denkt.

Ich plädiere also dafür, den System-Begriff, insbesondere wenn er institutionell und politisch so eingeengt gesehen wird, für einen Augenblick außen vor zu lassen, um den Blick auf das ganze sehr zerklüftete Massiv der großen Sowjetunion freizubekommen, die tatsächlich verschiedene Kulturstufen - nicht nur nationale Kulturen - in sich zusammenschließt. Das gilt natürlich erst recht, wenn man den gesamten östlichen Block vor Augen hat. Erst aus dieser Perspektive wird die ganze Dramatik und Gefährdetheit des Perestroika-Prozesses deutlich.

Der Begriff Perestroika ist der neuen Situation möglicherweise gar nicht angemessen. Schon bei Stalin kam dieser Begriff im Sinne bewußter Umgestaltung von oben vor. Ich frage mich, ob es nicht gerade ein großes Manko dieser Perestroika ist, daß sie so ganz und gar auf staatliche Impulse angewiesen scheint und nur so äußerst wenig von Basiskräften getragen wird und sich so wenig vitale neue Energien zeigen. Welche Kräfte sollen dann eigentlich diese Politik tragen?

Wenn man die sowjetische Presse liest, gewinnt man den Eindruck, daß dies gewissermaßen die literarische Form eines versteckt ausgetragenen latenten Bürgerkrieges ist. Das ist sicher ein hartes Wort. Aber in dieser anonym gebliebenen Gesellschaft, die nur oben und unten, aber sehr wenig an Klassen- und Schichtendifferenzierung kennt, findet so etwas wie ein sehr dramatischer Neuorientierungsprozeß der gesellschaftlichen Kräfte statt. Die Reform könnte dann ein tragisches Ende finden, wenn sich die Kräfte nicht finden, die sie tragen; wie hätten sich denn solche Kräfte in den letzten 60 oder 70 Jahren herausbilden sollen? Ich meine damit Charaktere, wie sie einst in der russischen Modernisierungsbewegung entstanden sind, etwa große initiativreiche und risikobereite Unternehmerpersönlichkeiten. Seit 1917 gibt es in der Sowjetunion kein Milieu, in dem eine solche Entwicklung erneut hätte stattfinden können.

Ich unterstreiche also noch einmal, daß man den Begriff System im politisch-institutionellen Sinn nur bedingt gebrauchen sollte, weil er zu wenig Aussagekraft hat. Sicher, es gibt in der Sowjetunion und in Polen eine Einparteienherrschaft. Aber in Polen gibt es so etwas wie eine Gesellschaft, die sich zu Wort meldet. In der Sowjetunion gibt es lediglich intellektuelle Zirkel. In den verschiedenen Ländern Osteuropas gibt es sicher nicht auf der politischen, aber auf der zivilisatorischen Ebene so etwas wie Gesellschaftsbildung von Gewicht, während die Sowjetunion erst am Anfang einer solchen Entwicklung steht. Die politischen Strukturen sind identisch, und sie können in bestimmten Situationen auch ausschlaggebend sein. Aber sie sind nicht das Entscheidende, wenn man den Zustand einer Gesellschaft beschreiben will.

Was die Kooperation angeht, so bin ich überrascht über die gewichtigen Beispiele, die aus der Industrie und aus der Bankenwelt angeführt worden sind. Aber es gibt ja nicht nur die Wirtschaft, sondern auch eine ganze Reihe anderer Sektoren; und dort sieht es nicht so günstig mit der Kooperation aus. Ich würde es beispielsweise auf lange Sicht für vordringlich halten, an der Herstellung von Öffentlichkeit auf beiden Seiten zu arbeiten, um sich der Beschädigungen dieser gespaltenen Welt bewußt zu werden und zu versuchen, wieder eine gemeinsame Sprache zu finden für das, was sich in den letzten Jahrzehnten auf beiden Seiten abgespielt hat. Zum Teil werden hier wie dort die gleichen Begriffe verwendet, aber man meint damit etwas ganz anderes, weil die historischen Erfahrungen, die sich dahinter verbergen, ganz verschieden sind.

Wie will man beispielsweise eine europäische Geschichte schreiben - vor allem dieses Jahrhunderts;-, ohne speziell die russische und die deutsche Geschichte und die Dynamik ihrer Entwicklung miteinander zu verknüpfen?

Man sollte endlich aufhören - das hat etwas mit unserer Westfixierung zu tun;-, bei allen Theorien der Moderne, Rußland beziehungsweise Osteuropa auszuklammern. Es ist doch unstrittig, daß die russische Zivilisationsbewegung, die russische Revolution, der dramatische und blutige Industrialisierungsprozeß Teil der europäischen Geschichte sind. Dennoch werden fast alle Theorien der Moderne und des 20. Jahrhunderts gewissermaßen entlang eines Idealtypus der transatlantischen Entwicklung formuliert. Eine neue Öffentlichkeit müßte den ganzen europäischen Raum, speziell die russische Modernisierungserfahrung mit einbeziehen, um das Drama der europäischen Geschichte in diesem Jahrhundert vollständig zu erfassen.

Stürmer

Es gibt auch in dieser Diskussion gewisse "unspoken assumptions". In der Bundesrepublik existiert eine menschlich sympathische und historisch bedingte Abstinenz, geradezu eine innere Abwehr, über

Macht nachzudenken. Die Sowjetunion aber hat auch eine Machtdimension, und zwar eine entscheidende. Wenn wir dies ignorieren, vernachlässigen wir in unangemessener Weise die Dynamik, die Widersprüche, die Sprengkraft und die Verführung der Macht.

Wir erblicken dann in der Sowjetunion eine Art von verhinderter Wohlstands- und Wohlfahrtsrepublik, der wir nun zur Selbstfindung verhelfen müssen. Ich karriere bewußt. Tatsächlich sehen wir uns aber einem historischen Drama gegenüber, in dem wir beides sind, Zuschauer und Nebendarsteller. Das, was sich heute vollzieht, ist vielleicht eher dem Peterschen und dem Leninschen Drama zu vergleichen als den halbtot geborenen Reformen der 50er und 60er Jahre.

Ich sehe hier eine tiefe Ambivalenz der Ziele, die in der Natur der Sache, nämlich der Geschichte liegt. Es gibt eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Manche Probleme, die die Sowjetunion heute mit sich herumschleppt, sind die Probleme der Kreml-Herren vor 300 Jahren oder zur Zeit Katharinas der Großen; andere Probleme sind die von High-Tech, SDI und Tschernobyl. Hinzu kommt eine für uns schwer durchschaubare und wahrscheinlich von außen kaum zu verändernde Schwebelage der Machtverteilung an der Spitze.

Bei alledem haben wir es mit einem politischen Gebilde zu tun, welches das letzte und erfolgreichste der großen Bündelreiche der Vergangenheit ist; ein Bündelreich, das durch eine großrussische Hegemonie, durch den Leninismus und durch einen starken Außendruck bislang zusammengehalten worden ist. Keines der Bündelreiche in der Geschichte hat es geschafft - die Osmanen nicht und auch nicht die "Felix Austria";-, sich friedlich und dauerhaft zu wandeln. Sie alle sind unter ungeheuren Katastrophen, auch für die Umwelt, zerfallen. Daß der Sowjetunion dieses Schicksal nicht beschieden sein soll, ist der eigentliche Kern der Gorbatschow-Politik; primär geht es nicht um Wohlfahrts- und Wohlstandspolitik. Das muß man auch in der Bundesrepublik zur Kenntnis nehmen. Wir sollten nicht unsere eigenen historischen Erfahrungen und Widersprüche auf diese Prozesse projizieren.

Der Begriff der systemöffnenden Kooperation trifft die gegenwärtige Lage recht gut. Anstelle einer Weltordnung, die nach 1945 stark auf wechselseitiger Abschreckung basierte, brauchen wir jetzt eine Weltordnung, die zwar nach wie vor auf wechselseitiger Sicherheit beruht, die aber darüber hinausgeht. Bei jeder noch so kleinen Veränderung müssen wir uns jedoch bewußt bleiben, daß wir es in der Sowjetunion mit einem Partner zu tun haben, der so groß ist und solchen Gesetzen folgt, daß er sich einer Veränderung von außen weitgehend verschließt. Alles, was wir hier gehört haben, ist sicher zu begrüßen und im einzelnen auch gut durchdacht, aber angesichts des riesigen eurasischen Reiches mit 270 Millionen Menschen und einer zementierten Sozialstruktur ist das, was da beginnt, natürlich nur ein vorsichtiges erstes Anklopfen. Ob sich in absehbarer Zeit wirklich gravierende Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Strukturen erreichen lassen, wage ich zu bezweifeln.

Wenn wir überhaupt eine Wirkung erzielen wollen, dann ist das nicht so sehr eine Frage, die die Bundesrepublik Deutschland für sich allein, sondern die uns als einen der wichtigsten Partner im westlichen System betrifft. So wie dies für die Deutschlandpolitik gilt, gilt es noch mehr für die umfassendere Ostpolitik: Die Bundesrepublik hat so viel Gewicht, wie wir uns im Westen Vertrauen schaffen und auf Dauer erhalten können. So sehr die operativen Geschäfte bilateral geführt werden müssen, weil multilaterale Vorgehensweisen noch viel schwieriger zu handhaben sind: Politisch muß alles dies in den integrierten Strukturen des Westens abgesichert werden. Nur dann können wir Deutsche versuchen, in Richtung einer Weltordnung zu denken, die nicht mehr allein auf Abschreckung setzt.

Darüber müssen wir nachdenken, ohne nun einfach anzunehmen, das Machtphänomen werde sich schon irgendwie zu einem irrationalen Rest vermindern. Das wäre ein Trugschluß und widerspricht der Erfahrung der bisherigen Geschichte.

Mich interessieren in diesem Zusammenhang zwei Fragen. Zum einen: Welche Modelle für ein neues Management der Weltpolitik liefert die Erfahrung von 40 Jahren Deutschlandpolitik? Zum anderen: Welche Chancen hat eine Vorgehensweise, die wir seit einigen Jahren "Europäisierung der deutschen Ostpolitik" nennen? Eine Antwort auf diese Fragen könnte uns über den nützlichen Pragmatismus hinausführen und uns die Größenordnung des Problems erfassen lassen.

Um es noch einmal zu betonen: Es geht bei alledem nicht nur um die Wohlfahrt der Sowjetmenschen und um die Zukunft der Sowjetunion als Imperium, es geht auch um unsere eigene Existenz. Denn wenn dieses sowjetische Experiment entgleist und die Gefährdungen sind hier eindrucksvoll geschildert worden;-, dann werden wir darunter nicht weniger zu leiden haben als die Menschen, die im Sowjetimperium leben.

Keines der großen Imperien hat sich selber friedlich und freiwillig aus der Geschichte verabschiedet; das ist auch von der Sowjetunion nicht zu erwarten. Und wenn der Abschied geschehen sollte, wird das mit einem großen Knall geschehen. Dies gilt es zu verhindern. Dabei befinden wir uns in dem Dilemma, einen Wandel zu beeinflussen, der sich unserer Beeinflussung ganz oder fast ganz entzieht.

Freiherr von Weizsäcker

Es ist zweifellos gefährlich, die historische Dimension aus dem Auge zu verlieren, aber es ist auch gefährlich zu glauben, daß uns die Geschichte allein die Verantwortung für die Gegenwart abnehmen könnte. Man kann sich sowohl im Tagesgeschäft als auch in den Jahrtausenden oder im Auf und Ab von Imperien verlieren. Man kann die Macht idealisieren und dadurch eskamotieren wollen; aber man kann sich auch auf sie fixieren und dabei die eigenen Möglichkeiten unterschätzen.

Hier ist mehrfach das Stichwort "Bringschuld" gefallen. Damit ist sicher nicht gemeint, wir, der Westen, hätten es in der Hand, Perestroika zum Erfolg zu führen. Was ich zur Bringschuld rechne, könnte man eine multilaterale Aufgabe nennen und also einen wesentlichen Beitrag von uns Deutschen zur Analyse und Strategie des westlichen Lagers. Natürlich kann es nicht um irgendwelche Alleingänge der Bundesrepublik Deutschland gehen, denn solche Schritte müssen zumindest in Europa, wenn nicht im ganzen westlichen Lager abgestützt sein. Bei der Analyse und Strategie des westlichen Lagers kommt es aber entscheidend darauf an, ob wir uns aus Angst vor der Macht der Sowjetunion einen Zustand des Friedens in Europa eher mit einer schwachen als mit einer starken Sowjetunion vorstellen können. Dieser Frage sollten wir nicht ausweichen.

Ich habe zu Beginn gefragt, wie sich die Sowjetunion eigentlich die mittel- und langfristige Zukunft im Verhältnis zu ihren Nachbarn vorstellt. Sind wir nicht viel zu sehr auf die Vorstellung fixiert, die Sowjetunion blicke in diesem Zusammenhang ebenso starr auf den Westen wie wir auf den Osten, wenn wir unter Osten nur Moskau verstehen - sonst gar nichts?

Natürlich müssen wir, so gut wir es können, für unsere Sicherheit sorgen, Herr von Richthofen. Niemand kann ein Interesse daran haben, wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Perestroika und Glasnost in einer Form zu fördern, die unsere Sicherheitsüberlegungen außer acht läßt. Die letzten anderthalb Jahre waren aber im Ost-West-Geschäft recht einseitig fast ausschließlich durch sicherheitspolitische Überlegungen geprägt. Die Fortschritte, die dabei erzielt worden sind, wird niemand geringschätzen. Aber ich halte es für falsch, wenn wir uns auf die sicherheitspolitischen Überlegungen und Verhandlungen beschränken wollten.

Ohne Zweifel eignet sich die sicherheitspolitische Ebene weit besser für Gespräche zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten als zwischen der Sowjetunion und einem Lande wie dem unseren oder auch Westeuropa. Hinzu kommt, daß die Optionen bei den sicherheitspolitischen Verhandlungen derzeit überwiegend in der Hand der Sowjetunion, nicht in der des Westens liegen. Die letzten anderthalb Jahre haben jedenfalls gezeigt, daß der Westen im wesentlichen reagiert; er hat das Gesetz des Handelns nicht in der Hand gehabt.

Ich meine, wir sollten die Beziehungen über das Feld der Sicherheitspolitik im engeren Sinne hinaus auch auf wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ausdehnen. Dann treten diejenigen Aktionsfelder sehr viel mehr in den Vordergrund, bei denen wir etwas zur Analyse und zur Strategie beizutragen haben.

Gewiß, das muß primär multilateral geschehen. Deshalb sollten wir die Diskussion über die Mitgliedschaft der Sowjetunion im GATT nicht vorschnell beenden. Dabei geht es ja nicht nur um GATT, sondern auch um IMF, Weltbank und anderes mehr. Ich halte es nicht für gut, die Gefährdungen, die entstehen könnten, wenn die Sowjets Mitglied wären, so sehr zu betonen und sie deshalb auszuschließen. Das ist, was GATT anbetrifft, zur Zeit wohl die amerikanische Haltung. Andererseits ist es aber problematisch zu meinen, wenn die Sowjets erst einmal Mitglied sind, werde sich alles andere von selber finden. Grundsätzlich sollten wir jedoch eine offene Einstellung in dieser Frage haben.

Auch eine Institution wie das IMF muß sich in einem ständigen Lernprozeß immer wieder neuen Herausforderungen stellen. Dazu gehören auch die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Die Interessengegensätze werden ja auch heute unter den derzeitigen Mitgliedern zwischen den versammelten Finanzministern oder zwischen den Außenministern lautstark ausgetragen. Im GATT ist es nicht viel anders. Offenheit gehört also zu einer Bringschuld, die wir primär unseren amerikanischen Verbündeten gegenüber zur Sprache zu bringen haben. Mir geht es unter anderem darum, diese multilateralen Organisationen weiter zu öffnen.

Herr Maier hat das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg erwähnt, ein außerordentlich lehrreiches Beispiel für Zusammenarbeit auf wichtigen wissenschaftlichen Feldern zwischen Ost und West. Bei uns verbindet ja kaum jemand etwas mit diesem Namen. Das ist ein Fehler.

Wie soll sich der Westen zur Frage des "Europäischen Hauses" verhalten? Sowohl im Osten wie im Westen gibt es zwei Lager, wenn dieses Stichwort fällt. Die Gegner dieser Idee im Osten sprechen von den Gefahren eines "Europäischen Hauses", das von den Reformern propagiert werde, während es doch darauf ankomme, die Unverletzlichkeit des sozialistischen Lagers zu wahren. Bei uns sagen die Kritiker: das "Europäische Haus" sei unverkennbar ein Anzeichen für Abfall und Verrat am westlichen Lager. Ich meine, statt dessen sollten wir einmal darüber nachdenken, was wir vom Westen her zu diesem inhaltlich noch gar nicht ausgefüllten Gedanken, der potentiell vielleicht ein ernstes Angebot darstellt, beisteuern können. Auch das sehe ich als eine Art Bringschuld, der sich speziell die Bundesrepublik Deutschland gegenüber unseren atlantischen wie europäischen Verbündeten verpflichtet fühlen sollte, um hier gewisse inhaltliche Vorstellungen systematischer zu entwickeln.

Über die wirtschaftliche Kooperation haben wir eine Reihe interessanter Beiträge gehört. Das ist relativ selten in der Begegnung von Politik, Administration und Wissenschaft. Ich hoffe sehr, daß dieses Thema beim Kanzlerbesuch in Moskau im Herbst dieses Jahres eine wichtige Rolle spielen wird. Bei den Besuchen von Strauß und Späth ist das der Fall gewesen, und zwar sehr konkret und hilfreich, zum Beispiel was die Fragen der Reaktorsicherheitstechnologie oder der Medizintechnologie angeht; aber auch Konsumgüter sind wichtig. Herr Leonhard hat ja zu Recht gesagt: Die Menschen in der Sowjetunion warten erst einmal ab, was für sie persönlich bei der Perestroika herauskommt. Es dürfte sehr wohl in Gorbatschows Interesse sein, die Erwartungen der Bürger nicht leerlaufen zu lassen.

Herr Lebahn erwähnte die amerikanischen Aktivitäten auf dem Ausbildungssektor. Ich habe mit dem Präsidenten der Harvard Business School darüber gesprochen. Er war zwar sehr interessiert, aber bisher haben sie noch nichts konkret in der Richtung entwickelt. Es wäre gut, wenn die Amerikaner schon weiter wären als wir. Ich stimme zu, daß wir als Staat auf diesem Gebiet aktiv werden können und sollten. Das reicht bis in recht sensitive Gebiete hinein, auf denen wir von seilen der Sowjetunion bereits heute angegangen werden, zum Beispiel in der Luft- und Raumfahrt. Die Sowjets beobachten, was wir mit den Chinesen machen, und fragen dann: Warum ist das eigentlich nicht mit uns möglich?

Alle diese Dinge gehören zusammen, wenn wir uns über die Frage klarwerden wollen: Was ist unsere Bringschuld? Natürlich wissen wir, daß wir mit solchen Beiträgen, ob nun Joint-ventures oder anderes, nicht die sowjetische Gesellschaft verändern oder die Geschichte des letzten großen Imperiums Sowjetunion steuern können.

Multilateralität ist sicher auch nicht so zu verstehen, daß nun jede Kooperationsmaßnahme geschlossen vom Westen gemeinsam getragen werden muß. Selbstverständlich gibt es eine sinnvolle Arbeitsteilung. Doch in der Tendenz sollten die Maßnahmen multilateral konzipiert, gewollt und getragen sein. Denn, um es noch einmal zu sagen: Wir Deutsche können in keiner Weise die Lage ignorieren, in der wir uns befinden. Wir sind, was unsere Grundgedanken anbetrifft, ein westliches Land und wollen westlich bleiben. Dem werden wir um so eher Rechnung tragen, je besser die Multilateralisierung gelingt. Daß sie bisher schon besonders gut gelungen wäre, kann wohl der Gutwilligste nicht behaupten.

Von den beiden tragenden Elementen des Harmel-Planes hat die Seite der Verteidigung multilateral gut funktioniert, während in Sachen Entspannungspolitik multilateral viel zu wenig geschehen ist. Dieser Aufgabe begegnet ja auch immer wieder Mißverständnis und Mißtrauen. Unser deutsches Interesse erfordert es besonders, diese Multilateralität zu fördern, damit Harmel im ganzen, nicht nur zur Hälfte, seine Verankerung im Westen findet.

Mein Eindruck ist - und dazu hätte ich gern Ihre Meinung gehört;- , daß die Sowjetunion nicht nur unter den schrecklichen Mängeln der Gegenwart leidet, sondern trotz dieser Mängel manchmal eine größere Fähigkeit entwickelt als wir, in langfristigen Perspektiven zu denken. Mir scheint beispielsweise, daß man in Moskau auf lange Sicht weniger sorgenvoll nach Westen blickt als nach Osten, und zwar innerhalb und außerhalb der Sowjetunion. Innerhalb richtet man den Blick auf den Teil der eigenen moslemischen Bevölkerung, die viel schneller wächst als der nichtmoslemische. Außerhalb, damit ist gemeint: Schon in zehn oder zwanzig Jahren werde Moskau nicht mehr primär als der Osten gelten, so wie in unserem heutigen westlichen Sprachgebrauch, sondern als Westen, und zwar vom neuen demographischen und wirtschaftlichen Weltzentrum her gesehen, nämlich vom Pazifik. Die traditionelle West-Ost-Beziehung werde an Gewicht verlieren.

Das nimmt dem Argument, auf die Macht der Sowjetunion zu achten, nichts weg, auch nicht unserer Spannung, wie sich dieses letzte große Imperium gegen seine Auflösung wehren wird. Es hat aber doch Bedeutung für unser Bild von der Sowjetunion, unsere Aufgaben und das, was wir uns zuzutrauen haben.

Voslensky

Welche realen Schwierigkeiten zeigen sich bei Kontakten und Kooperation mit der Sowjetunion? Diese Dinge sollte man klar sehen und entsprechend in Betracht ziehen. Natürlich ist systemöffnende - zumindest systemübergreifende - Kooperation eine gute Sache; sie ist wünschenswert und möglich. Dabei dürfen Sie jedoch "das System" nicht unterschätzen; das ist kein leeres Wort. Und das System ist durch und durch bürokratisch und funktioniert nur auf dieser bürokratischen Grundlage.

Nehmen Sie die Joint-ventures. Früher hieß es in der UdSSR, Joint-ventures seien eine imperialistische Erfindung, um die unterentwickelten Länder auszubeuten. Heute ist man nun auf einmal ganz im Gegenteil für Joint-venture oder Konsortium aufgeschlossen. Dieser Sinneswandel ist aber nun nicht primär auf ökonomische Interessen zurückzuführen, sondern das ist eine rein bürokratische Erfindung. Im Politbüro hat man vermutlich darüber gesprochen, ohne richtig verstanden zu haben, worum es dabei geht. Nun plappern alle den Ausdruck "Joint-venture" nach. Bis es dann eines schönen Tages wieder heißt: "Nein, Genossen, Joint-venture, das ist eine schlechte Sache; dazu hat schon Lenin dies oder jenes gesagt." Dann ist Schluß mit Joint-venture. So funktioniert das.

Herr Bär hat mit Erstaunen registriert, daß ein Minister wie der Genosse Silajew dort über den Bau einer Halle entscheidet. Es ist noch schlimmer: Nicht er entscheidet das, sondern für ihn entscheiden anonyme Funktionäre im Apparat des Zentralkomitees der KPdSU.

Ein anderes Beispiel. Am letzten Bergedorfer Gespräch in Budapest hat Bogdanow teilgenommen. Wie wird darüber entschieden, daß er dorthin kommen kann? Nun, die internationale Abteilung des ZK will mit dem Bergedorfer Kreis den Kontakt aufrechterhalten. Man überlegt, wen man nach Budapest schicken soll, und die Wahl fällt auf Bogdanow. Dann folgt eine langwierige Prozedur. Es wird Material über Bogdanow vorbereitet; seine Fragebögen, sein Lebenslauf, 12 Fotos und anderes mehr.

Der gesamte Vorgang kommt zuerst zum Rayonskomitee der Partei und wird mit einer Unterschrift des Ersten Sekretärs dieses Komitees abgesegnet. Dann geht die Akte an den KGB zur Begutachtung und an die "Ausreisekommission beim Zentralkomitee der KPdSU", wo der definitive Beschluß gefaßt wird. Er kommt üblicherweise ganz kurz vor der Ausreise, damit der Betreffende, sollte er planen abzuspringen, keine Zeit hat, sich darauf vorzubereiten.

Die ganze Prozedur einer Reise in ein nichtsozialistisches Land dauert normalerweise ca. drei Monate - auch wenn Sie für ein paar Tage fahren. Die Erlaubnis, in ein sozialistisches Land zu reisen, bekommt man schneller: die Akte geht nämlich nicht an den KGB.

Und was geschieht, wenn die Ausreisekommission die Reise ablehnt? Das kommt auch bei höhergestellten Persönlichkeiten vor; man ist nämlich im Apparat des ZK sehr selbstherrlich. Dann hätten Sie hier ein Telegramm bekommen: Bogdanow sei erkrankt.

Herr Leonhard hat vorgeschlagen, eine bundesdeutsch-sowjetische Historiker-Kommission einzurichten. Ich selbst war einmal stellvertretender Vorsitzender der Historiker-Kommission UdSSR/DDR. Wer war zuständig für die Auswahl der Mitglieder dieser Kommission? Der damalige Leiter des Sektors "Geschichtswissenschaft" in der Abteilung Wissenschaft des ZK der KPdSU, Chromow. Und da auch die DDR dabei angesprochen war, war noch der Leiter des Sektors DDR in der Abteilung "Sozialistische Länder", Martynow, zuständig.

Wenn es dann um die Ausreiseanträge für die Delegation geht, werden üblicherweise zunächst Juden aus der Liste herausgestrichen und möglicherweise noch der eine oder andere Parteigenosse ausgetauscht. In der Zwischenzeit werden für die Delegation die sogenannten "direktiven Weisungen" vorbereitet, im Grunde ein Pleonasmus. Unterschrieben wird das Ganze bei einer großen Delegation auf der Ebene eines Sekretärs des Zentralkomitees; bei einer kleineren Delegation zum Beispiel vom Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, wenn es im Rahmen der Akademie bleibt, wie es bei dieser Kommission UdSSR/DDR der Fall war.

Hier wurde das Internationale Institut in Laxenburg erwähnt. Wie ist es dort zu dem großen Krach gekommen? Weil die Sowjets diese Institution für Spionageoperationen mißbraucht haben. Der sowjetische Vertreter in Laxenburg war ja auch ein General des Militärischen Geheimdienstes. Auch der zweite Mann kam aus dieser Organisation, die dieses Institut wahrscheinlich monopolisieren wollte. Es gibt unzählige Geschichten dieser Art.

Die Sowjetunion in das GATT aufnehmen? Das dürfte recht schwierig sein, schon allein, weil der Rubel nicht konvertibel ist; die Sowjetunion müßte also einen Sonderstatus bekommen. Ich würde aber die Ernsthaftigkeit eines sowjetischen Aufnahmeantrages nicht überschätzen. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Sowjetunion im Jahre 1954 offiziell um Aufnahme in die NATO nachgesucht hat - vermutlich ohne eine Hoffnung auf Erfolg.

Um es noch einmal kurz zusammenzufassen: Systemübergreifende Kooperation ist sicher möglich, aber man sollte dabei auf westlicher Seite wissen und einkalkulieren, daß das, was heute in der Sowjetunion als absolut notwendig gilt, in einem Jahr ganz plötzlich anders gehandhabt werden kann. Kontrakte und Unterschriften können daran gar nichts ändern. Im Augenblick mag es tatsächlich nicht wichtig sein, ob Sie 51 Prozent oder nur 40 Prozent der Kapitalanteile haben. Jetzt heißt es: "Machen Sie, Herren aus dem Westen, entscheiden Sie selbst!" Warum billigt Ihnen die sowjetische Seite die Entscheidung zu? Weil man jede Verantwortung auf Sie abwälzen will. Wenn etwas schlecht läuft, kann man vor der eigenen Obrigkeit die Schuld auf die Deutschen schieben. Natürlich wird der zuständige sowjetische Vertreter dabei ein wenig Selbstkritik üben müssen; aber schwerwiegende Fehler braucht man nicht einzugestehen. Sollte aber vom Sekretariat des Zentralkomitees, also praktisch von Ligatschow, der Beschluß kommen, mit den Joint-ventures sei Schluß, so werden Ihnen, meine Herren aus der Wirtschaft, keine 60 Prozent und auch keine 99 Prozent der Stimmen etwas helfen. Wie man eine solche Situation bewältigen kann, darüber sollten die Praktiker schon nachdenken.

Vernet

Ich möchte einige Gründe anführen, die die Skepsis der französischen Haltung gegenüber der Perestroika erklären können. Dabei ist mir natürlich bewußt, daß sich die Situation Frankreichs von der der Bundesrepublik im Zentrum Europas wesentlich unterscheidet.

Die Franzosen haben gegenüber der Sowjetunion alle ihre Illusionen verloren. Zunächst gab es die Enttäuschung bei den französischen Politikern, die in den 60er und 70er Jahren eine Vermittlungsrolle zwischen Ost und West spielen wollten. Ich erinnere nur an das Treffen zwischen Giscard d'Estaing und Breschnew 1980 in Warschau. Giscard d'Estaing glaubte damals verstanden zu haben, Breschnew sei bereit, die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen und Giscard übermittelte diese Botschaft den Staats- und Regierungschefs der westlichen Länder, die in Venedig zusammentrafen.

Als zweiten Grund für den französischen Skeptizismus könnte man den sogenannten "Gulag-Effekt" anführen, wobei die Bücher von Solschenizyn über den "Archipel Gulag" wie ein Katalysator gewirkt haben. Plötzlich verstanden die Franzosen, besonders die französischen Intellektuellen, daß die Arbeitslager in der Sowjetunion für das dortige System konstitutiv sind. Das hat aber auch zu tun mit dem Ende der geistigen Hegemonie der kommunistischen Intellektuellen oder des Marxismus allgemein in Frankreich. Seit Anfang der 70er Jahre haben die französischen Intellektuellen das sowjetische System mit der gleichen Gründlichkeit und mit dem gleichen Enthusiasmus angeklagt, mit dem sie früher das sowjetische System und den Kommunismus verteidigt hatten.

Der dritte Grund für diesen Skeptizismus betrifft die französische Sicherheitspolitik. Frankreich hatte in den 60er und 70er Jahren ein Verteidigungskonzept entwickelt, das von bestimmten unveränderten Verhältnissen in Europa ausging. Wenn jetzt tatsächlich eine Wende in der Sowjetunion stattfindet, müßten wir unsere Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie, die wir in den letzten 20 Jahren gehabt haben, der neuen Situation anpassen. Das ist verständlicherweise ein schwieriger Prozeß, der erst langsam begonnen hat.

Ein Wort zur Frage des "gemeinsamen Hauses" in Europa. Der ehemalige französische Botschafter in Moskau und Bonn, Froment-Meurice, schreibt in seinem Buch: "Es hat den Anschein, als ob die UdSSR in dem gemeinsamen europäischen Haus die eigene Wohnung behalten und sich als Hausbesetzer in unserer benehmen will." Vielleicht ist das etwas übertrieben; aber wir müssen uns doch fragen, ob Gorbatschow in Europa nicht die gleichen Ziele anstrebt wie seine Vorgänger. Das heißt: Abkoppelung Westeuropas von den Vereinigten Staaten und damit seine Entnuklearisierung und Neutralisierung - wenn auch mit flexibleren, geschickteren Mitteln.

Man muß sich aus französischer Sicht auch fragen lassen, ob sich die heutige Argumentation von der Diskussion unterscheidet, die in Frankreich in den 60er Jahren über die "Konvergenz der Systeme" stattfand. Der französische Philosoph und Soziologe Raymond Aron hatte damals diese sogenannte Konvergenztheorie entwickelt, derzufolge es eine annähernd parallele Entwicklung des westlichen und des östlichen Systems gäbe, weil beide Industriegesellschaften seien. Diese Entwicklung werde eine neue Art von Gesellschaft begründen, die primär durch Industrie geprägt sein würde. Diese Theorie

wurde dann von Ökonomen und Soziologen weiterentwickelt. Man hielt es für notwendig, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und dem Ostblock zu fördern, um dadurch das kommunistische System zu verändern. Man hat damals die Tatsache übersehen, daß in der UdSSR nicht die wirtschaftliche Entwicklung die politische Struktur bestimmt, sondern umgekehrt.

Man kann sich die Frage stellen, ob wirtschaftliche Kooperation in der Lage ist, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der UdSSR zu öffnen oder ob eine echte Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn das sowjetische System bereits politisch und vielleicht auch militärisch geöffnet ist. Diese Öffnung hängt aber nicht von uns ab.

Ich halte es weder für die europäische noch für die deutsch-französische Zusammenarbeit für sonderlich gefährlich, wenn hier unterschiedliche Auffassungen zur Sowjetunion, zu Perestroika und den Ost-West-Beziehungen allgemein vertreten werden. Aber man muß darüber sprechen, um, wie Sie, Herr Bundespräsident, gesagt haben, eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Wenn man eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik und deutsch-französische Zusammenarbeit in Fragen der Verteidigung fördern will, darf man die Teilung Europas nicht übergehen und die Problematik einer gemeinsamen Ostpolitik nicht übersehen.

Altmann

Wir sollten etwas deutlicher zwischen der Kalkulation des Erfolges der sowjetischen Reformen und der Definition unserer eigenen Interessen Moskau gegenüber unterscheiden, anstatt bloß unseren Hoffungsgefühlen Ausdruck zu geben. Was die Außenpolitik Gorbatschows angeht, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß diese völlig an uns vorbeigegangen ist, jedenfalls was die Bundesrepublik betrifft. Diese Politik war ganz und gar auf Amerika ausgerichtet. Und das europäische Haus sieht so aus, als sollte es von einem sowjetischen Architekten erbaut werden. Ich kann zumindest nicht erkennen, wie eine gemeinsame Wohnung der Deutschen in einem gemeinsamen europäischen Haus vorzustellen ist; das wäre für uns ja eine eminent wichtige Frage.

Ich meine also, daß unsere Politik der Annäherung an die Sowjetunion, die ich im Grundsatz bejahe, eine klare Definition unserer eigenen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen verlangt. Und da möchte ich schon betonen, daß die westeuropäische Integration für uns Vorrang vor der Ost-West-Annäherung haben muß. Insofern berühren mich die enthusiastischen Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten bei seinem Besuch in Moskau durchaus zwiespältig, weil sie keine Entsprechung in Richtung Brüssel haben. Überhaupt hat man den Eindruck, daß sich die deutsche politische Prominenz eher für Moskau als für Brüssel interessiert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die außenwirtschaftliche Problematik hinweisen, die eine Mitgliedschaft der Sowjetunion in den Institutionen der Weltwirtschaft nach sich ziehen würde. Damit wäre das Ziel einer weltwirtschaftlichen Ordnungspolitik auf absehbare Zeit nicht mehr zu verwirklichen. Ein Land, das im GATT oder im IMF als Weltmacht mitbestimmen will, ohne die Bereitschaft, hier auch eigenes Kapital einzubringen oder in der Entwicklungshilfe mehr außer Waffenhilfe zu leisten, würde die gegenwärtig schon schwachen Institutionen praktisch handlungsunfähig machen.

Ich will auch nicht verschweigen, daß mich der deutsche Enthusiasmus, für die Sowjetunion etwas zu tun - wobei ein weitgehender Konsens zwischen den Konservativen und den Linken in Deutschland festzustellen ist; -, fatalerweise an die Traditionen der deutsch-preußischen Kontinentalpolitik erinnert. Offenbar ist die deutsche Politik immer wieder in der Gefahr, in dieses Fahrwasser zurückzugleiten. Früher war es Herbert Wehner, der dafür schwärmte; heute ist Strauß glücklich darüber, wenn sein Herzenswunsch, nach Moskau eingeladen zu werden, in Erfüllung geht - und er ist nicht der einzige deutsche Politiker. Ich kann nur davor warnen, aus der europäisch-atlantischen Politik in die Traditionen einer seit Bismarcks Abtritt unseligen deutschen Kontinentalpolitik zurückzukehren.

Für die Frage, ob die Sowjetunion auf die Dauer eine von zwei Weltmächten bleiben kann, wird im übrigen nicht so sehr ihre Hegemonie über Westeuropa, eher ihre Position in Asien entscheidend sein. Das sehen nicht nur die Chinesen und die Japaner so.

Mit anderen Worten: Langfristig könnte es auch für uns von entscheidender Bedeutung sein, daß die Sowjetunion wirtschaftlich und politisch in der Lage ist, sich als stabilisierende und aufbauende Macht in Asien zu legitimieren: Asien ist das neue Zentrum der Weltpolitik.

Die innere Entwicklung in der Sowjetunion sollten wir genau und realistisch verfolgen, insbesondere dann, wenn wir wünschen, daß Rußland angesichts des Niedergangs seines Systems die Kraft zu einem Neuanfang findet und damit vielleicht einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten vermag, der bislang in wünschenswertem Maße noch nicht erkennbar ist.

Teltschik

Es besteht hier doch weitgehend Einigkeit darüber, daß es zu Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion - unabhängig von der Person Gorbatschows - letztlich keine Alternative gibt. Heute ist in der Sowjetunion weniger das Ziel der Reformen strittig, sondern eher der Weg und der Zeitraum, in dem man die Reformen durchführen soll. Wir sind uns auch darin einig, daß diese Politik ebenso in unserem Interesse liegt, und bei aller Skepsis und selbstverständlichen Nüchternheit sollte man die Chancen, die sich hier für uns bieten, nicht verkennen. Das heißt, die verstärkte Bereitschaft der Sowjetunion zur Kooperation sollten wir aufgreifen.

Ich sehe auf diesem Felde auch eine Wechselwirkung von Politik und Wirtschaft und teile nicht die Auffassung von Herrn Cantzler, daß die Wirtschaft im Grunde unabhängig von der politischen Entwicklung läuft. Wenn heute über neue Formen der wirtschaftlichen Kooperation gesprochen wird, dann doch deshalb, weil Gorbatschow eine Politik eingeleitet hat, die neue Möglichkeiten eröffnet. Andernfalls könnte die Wirtschaft heute kaum über Projekte nachdenken, die sich jetzt anbieten. Meine Erfahrung ist: Je besser die politischen Beziehungen sind, desto besser steht es in der Regel auch um die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Wenn wir die heutige Lage zwischen Ost und West analysieren, müssen wir nüchtern feststellen: Die beiden Weltmächte haben bereits eine Dichte der gegenseitigen Beziehungen entwickelt, angesichts derer wir Europäer uns fragen müssen, welche Rolle wir da eigentlich noch spielen können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf alle Bereiche erstrecken und nicht nur auf Fragen der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle.

So sprechen die beiden Weltmächte beispielsweise auch über alle wichtigen regionalen Krisenherde dieser Erde, ohne daß wir Europäer dabei irgendeine Rolle spielen. Das reicht von Kambodscha über den Nahen Osten, vom Persischen Golf über Zentralamerika bis zum südlichen Afrika. Auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion laufen in den letzten ein, zwei Jahren sehr intensiv, ohne daß darüber viel nach außen dringt.

Das gleiche gilt für das Thema Menschenrechte. Der sowjetische Botschafter Kwizinski hat mir bei einer offiziellen Unterrichtung gesagt, die Gespräche zwischen Shultz und Schewardnadse über Menschenrechte seien sehr konstruktiv verlaufen. Und die Amerikaner haben berichtet, daß die Sowjets erstmalig nicht erklärt hätten, daß es sich um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion handele. Vielmehr hat man sehr breit über konkrete Projekte gesprochen und Vereinbarungen getroffen.

Wo bleiben da die Europäer? Wo bleibt die Bundesrepublik Deutschland? Wenn man Gorbatschows Politik gegenüber Westeuropa - das betrifft nicht nur die Bundesrepublik - in den drei Jahren seiner Amtszeit analysiert, muß man feststellen, daß er keinerlei konzeptionelle Vorstellungen entwickelt hat.

Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hat sich Gorbatschow an das gehalten, was er dem Bundeskanzler in einem ersten Gespräch gesagt hat, daß die Entwicklung der Beziehungen von der Position der Bundesregierung zu Fragen der Sicherheit und Abrüstung abhängt. Insofern, Herr Bundespräsident, hat auch Gorbatschow die Beziehungen uns gegenüber fast ausschließlich auf Fragen der Sicherheit und Abrüstung reduziert.

Freiherr von Weizsäcker

Das ist nur für ihn vorteilhafter als für uns.

Teltschik

Das ist richtig. Jedenfalls ist die Haltung, die die Sowjetunion heute gegenüber den einzelnen westeuropäischen Staaten einnimmt, in allen Fällen nahezu gleich schlecht oder gleich gut - wie immer man das sehen will. Zu Frankreich sind die Beziehungen zur Zeit fast schlechter als zu uns. Mit Großbritannien gibt es ein besonderes Verhältnis, das mit dem guten Kontakt zwischen Mrs. Thatcher und Herrn Gorbatschow zu tun hat, ohne daß sich in der Substanz irgend etwas bewegt. Die italienischen Kollegen erzählen mir seit zwei Jahren, daß Gorbatschow kommt, aber er ist immer noch nicht gekommen. Die Frage, die sich für uns stellt, lautet also: Hat Gorbatschow uns Europäer bisher eigentlich auf der Rechnung?

Bezüglich des Konzepts eines gemeinsamen europäischen Hauses ist für mich das Interessanteste, ob diese Idee die Überwindung des politischen Anachronismus der Teilung Europas zum Inhalt hat. Zum ersten Mal entwickelt die sowjetische Führung hier eine politische Vorstellung über Westeuropa. Allerdings geben alle sowjetischen Gesprächspartner nach wie vor zu, daß sie die Frage nicht

beantworten können, was denn mit dem gemeinsamen europäischen Haus nun konkret gemeint sei. Insofern sollten wir uns schon darüber Gedanken machen, ob es überhaupt sinnvoll ist, uns auf ein solches Konzept einzulassen. Ich persönlich bin der Meinung: Wenn hier ernsthaft an eine systemüberschreitende Politik gedacht ist, wäre das ein interessanter Ansatzpunkt.

Was in diesem Zusammenhang eine gemeinsame europäische Ostpolitik betrifft, so möchte ich nur darauf verweisen, daß die Bundesregierung in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Frankreich im letzten Jahr das Angebot einer gemeinsamen Außenpolitik unterbreitet hat. Der Bundeskanzler hat in seiner Rede vom 22. Januar 1988 in Paris erneut Frankreich das Angebot einer gemeinsamen Ostpolitik gemacht. Beide Signale sind bisher ohne Antwort geblieben. Wenn ich überhaupt die Chance einer gemeinsamen Außen- oder Ostpolitik der Europäer sehe, dann vor allem zwischen Paris und Bonn. Wenn es da nicht klappt, wo soll es dann sonst gehen? Mrs. Thatcher ist für eine abgestimmte Politik nicht zu gewinnen. Es gab die einmalige Chance einer gemeinsamen Politik unmittelbar nach Reykjavik, als der heilsame Schock seine Wirkung tat, daß sich die beiden Weltmächte über die Interessen der Europäer in Sicherheitsfragen einfach hinwegsetzen könnten. Damals war plötzlich das Gefühl vorhanden, man müsse sich stärker abstimmen. Das ist aber sehr schnell wieder im Sande verlaufen, als die zweite Null-Lösung in die Diskussion kam.

Ich sehe eine Chance, diese Konzentration der beiden Weltmächte aufeinander zu durchbrechen, wenn die Amerikaner aufgrund der Wahlen außenpolitisch nicht mehr voll handlungsfähig sind. Gerade zu dem Zeitpunkt fährt der Bundeskanzler nach Moskau, und der Gegenbesuch Gorbatschows ist bereits für das Frühjahr 1989 vereinbart. Vielleicht wird dann der Sowjetunion wieder bewußt, daß es in Westeuropa Europäer mit eigenständigen Interessen und Möglichkeiten gibt.

Ein kurzes Wort noch zur Rolle der anderen Warschauer-Pakt-Staaten, die, was die Unumkehrbarkeit der sowjetischen Reformpolitik angeht, immer wichtiger werden. Das gilt insbesondere für Ungarn, aber auch für Bulgarien und für Polen. Erste wichtige Ansätze finden sich auch in der Tschechoslowakei. In der DDR dagegen denkt man nicht einmal darüber nach, was Perestroika und Glasnost für dieses Land bedeuten könnten. Auch in der Frage, wie wir unsere Beziehungen zur Sowjetunion gestalten können, finden wir besonders in Ländern wie Ungarn und Bulgarien wirkliche Partner.

Was man bei Gorbatschow tatsächlich als revolutionär bezeichnen kann, sind seine Äußerungen zu ideologischen Fragen - wenn man seine Worte als bare Münze nehmen kann. So hat er zum Beispiel wiederholt davon gesprochen - am 17. Februar 1987 und anlässlich des Jahrestages der November-Revolution oder kürzlich in Jugoslawien;-, daß die KPdSU nicht länger einen Anspruch auf den Besitz der Wahrheit in letzter Instanz erhebt. Wenn er das ernst meint, heißt das, daß Dogmen relativiert werden und damit die sowjetische Politik nach innen und nach außen kompromißfähiger wird. In Jugoslawien hat Gorbatschow deutlich gemacht, daß die sozialistischen Länder eine eigenständige Entwicklung durchführen können, was bisher nicht so selbstverständlich war.

Mich würde interessieren, welches Gewicht man solchen Äußerungen beimessen kann. Wir tun mitunter schon fast so, als spiele die Ideologie überhaupt keine Rolle mehr. Schön wäre es! Wenn die Sowjetunion sich aus Afghanistan zurückzieht, hat das natürlich auch ideologische Wirkungen. In dieser Hinsicht könnte es unter Umständen langfristig mehr an substantiellen Veränderungen geben als in den Fragen der Wirtschaftsreform.

Schmidt-Häuer

Herr Stürmer hat das letzte Fossil eines großen multinationalen Reiches eindrucksvoll beschrieben. Aber im Unterschied zu anderen Kolonialreichen hat Rußland sehr viel länger, nämlich immerhin 400 Jahre gebraucht, um mit Blut und Tränen dieses Imperium aufzubauen. Die meisten anderen Kolonialmächte sind zwar relativ schnell zu ihren Erwerbungen gekommen, haben diese aber auch ebenso schnell wieder verspielt.

Stürmer

Ich sprach nicht von den Kolonialmächten, sondern meinte die Bündelreiche wie das Osmanische Reich oder Habsburg.

Schmidt-Häuer

Bei dem, was Herr Voslensky sagte, habe ich mich nun gefragt, ob nicht gerade die Bürokratie, deren Wirken er so anschaulich dargestellt hat, eines der Bindemittel gewesen ist, die dem russischen und dem sowjetischen Reich ihre Stabilität und Kontinuität gesichert haben. Das Zarenreich ist ja nicht an

der schlechten Administration zerbrochen - die hat noch bis zuletzt funktioniert. Heute steht Gorbatschow jedoch vor dem Problem, daß er diesen bürokratischen Zentralismus überwinden muß, wenn er in der Sowjetunion eine moderne Industriegesellschaft schaffen will. Wird damit nicht aber zugleich dem sowjetischen Imperium der stabilisierende Rückhalt genommen?

Ein anderer Punkt ist die Öffnung der Sowjetunion in der Nationalitätenpolitik. Dieses durchaus notwendige Bemühen birgt erhebliche Gefahren, wie wir in Aserbaidschan und Armenien gerade erleben. Der islamische Fundamentalismus macht ja auch an den Grenzen dieses Landes nicht halt. Es gibt in Baku inzwischen fundamentalistische Zirkel, die selbst in den Russen nur noch westliche Teufel sehen. Auf der anderen Seite braucht Gorbatschow jedoch nicht zu befürchten, daß die verschiedenen Völkerschaften, die jetzt offenere Forderungen anmelden, gemeinsame Sache machen. Denn die katholischen Litauer haben sicher mit den Schlächtern von Sumgait ebenso wenig gemeinsam wie die Esten und ihre alten Hansestraditionen mit jenen ländlichen Teilen Usbekistans, in denen sich noch heute junge Frauen selbst verbrennen, aus Angst, keinen Mann zu finden.

Dennoch sollte man das Stichwort vom "latenten Bürgerkrieg" von Herrn Schlögel ernst nehmen. Die russische Bevölkerung steht unter vielfachem Druck sowohl aufgrund der demographischen Entwicklung als auch im Zuge einer wachsenden Dezentralisierung. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß sich gegen Gorbatschows Reformen ein isolationistischer, vom Westen abgewandter, nationalistisch-russischer Trend breitmacht, der die Perestroika als gefährliche Verwestlichung anprangert. Daraus könnte sich auch die Wende zu einem bedrohlichen Irrationalismus im russischen Zentrum entwickeln.

Gorbatschows Bemühen, sich gegenüber dem Westen zu öffnen, kann also auch als verzweifelter Versuch interpretiert werden, den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums zu verhindern und allmählich den Übergang zu einem Gebilde wie einem sowjetischen Commonwealth zu finden. Das könnte auch für die osteuropäischen Staaten von historischer Bedeutung sein, zumal die Sowjetunion von ihrem Führungsanspruch im sozialistischen Lager allmählich abrückt. Dies ist im Vertrag zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien jetzt erstmals auch in einer bilateralen Vereinbarung festgeschrieben worden.

Ich bin auch nicht so beunruhigt wie Herr Teltschik, daß Gorbatschow kein Konzept gegenüber Europa hat. Das liegt zum Teil daran, daß er aus einer defensiven Position an Europa herangeht. Eine Sowjetunion, die ein festes Konzept gegenüber Europa hätte, würde ich jedenfalls mehr fürchten als eine, die unter Gorbatschows Führung eher defensiv versucht, einen neuen Weg auch in der Außenpolitik zu finden.

Adam-Schwaetzer

Ich meine, unser Interesse am Erfolg von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion besteht schlicht deshalb, weil sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß wir in einer interdependenten Welt leben. Es geht doch nicht darum, den Sowjets zu einer Wohlstandsgesellschaft zu verhelfen, wie Herr Stürmer andeutete, sondern Konsequenzen daraus zu ziehen, daß unsere Sicherheit, aber auch ein Überleben in einer noch relativ intakten Umwelt nur denkbar ist, wenn wir stärker zusammenarbeiten.

Wenn hier des weiteren angemerkt wurde, die Sowjetunion und die USA hätten gegenwärtig besonders enge Kontakte, dann ist das wohl auch deshalb der Fall, weil Reagan und Gorbatschow sich beide bewußt als Regierungschefs von Weltmächten sehen mit einer globalen Verantwortung, die ihr Verhalten dann auch gegenüber anderen Staaten bestimmt. Ich meine aber, diese gute Kommunikation zwischen den beiden Weltmächten kann uns allen zugute kommen. Deshalb müssen wir Europäer unseren Standpunkt stärker bündeln und ihn zur Geltung bringen.

Bei dem Begriff "europäisches Haus", der bisher nicht definiert ist, habe ich den Eindruck, daß Gorbatschow damit nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch operiert, um den Gegnern seines Reformkurses die veränderte Sicht der Dinge klarzumachen.

Es gibt sicherlich noch keine ausformulierte Europapolitik im Kreml, aber die Europäische Gemeinschaft wird zumindest als Realität akzeptiert, was sich nicht zuletzt an den intensiven Gesprächen EG - RGW zeigt, die von der sowjetischen Seite mit großem Nachdruck geführt werden.

Ich meine also, daß wir unseren Teil zu einer Definition des europäischen Hauses beitragen sollten, solange die Positionen noch nicht festgefügt sind. Die Europäer sollten diese Chance nutzen, und zwar sowohl auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene. Dazu würde sich beispielsweise die KSZE als Forum sehr gut eignen, auf dem ja die ganze Breite der Themen abgehandelt wird und wo nicht nur die westlichen NATO-Partner, sondern auch die N-und-N-Staaten eine wichtige Rolle spielen. Im übrigen läßt sich der Begriff "europäisches Haus" durchaus mit dem von uns als Ziel unserer Politik

definierten Begriff der "gesamteuropäischen Friedensordnung" verbinden. Beides könnte in die gleiche Richtung zielen.

Allmählich scheint auch bei den Europäern die Einsicht zu wachsen - das zeigte die letzte Diskussion im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit;-, daß die Europäer sich zu dieser Diskussion eigenständige Beiträge leisten müssen, um die Dynamik der West-Ost-Beziehungen für ihre eigenen Interessen zu nutzen.

Gumpel

Ich möchte noch einmal auf die Mitgliedschaft der Sowjetunion im GATT zurückkommen. Das GATT hat sich ja die Aufgabe gestellt, weltweit den Freihandel zu fördern, und die Sowjetunion ist ein Land mit einer Planwirtschaft. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei sind hier bereits Mitglieder, was zum Teil erhebliche Probleme mit sich gebracht hat. So war Polen beispielsweise nicht in der Lage, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Will die Sowjetunion auf einmal ein Freihandelsland werden? Darum geht es den Sowjets zweifellos nicht. Sie wollen damit sicher einen Ressourcentransfer in ihrem Sinne erreichen.

Dem Westen kann eine Mitgliedschaft der Sowjetunion im GATT kaum etwas bringen; denn das sowjetische Zollsystem beruht auf einem Außenhandelsmonopol, in dem nicht Zölle, sondern Kontingente Einfuhr und Ausfuhr bestimmen. Von dieser Kontingentierung geht man auch im Rahmen der jetzigen Außenhandelsreform nicht ab. Deshalb sehe ich nicht recht, welche Vorteile die Mitgliedschaft der Sowjetunion im GATT eigentlich haben soll.

Der Bundespräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, daß wir die südosteuropäischen Staaten in unseren Überlegungen nicht vernachlässigen sollten. In vielen dieser Staaten steht in den nächsten Jahren ein Führungswechsel an, was für eine systemöffnende Kooperation wichtig werden kann. Lediglich in der Sowjetunion und in Polen ist dieser Wechsel bereits vollzogen. In den anderen Staaten ist die Führungsspitze hoffnungslos überaltert. Was wird nach diesem Führungswechsel geschehen? Die Sowjetunion versucht, diese Staaten wieder stärker an sich zu binden, was vor allem im Bereich der Wirtschaft durch spezielle bilaterale Verträge am RGW vorbei geschieht. Ich denke beispielsweise an langfristige Kooperationsverträge.

Die Frage ist auch, inwieweit die ost- und südosteuropäischen Staaten eine eigenständige Politik gegenüber dem Westen, auch gegenüber der EG, betreiben können. Ist es ihnen überhaupt möglich, ihren Westhandel auszubauen, wenn die Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zunehmen?

Schließlich sollten auch die bestehenden Gegensätze der ost- und südosteuropäischen Staaten untereinander nicht übersehen werden. Das ist besonders eklatant im Fall Ungarn und Rumänien, zwischen denen eine regelrechte Feindschaft herrscht. Es gibt kein Pendant dazu in Westeuropa. Auch die Beziehungen zwischen Polen und der DDR sind nicht gerade ideal. Wohin sich diese Dinge entwickeln werden, ist noch nicht abzusehen.

Pflüger

Ich möchte mich mit einigen Argumenten der Skeptiker auseinandersetzen. Herr Vernet sprach vom Gulag-Effekt und von den gescheiterten Versuchen der Entspannungspolitik in der Breschnew-Ära. Herr Voslensky hat sehr wirkungsvoll geschildert, daß die Reformen jederzeit wieder zurückgenommen werden können; er erwähnte Kontrollen, Reglementierungen und den Geheimdienst. Herr Altmann sprach die allgemeinen Abkoppelungs- und Sonderweg-Ängste an. All diese Hinweise sind sicher berechtigt. Ich frage mich nur: An wen richten sie sich eigentlich? Gibt es hier irgend jemanden, der sich nicht darüber im klaren wäre, daß es in der Sowjetunion nach wie vor den Führungsanspruch einer Partei gibt, die alles wieder zurückdrehen kann? Natürlich gibt es auch alle möglichen Gefahren, die von den außenpolitischen Strategien der Sowjetunion ausgehen. Ich hatte aber nicht den Eindruck, als ich Herrn Bär zuhörte, daß hier ein blauäugiger Appeasement- und Entspannungsfreund seine Interessen außer acht läßt und nur im guten Glauben in der Sowjetunion tätig wird.

Ich meine jedenfalls, daß man sich durch solche Bedenken nicht den Blick verstellen lassen sollte auf all die vielen positiven Ansätze, die hier auch zur Sprache gekommen sind. Jahrelang wurde argumentiert, mit der Sowjetunion könne es erst wirklichen Frieden geben, wenn sie sich verändere. Wir wissen, daß eine solche Veränderung im nuklearen Zeitalter nicht durch Krieg oder durch einen totalen Zusammenbruch der Sowjetunion erreicht werden kann, sondern nur durch eine allmähliche, vorsichtige Reform. Wie aber soll sich die Sowjetunion reformieren, wenn jeder kleinste Reformversuch von Anfang an verdächtig und abqualifiziert wird?

Die Warnung vor Rückschlägen ist sicher legitim; aber wir können doch nicht wegen der Möglichkeit von Rückschlägen ängstlich verharren und die Chance von Fortschritten von vornherein ausschließen. Ich habe manchmal den Eindruck, daß mancher sich in den letzten Jahrzehnten auf ein bestimmtes Bild des Gegners Sowjetunion "eingeschossen" hat, mit dem er ganz gut leben kann und die notwendigen und auch tatsächlich stattfindenden Differenzierungen nicht gern zur Kenntnis nimmt.

Kann man von unserer Seite die systemöffnende Kooperation unterstützen? Ein Schlüssel dafür liegt in der Ausbildungsfrage. Herr Teltschik hat uns in der Pause erzählt, wie das zum Beispiel mit der Volksrepublik China funktioniert. Da werden circa 300 Führungskräfte mit ehemaligen Managern, Verwaltungsbeamten und anderen Experten aus der Bundesrepublik zusammengeführt und trainiert. Warum kann man nicht ähnliche Modelle für die Sowjetunion überlegen? Das ist dann systemöffnende Kooperation, weil ein sowjetischer Manager, der hier ausgebildet worden ist, im Ergebnis später ein anderes Verhalten an den Tag legen wird als früher.

Was riskieren wir eigentlich, wenn es wirklich zu Rückschlägen kommt? Selbst wenn es einen Rückfall in Breschnews Zeiten geben sollte, so sind doch unsere Bemühungen keineswegs umsonst gewesen. Dieses Wissen bleibt doch in der Sowjetunion erhalten und kann vielleicht bei einem neuen Anlauf nützlich sein. Diese Angst vor Rückschlägen scheint mir etwas übertrieben. Wir sollten nicht so kurzatmig denken.

Herr Maier hat gesagt, für die Reformer in der Sowjetunion sei es lebenswichtig, daß es weltwirtschaftliche Verflechtungen gibt, die wir im Interesse der Reformer ermutigen und vorantreiben, aber nicht entmutigen und stoppen sollten. Man sollte deshalb nicht sagen, weil es Probleme mit dem GATT gibt und der Rubel nicht konvertibel ist, habe alles keinen Sinn. Vielmehr kommt es darauf an, mit der Sowjetunion Wege zu finden, wie wir möglicherweise eine Zusammenarbeit in IMF und GATT erreichen können. Man sollte nicht von vornherein aufgrund der Probleme und der Systemschwierigkeiten sagen, das hätte alles sowieso keinen Sinn, sondern es wäre gut, unseren Blick mehr auf die Chancen zu richten, ohne die Probleme dabei zu ignorieren.

Altmann

Seit Monaten erleben wir, wie schwierig es ist, zu einer gemeinsamen, die Industriestaaten verpflichtenden Weltwirtschaftspolitik zu kommen. Ich sehe keinen Grund, zugunsten eines Problempartners dies alles in Frage zu stellen. Die Sowjetunion ist doch gar nicht in der Lage, sich mit eigenem Kapital an dieser Politik zu beteiligen. Sie tritt diesen Organisationen bei, um selbst Kredite zu bekommen. Sie will keine Verantwortung übernehmen, sondern von uns etwas haben.

Da kann man nicht argumentieren, wichtig sei, daß die Sowjetunion überhaupt dabei ist. Uns muß es vielmehr darum gehen, daß die westlichen Industrienationen eine gemeinsame Ordnungspolitik in der Weltwirtschaft betreiben; denn das ist lebenswichtig für den Weltfrieden. Es geht nicht, daß der Schatten der Sowjetunion darüberfällt und alles andere beiseite geschoben wird.

Adomeit

Ich möchte zunächst etwas zum ideologischen Wandel sagen, auf den Herr Teltschik hingewiesen hat. Dieser Punkt ist in der Tat von zentraler Bedeutung. Denn es sind wohl keine wesentlichen gesellschaftlichen Veränderungen, die ja auch langfristig Bestand haben sollen, denkbar, wenn diese nicht in der Theorie abgesichert sind. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß Kursänderungen in der Außenpolitik von Dauer sein könnten, ohne daß vorher ein relativ klares Konzept entwickelt worden wäre: Den eigenen Parteifunktionären muß ja deutlich gesagt werden, wohin die Reise geht.

Die Neuformulierungen in der Ideologie betreffen zum einen den Abbau von traditionellen Vorstellungen über Antagonismus. In der Vergangenheit sind die Elemente des Klassenkampfes stark betont worden, während die universalen Menschheitsinteressen eher als sekundär angesehen wurden. Heute zieht es sich wie ein roter Faden durch die Analysen nicht nur von Wissenschaftlern, sondern auch in den Einschätzungen der Parteiführung, daß der Aspekt der Interdependenz und der globalen Interessen nicht vernachlässigt werden darf.

Damit ist zum anderen die veränderte Einschätzung des "Imperialismus" verbunden. Lenin hatte den Imperialismus noch als höchste Stufe des Kapitalismus und als Nährboden von Krisen, Kriegen und Konflikten bewertet. Heute stellt man in der Sowjetunion zumindest schon die Frage, ob man dem Imperialismus per definitionem aggressive Tendenzen zuschreiben muß. Mit anderen Worten: Neigen die imperialistischen Staaten zwangsläufig zu Militarismus und Krieg? Diese Ansätze zu einer ideologischen Neubewertung scheinen mir von erheblicher Bedeutung zu sein.

Damit einher gehen Neuansätze in der Sicherheitspolitik. Zum Beispiel ist der Begriff der "vernünftigen Hinlänglichkeit" inzwischen auch zu einem zentralen Thema in der sowjetischen Sicherheitsdiskussion geworden. Unter Breschnew wurde immer mit dem Schlagwort der "gleichen Sicherheit" operiert, die so definiert war, daß die regionalen Kräftegleichgewichte zu addieren seien und die Sowjetunion daraus dann ihren Bedarf an Streitkräften, Dislozierung und so weiter ableitete. Die Streitkräftepotentiale Japans, Chinas, der USA, Westeuropas wurden also einfach zusammengerechnet. Die Sowjetunion mußte stärker sein als alle ihre potentiellen Gegner zusammengenommen. Auch hier zeichnet sich, zumindest in der militärwissenschaftlichen Literatur, ein Wandel ab. Die Kriterien dafür, was vernünftig und militärisch hinlänglich sei, werden heute jedenfalls anders definiert.

Ein weiterer Punkt bezieht sich auf die Strategie. Es wird eine Diskussion darüber geführt, ob eine defensive Streitkräftestruktur nicht prinzipiell von Vorteil wäre für die Sowjetunion. Hier gehen die Begriffe in der westlichen Diskussion durcheinander. Die sowjetische Militärdoktrin ist laut sowjetischer Definition im politischen Teil in der Tat immer als defensiv bezeichnet worden. Jetzt wird in der Literatur offen gesagt, die sowjetische Streitkräftestruktur entspreche nicht unbedingt den politischen Kriterien. Damit wird im Grunde zugegeben, daß die Streitkräftestruktur für Angriffsoperationen geeignet sei. Das verbindet sich dann mit Diskussionen über Invasionsfähigkeit und über nicht provozierende Dislozierung der Streitkräftepotentiale.

Ein weiterer Punkt aus der Literatur betrifft die Neudefinition des Begriffes "Korrelation der Kräfte". Besonders unter Breschnew war dies eine zentrale Kategorie für die Gestaltung der Außenpolitik, wobei die militärischen Elemente sehr im Vordergrund standen, was allerdings immer geleugnet wurde. Das hat sich entscheidend verändert. Heute werden die ökonomischen Aspekte in der Korrelation der Kräfte viel stärker betont als die militärischen.

Herr Pflüger hat darauf hingewiesen, daß im Westen bestimmte Vorstellungen über die Sowjetunion bestehen, die man nur ungern aufgibt. Ähnlich ist es in der Sowjetunion mit der Einschätzung des Westens. So gibt es beispielsweise neue Abhandlungen zum Thema "Feindbild". Heute wird argumentiert, die gegenwärtige Situation könne keineswegs mit der von 1941 verglichen werden. Damals stand in der Tat die Existenz der Sowjetunion auf dem Spiel. Das sei zwar im nuklearen Zeitalter immer noch der Fall, aber mit einem wesentlichen Unterschied: Heute stehe die Existenz des Gegners ebenso auf dem Spiel. Wer immer die Sowjetunion oder das sozialistische Lager angreife, müsse mit der Gewißheit der eigenen Vernichtung rechnen. Ich könnte weitere Beispiele für den Umdenkungsprozeß anführen, der jetzt in der Sowjetunion stattfindet.

Was ist von alledem zu halten? Ist das alles nur Propaganda und Augenwischerei, um uns einen Wandel in der Sicherheitspolitik zu suggerieren? Ich habe nicht den Eindruck; es findet zur Zeit eine echte Diskussion in der Sowjetunion statt, an der nicht nur verschiedene Forschungsinstitute, sondern auch die politische und die militärische Führung sowie traditionelle und progressive Elemente in der Partei beteiligt sind. Hinter den Neuansätzen steht insgesamt so etwas wie eine Neubewertung der Kosten und der politischen Vorteile der militärischen Konkurrenz. Aufgrund der Erfahrungen in den 70er und Anfang der 80er Jahre haben die Sowjets erkannt, daß sich militärische Machtvorteile regional und global nicht problemlos, wenn überhaupt, in politischen Einfluß ummünzen lassen. Und mit Afghanistan werden der Sowjetunion zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte die Grenzen ihrer Macht gezeigt, eine Erfahrung, die andere Länder, etwa die USA in Vietnam, schon hinter sich haben.

Wie steht es nun schließlich mit der Verbindung dieser neuen Denkansätze mit der praktischen Politik? Was bedeutet all das für eine systemöffnende Kooperation? Das INF-Abkommen kann man in diesem Zusammenhang nur bedingt für "neues Denken" anführen, denn es fügt sich größtenteils noch in den Ansatz Breschnews zur Denuklearisierung Europas ein. Es gibt aber auch hier einige neue Elemente, die für Rüstungskontrollverhandlungen auf anderen Gebieten von Bedeutung sein könnten. Ich denke zum Beispiel an die Verifikation. Zum ersten Mal hat die Sowjetunion entgegen der sowjetischen und auch der russischen Tradition ihre Grenzen für ausländische Inspektoren geöffnet. Das ist eine erstaunliche Entwicklung. Auch das Prinzip der Asymmetrie ist hier zum ersten Male akzeptiert worden.

Das INF-Abkommen hat jedoch an den militärischen Optionen der Sowjetunion praktisch nichts geändert. Wenn nur zwei oder drei Prozent des nuklearen Potentials der Sowjetunion gestrichen werden, ist die Sowjetunion nach wie vor in der Lage, alle von ihr anvisierten Ziele mit den ihr verbleibenden nuklearen Streitkräften ohne weiteres abzudecken. Auch deshalb ist für uns entscheidend, ob die Asymmetrien, die im konventionellen Bereich vorhanden sind, von der Sowjetunion tatsächlich schrittweise abgebaut werden.

Ein letzter Aspekt, der auch für die Kooperation von großer Bedeutung ist, betrifft die immer noch tief verwurzelte Geheimniskrämerei in der Sowjetunion im militärischen Bereich, gegen die sich auch sowjetische Wissenschaftler und Publizisten wenden. Bei den SALT-Verhandlungen Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre verfügten selbst die Mitglieder der sowjetischen Verhandlungsdelegation aus dem Außenministerium nicht über das sowjetische Zahlenmaterial; das war ihnen von den Militärs als "geheim" vorenthalten worden, und es blieb ihnen gar nichts anderes übrig, als sich in den Verhandlungen an den westlichen Schätzungen, zum Beispiel des International Institute for Strategie Studies, zu orientieren. Dieser Zustand beginnt sich allmählich zu ändern, obwohl Zivilisten mit Informationen immer noch sehr kurzgehalten werden.

Deshalb sollte man jetzt für die neuen Verhandlungen, wie Genscher es formuliert, Gorbatschow beim Wort nehmen und realistische Zahlen von der Sowjetunion fordern, und zwar nicht nur, was die Streitkräfte und ihre Dislozierung, sondern auch was den Anteil der militärischen Kosten an der sowjetischen Volkswirtschaft angeht. Der Verhandlungsprozeß könnte dann diejenigen Kräfte in der Sowjetunion stützen, die mehr Glasnost im militärischen Bereich fordern.

Senghaas

Bei den sicherheitspolitischen Dimensionen der systemöffnenden Kooperation stimme ich mit der Bewertung von Herrn Adomeit weitgehend überein. Auf diesem Gebiet gibt es mittlerweile bemerkenswerte neue Akzentsetzungen, die man vor zwei oder drei Jahren noch für völlig undenkbar gehalten hätte.

Es findet wirklich ein tiefgreifender Wandel statt. Die Diskussion darüber beispielsweise, ob ein Nuklearkrieg führbar sei oder nicht, ist in der Sowjetunion inzwischen beendet; er gilt als nicht führbar. Diese Bewertung war vor zehn Jahren im militärischen Bereich - nicht im politischen - noch relativ offen. Hier hat die politische Diskussion, die sich seit den 70er Jahren schon etwas gewandelt hatte, jetzt deutliche neue Akzente gesetzt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß Gorbatschow nunmehr sagt, ebenso sei der konventionelle Krieg gerade in Europa nicht mehr führbar, wobei er auf die 200 Kernkraftwerke in diesem Raum hingewiesen hat, deren Zerstörung die Lebensgrundlagen hier vernichten würde.

Was die Militärdoktrinen angeht, so werden diese heute nicht nur im Hinblick auf ihren defensiven Charakter diskutiert, wie Herr Adomeit sagte. Es wird jetzt nämlich die weitergehende These vertreten, daß die Militärapparate von ihrer Struktur her angriffsunfähig sein müssen. Eine solche Position ist bisher nicht einmal im Westen so ohne weiteres akzeptiert worden. Für die Sowjetunion ist sie geradezu revolutionär; denn dort hatte man sich erklärtermaßen auf eine offensive Vorwärtsverteidigung festgelegt. Damit wird nunmehr die ganze Streitkräftestruktur grundsätzlich in Frage gestellt. Das ist erstaunlich.

Erstaunlich ist auch das Eingeständnis, daß es Ungleichgewichte und Asymmetrien in Europa gibt - insbesondere im konventionellen Bereich;- die abgebaut werden müßten, und zwar nicht dadurch, daß derjenige nachrüstet, der weniger hat, sondern dadurch, daß derjenige abrüstet, der mehr hat. Auch das hat es bisher so nicht gegeben.

In verschiedenen Dokumenten, beispielsweise im Jaruzelski-Plan, ist von einer Entflechtungszone die Rede, die frei sein soll von schwerem angriffsfähigen Gerät, also etwa eine panzerfreie Zone. Das ist eine Idee, die im Westen, insbesondere von Brzezinski, bereits artikuliert wurde.

Die tiefgreifenden Inspektionskontrollen sind erwähnt worden. Die Sowjetunion ist dabei, auch in anderen Dimensionen eigene Positionen grundsätzlich zu überdenken. Herr Adomeit hat das Prinzip der Hinlänglichkeit genannt, das im sicherheitspolitischen Bereich eine wichtige neue Direktive sein könnte.

Nun kann man fragen, ob alle diese Dinge auch von operativer Bedeutung sind und tatsächlich in Politik umgesetzt werden. Inwieweit wird aus der angekündigten Perestroika in den nächsten Jahren konkrete Politik? Ich meine, man sollte die Äußerungen ernst nehmen. Sie haben in der Sowjetunion ein viel größeres Gewicht, als wir, von unseren eigenen politischen Äußerungen ausgehend, normalerweise unterstellen.

Auch das INF-Abkommen von Dezember 1987 weist Indizien auf, die darauf schließen lassen, daß man an operative Politik denkt. Zum einen berührt dieses Abkommen einen politisch sensiblen Bereich; denn die Pershings und SS 20 wurden zu hochpolitisierten Waffensystemen. Zweitens handelt es sich um technologisch neuestes Gerät, das nun abgerüstet wird. Das ist einmalig in der Geschichte der Rüstungskontrolle. Drittens geht man von ungleichen Kürzungen aus. Das ist für eine

künftige kooperative Sicherheitspolitik in Europa von erheblicher Bedeutung; denn gleiche prozentuale Kürzungen auf beiden Seiten wären im europäischen Kontext sinnlos, wo die Ungleichgewichte in verschiedenen Bereichen so offen zutage liegen. Und viertens sind die Vorortinspektionen zu nennen, die ebenfalls beispiellos sind, wenn man sie etwa mit den Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen vergleicht, die wenige Monate zuvor in Stockholm auf der KVAE-Konferenz beschlossen wurden.

Hier wurde gefragt, wie ein europäisches Haus ausgestattet sei. Zu ihm gehören gewiß die neuen sicherheitspolitischen Konzeptionen, einschließlich einer Verminderung der Rüstungen auf ein wesentlich niedrigeres Niveau. Auch das Prinzip konventioneller Stabilität gehört dazu, also die Angriffsunfähigkeit beziehungsweise die beiderseitige Defensivfähigkeit der Militärapparate. Dies wären neue strukturelle Elemente in der sicherheitspolitischen Architektur Europas. Sie beinhalteten zugleich Krisenstabilität; das heißt, man würde in Krisen auf eine Sicherheitsstruktur zurückgreifen können, die vorwegnehmende Einsätze militärischer Apparate unwahrscheinlich macht.

In diesem europäischen Haus, in dem es gerade im sicherheitsmilitärischen Bereich eine viel größere Transparenz gäbe, würden also Grundlagen geschaffen, die die überkommenen Bedrohtheitsvorstellungen, die ja nicht unbegründet waren, verlässlich beseitigen könnten. Hier ist in der Tat neues Denken angesagt, und es wäre gut, wenn der Westen auf das neue östliche Denken frühzeitig mit eigenen Konzeptionen antworten würde. Nur so bestünde eine Chance, die Tragfähigkeit einer neuen Sicherheitsstruktur auszuloten und damit auch vermittels einer neuen Sicherheitspolitik ein Stück systemöffnender Kooperation zu realisieren.

Altmann

In diesem "gemeinsamen" Haus der europäischen Sicherheit sollen die Amerikaner keine Wohnung haben? Das Ziel der sowjetischen Politik ist es bisher gewesen, die USA als eine in Europa präsente Position in die Rolle einer Interventionsmacht zurückzudrängen. Was Breschnew mit der Aufrüstung wollte, will Gorbatschow mit der Abrüstung erreichen. Wir hingegen müßten den Amerikanern in Europa eine Eigentumswohnung, nicht nur eine Unterkunft im Hotel garni bereithalten.

Senghaas

Aus den sowjetischen Erklärungen zur Sicherheitspolitik der letzten zwei Jahre geht eindeutig hervor, daß die Anwesenheit Amerikas in Europa als selbstverständlich gegeben unterstellt wird.

Adomeit

Gorbatschow hat während der Jugoslawienreise noch einmal expressis verbis gesagt, natürlich sollten die USA in Europa eine Rolle spielen. Das war wohl im Kontext von Sicherheitsvereinbarungen gemeint.

Senghaas

Die Anwesenheit der USA wird ja auch in den Wiener und den Stockholmer Verhandlungen als selbstverständlich unterstellt.

Blech

Ich stimme Herrn Teltschik zu, daß die Idee vom europäischen Haus ein wichtiges Signal darstellt. Es weist darauf hin, daß man die Verhältnisse in Europa nicht mehr unter dem Aspekt der Konfrontation sehen will. Wollte man einen historischen Vergleich wagen, könnte man vielleicht sagen: Was sich hier abzeichnet, ist eine Rückkehr zur petrinschen Westwendung, die nach 1917 aufgegeben worden war.

Gorbatschow hat dabei wahrscheinlich vielfältige Motive. Im Vordergrund dürfte die Einsicht stehen, daß er ein kooperatives Verhältnis zum Westen braucht, um die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit der Sowjetunion zu steigern. Das war auch Peters eigentliches Motiv. Ein vorteilhafter Effekt könnte als erwünschtes Nebenprodukt einer solchen Wendung auch darin bestehen, das Verhältnis der Sowjetunion zu den mit ihr verbündeten mittel- und osteuropäischen Völkern psychologisch zu entlasten, die nie aufgehört haben, sich als Europäer zu fühlen. Aber wie immer gehen historische Vergleiche nicht restlos auf: Das Rußland Peters des Großen war immerhin ethnisch und geographisch ein fast rein europäisches Land.

Eine Frage, die auf weite Sicht im Auge zu behalten wäre, lautet daher: Wie steht es mit einem Usbekistan oder Aserbaidschan oder Armenien im europäischen Haus? Könnte beim Gedanken vom

europäischen Haus auch das Interesse eine Rolle spielen, in der Sowjetunion die Dominanz der Russen als Europäer zu affirmieren? Könnten wir damit als Europäer in Anspruch genommen werden, in diesem Haus gemeinsam gewisse Herrschaftsmechanismen gegenüber den Nichteuropäern in der Sowjetunion aufrechtzuerhalten?

Allerdings lässt sich zur Architektur, Infrastruktur und Möblierung des europäischen Hauses noch nicht viel sagen. Wir haben es bislang mit einem Gedanken und noch nicht mit einem Konzept zu tun. Aber ist es überraschend, wenn die sowjetische Seite sich bisher schwer damit tat, ein schlüssiges Konzept zu entwickeln. Wenn man bestimmte außenpolitische Vorstellungen operativ machen will, dann geht es eben nicht nur um Prinzipien und Strategien, sondern auch um Apparate und Prozeduren, in denen sie erarbeitet und umgesetzt werden. War denn Moskau bisher überhaupt in der Lage, ein Konzept für seine Politik des europäischen Hauses zu entwickeln?

Priorität hatte für die Sowjetunion zunächst natürlich die Bereinigung des Verhältnisses zu Amerika. In diesem Bereich war es für Gorbatschow vor allem möglich, in relativ kurzer Zeit für die sowjetische Bevölkerung greifbare Erfolge zu erzielen; denn die Perestroika in Wirtschaft und Gesellschaft kann ja erst langfristig Ergebnisse zeitigen. Es wird lange dauern, bis die Menschen wirklich mehr einkaufen können und sich darüber freuen. Bisher konnte er eigentlich nur in der Abrüstungsfrage und bei Afghanistan mit Aussicht auf baldige konkrete Ergebnisse agieren. Bei all den anderen Dingen, die im internationalen Bereich in Angriff genommen wurden, handelt es sich aber um Bereinigungen oder Positionswahrunen; bei ihnen ging es noch nicht wirklich um neue Substanz. Bei Europa wird es aber gerade darum gehen. Aber für die weiterführenden Fragen bleibt im Augenblick sicher keine Zeit. Wieviel Überzeugungsarbeit muß beispielsweise im Innern noch geleistet werden? Und in der Außenpolitik konzentriert ein Mann wie Schewardnadse zunächst seine Arbeitskraft ganz überwiegend auf Amerika. Da bleibt für Europa bisher einfach nicht die nötige Zeit. Deshalb ist es wichtig, daß wir Europäer uns immer wieder in Erinnerung bringen und unser Interesse an einer Intensivierung der Kontakte bekunden, ohne daß sich heute schon substantiell etwas formulieren läßt.

Mein Fazit ist: Wenn INF ratifiziert und vielleicht auch eine START-Einigung erzielt ist, wird man in Moskau anfangen, sich über Europa sehr viel konkretere Gedanken zu machen. Dann werden wir vielleicht einen kleinen Wettstreit der "Amerikanisti" und der "Germanisa" und anderer „-isti" erleben. Aber wir selbst sind ja in unserem Denken auch noch recht unvorbereitet, eine Frage, die nicht nur die Bundesregierung betrifft. Hier wird das ganze westliche Europa gefordert sein. Hoffentlich werden auch die anderen Westeuropäer begreifen, daß man die Diskussion, die dann kommen mag, auf gemeinsamer Basis und in großer Geschlossenheit wird bestreiten müssen, wenn sie fruchtbar sein soll.

Herr Pflüger hat eine phantasievolle Außenpolitik angemahnt. Aber eine Tochter der Phantasie ist die Vorsicht. Nur wer Phantasie hat, kann sich Gefahren vorstellen. Die Möglichkeit von Rückschlägen sollte uns sicher nicht von einer aktiven Gestaltung der Außenpolitik abhalten. Die Alternative wäre Immobilismus. Was wir brauchen, ist eine ebenso aktive wie differenzierte und rationale Außenpolitik, die jede Chance zum Besseren zu nutzen vermag, die Risiken nicht unterschätzt und die für den Fall von Rückschlägen immer noch über ein Instrumentarium von Aushilfen verfügt. Dafür ist durchaus viel Phantasie gefordert.

Ritter

Wir sprechen hier ja über Perspektiven, die unserem Handeln als Orientierung dienlich sein können. Herr von Weizsäcker hat zu Beginn unserer Diskussion gesagt, es gehe im Blick auf die derzeitigen sowjetischen Reformanstrengungen nicht um die Frage, ob wir es künftig mit einer stärkeren oder schwächeren Sowjetunion zu tun haben werden. Entscheidend sei vielmehr, welche Kooperationsmöglichkeiten ein "neues Denken" eröffne, die zur friedenssichernden Konfliktregulierung beitragen, wenn und insoweit die sehr ausgreifenden Reformansagen in die Praxis umgesetzt werden.

Worum es uns vor allem gehen muß, ist - längerfristig gesehen - eine qualitative Veränderung traditioneller Machtinteressen und Machtpraktiken. Mit den atomaren Waffen sind wir gleichsam am Ende der Fahnenstange angelangt. Konventionelle militärische Macht - essentielles Rüstzeug des Nationalstaats - diene der Behauptung nationaler Interessen. Bei der Ausgestaltung von Interdependenz geht es jedenfalls nicht primär um nationale Vorteile, die man etwa durch entsprechende Formen von Kooperation erlangen kann, sondern um die Herausbildung einer andersartigen internationalen Infrastruktur, die eine Umorientierung sehr grundlegender Art erfordert.

Während also militärische Macht bei Wahrung der Pattstellung an instrumentalem Wert einbüßt, gilt es, die Voraussetzungen und neue Instrumente für den angemessenen Umgang mit dieser

entstehenden internationalen Infrastruktur zu schaffen. Das bezeichnet die Doppelaufgabe, die es zu meistern gilt. Bislang fehlen uns weithin noch die Kategorien zu ihrer konzeptionellen Bewältigung.

Ich würde Herrn Senghaas fast in allem folgen, was er zur Sicherheitsfrage gesagt hat. In der Sowjetunion werden in der Tat Fragen der militärischen Doktrin neu durchdacht und auch offen diskutiert. Das ist so neu und beachtlich. Noch ist indessen nicht recht zu sehen, inwieweit das in operative Praxis umgesetzt werden wird. Die nukleare Pattstellung bleibt aber als Rahmenbedingung wechselseitiger Neutralisierung der militärischen Potentiale vorerst unentbehrlich.

Ich würde deshalb das "gemeinsame europäische Haus" nicht so sehr in der Perspektive der Herausbildung neuer, spezifisch sicherheitspolitischer Strukturen sehen. Die bipolare Struktur nuklearer Pattstellung ist dominant vorgegeben. Europäisch-regionalistische Sicherheitsvorstellungen wären ihrer Stabilisierung eher abträglich. Bei der Ausgestaltung eines "gemeinsamen europäischen Hauses" sollte es darum auch nicht um irgendeine neue Mächtegruppierung gehen, was etwa das Stichwort Mitteleuropa suggerieren mag, sondern um die Entwicklung eines die Systemgrenze transzendierenden Bindegewebes in Wahrnehmung neuartiger Erfordernisse und als Ausdruck eines entsprechend veränderten Machtverständnisses.

Schröder

Ich bin durch dieses Gespräch eher in meiner Skepsis bestärkt worden, zumal hier manche Hoffnungen geäußert wurden, die sich so sicher nicht erfüllen lassen. Insofern empfand ich die sehr nüchterne Beurteilung der Möglichkeiten durch die Herren der Wirtschaft als sehr wohltuend, die vor allzuviel Optimismus gewarnt haben. Die Vorstellung, der Kapitalismus könne zu einer Art Reparaturbetrieb für den Sozialismus werden, der nicht nur materielle, sondern auch geistige Mittel zur Verfügung stellt, scheint mir weit übertrieben zu sein. Damit tut man auch den Firmen, die dort Geschäfte machen, keinen Gefallen; denn sie werden auch nach Gorbatschow noch weiterarbeiten wollen, so wie sie schon vorher gute Geschäfte bei Breschnew gemacht haben.

Die Entwicklung der letzten Jahre gemahnt zur Vorsicht. Das Beispiel Ungarn ist im Westen jahrelang als positiv angesehen worden. Heute sind die Ungarn das pro Kopf am höchsten verschuldete Land in Osteuropa. Es geht ihnen schlechter denn je. Alle Hoffnungen haben sich dort in Verzweiflung verwandelt. Wir sollten also unsere Möglichkeiten nicht überschätzen. Am Ende muß, wie Herr Kind sagte, die Rechnung stimmen.

Von Mitteleuropa war die Rede. Mitteleuropa hat es in dieser Form nie gegeben, es ist am Panlawismus und Pangermanismus zerbrochen. Es wird auch kein Europa in Form eines europäischen Hauses geben. Es gibt ja nicht einmal ein gemeinsames westeuropäisches Haus. Die Hoffnungen auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik sind wahrscheinlich vergeblich. Bei Herrn Vernet ist ja deutlich geworden, daß man sich hinsichtlich der französischen Politik in dieser Frage keine Illusionen machen sollte.

Frau Adam-Schwaetzer hat darauf hingewiesen, daß die Osteuropäer daran interessiert sind, ihren Spielraum zu erweitern. Aber auch da darf man sich keinen Illusionen hingeben. Gerade in diesem Punkt zeigt sich bei Gorbatschow ein erheblicher Widerspruch. Auf der einen Seite ist er verbal bereit, den Osteuropäern mehr Freiheit zuzugestehen. In der Tat ist ein militärischer Eingriff, wie etwa in Prag, heute kaum mehr denkbar. Auf der anderen Seite erwartet er von der Perestroika auch bei den Osteuropäern gewisse Fortschritte. Denn wenn in den anderen sozialistischen Ländern nichts vorangeht, hat das natürlich negative Auswirkungen auf seine eigenen Reformanstrengungen in der Sowjetunion. Ebenso wenig kann ihm an Unruhe im Ostblock liegen. Auch das könnte gegen ihn ins Feld geführt werden.

Unsere Möglichkeiten, Gorbatschow zu helfen, sind daher äußerst begrenzt. Wie sollten wir wohl auf Herrn Honecker einwirken? Wir können nicht über Osteuropa die sowjetische Reformpolitik fördern. Die osteuropäischen Staaten verfolgen durchaus ihre eigenen Interessen, auch gegenüber der Sowjetunion, und wir müssen diese Länder so nehmen, wie sie sind.

Wir sollten uns auf diesem Gebiet sehr viel pragmatischer verhalten. Wir laufen immer ein wenig Gefahr, daß wir zu sehr auf die Supermächte starren und uns auf unsere Rolle ihnen gegenüber, insbesondere gegenüber der Sowjetunion, zu sehr fixieren. Diese Perspektive mag verführerisch sein. Diesen Eindruck hatte ich auch bei Herrn Teltschik, als er meinte, die Amerikaner würden in der nächsten Zeit vornehmlich durch die Wahlen gebunden sein, und dann könnten wir die Gelegenheit nutzen, mit den Sowjets mehr über das europäische Haus zu reden. In Bonn hat es schon manche Illusion darüber gegeben, was man mit der Sowjetunion machen könnte. Hier wäre wieder eine.

Das gilt natürlich noch viel mehr für die Vorstellungen, ob wir irgend etwas tun könnten, um dem sowjetischen Imperium im Kampf gegen den Islam zu helfen. Moskau weiß selber keine Antwort, und wir wissen auch keine. Es hat keinen Zweck, sich darüber Gedanken zu machen. Hier können wir gar nichts tun. Im Zweifelsfalle würden wir damit nur den Eindruck erwecken, als wollten wir den russischen Nationalismus oder Chauvinismus unterstützen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Wir sollten das Ganze mehr als einen historischen Prozeß verstehen, bei dem sich die Sowjets selber helfen müssen, und wir sehr viel weniger beitragen können, als wir manchmal offensichtlich glauben. Diesen Prozeß wird auch Gorbatschow nicht zu Ende führen können. Wenn ich nur an die vier Aufgaben denke, die Herr Leonhard genannt hat, dann werden ganze Generationen von Reformern daran zu arbeiten haben. Das kann Gorbatschow allein nicht schaffen.

Leonhard

Herr Stürmer hat sicher recht, daß wir das sowjetische Machtdenken nicht unterschätzen dürfen. Es gibt nach wie vor ernst zu nehmende Apparate in der Sowjetunion, die dem traditionellen Machtdenken verhaftet sind und die wir nicht negieren können.

Auf der anderen Seite können wir aber auch die zwischenzeitlichen Veränderungen nicht ignorieren. In den letzten drei Jahren ist die Armee in der sowjetischen politischen Machthierarchie zurückgedrängt worden. Der Verteidigungsminister war zum Beispiel in der Sowjetunion stets ein Vollmitglied des Politbüros. Erstmals war Marschall Sokolow nur Kandidat des Politbüros; das heißt, er durfte an der Beschlußfassung nicht teilnehmen und wurde auch nicht zu allen Sitzungen eingeladen. Sechs Tage nach dem Flug des deutschen Sportfliegers Mathias Rust Ende Mai 1987 wurde Sokolow abgesetzt. Dimitri Jasow, sein Nachfolger, ist nur General und dürfte auf der militärischen Rangliste etwa Platz 27 einnehmen.

Zum ersten Mal wurde die These "gemeinsame Sicherheit" offen proklamiert; zum ersten Mal besteht seitens der Sowjetunion die Bereitschaft zur Inspektion und Verifikation, was bisher stets abgelehnt worden ist. Festzustellen ist des weitern eine Distanzierung von den "Ländern mit sozialistischer Orientierung" in der dritten Welt und Kritik am Sandinisten-Regime in Nicaragua, sowie am Castro-System in Kuba, wonach diese an veralteten Vorstellungen festhielten.

Die Okkupation Afghanistans galt bis 1985 als eine "heroische Tat des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte". Im März 1986 sprach Gorbatschow von einer "blutenden Wunde" und bekundet die ernst zu nehmende Bereitschaft, zu Kompromißlösungen zu kommen. Die Sowjetpolitik im Nahen Osten war bis 1985 eindeutig orientiert auf die PLO unter Arafat, auf Syrien unter Assad und Libyen unter Oberst Gaddafi. Seitdem gibt es eine deutliche Hinwendung auf die gemäßigten arabischen Länder, feudale Monarchien eingeschlossen; die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Oman und den Emiraten; die Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudi-Arabien; eine veränderte Stellung zu Ägypten und Kontaktaufnahme zu Israel.

All das zeigt: Man muß immer beides sehen und sorgfältig abwägen: die traditionellen Machtstrukturen und die neuen Aspekte.

Das gleiche gilt auch für das, was Michael Voslensky über die bürokratischen Machtstrukturen gesagt hat und die Prozeduren, die sowjetische Gäste vor ihrer Ausreise zu durchlaufen haben. Natürlich besitzt auch eine Einrichtung wie der KGB nach wie vor eine außerordentliche Machtfülle, und die Mehrheit seiner Funktionäre steht dem Reformprozeß Gorbatschows sicher eher abwartend und skeptisch gegenüber, um es vorsichtig auszudrücken.

Gleichzeitig gibt es jedoch neue Aspekte. Die Zahl der ausländischen Besucher der Sowjetunion ist drastisch gestiegen. Die Kontrolle ist zwar immer noch vorhanden, aber bereits geringer als vor drei Jahren. Die Gäste können heute freimütiger reden; sie treffen sich mit Dissidenten auf offiziellen Veranstaltungen und geben Interviews mit Radio Liberty.

Herr Teltschik hat auf die ideologischen Veränderungen hingewiesen, die ich für außerordentlich bedeutsam halte. Sie begannen am 22. August 1986 mit einer Kritik an der Zeitschrift "Kommunist", die sich so las, als ob sie von Dissidenten geschrieben worden sei. Sie setzte sich fort in der Feststellung von Michail Gorbatschow auf der Januar-Sitzung 1987 des Zentralkomitees, die sowjetischen Gesellschaftswissenschaften stünden heute auf dem Stand der 30er und 40er Jahre. Die Ablehnung der Unfehlbarkeit der Partei ist inzwischen wiederholt ausgesprochen worden, einschließlich der Bereitschaft, Fehler in der sowjetischen Außenpolitik offen zu diskutieren. Es werden neue sowjetische Geschichtsbücher in unterschiedlichen Versionen für den gesamten Bildungsbereich ausgearbeitet. Es erscheinen soziologische und ökonomische Forschungsarbeiten, die diesen Namen verdienen und nicht mehr, wie Gorbatschow zu Recht kritisierte, verlängerte

Geburtstagstoasts sind. Es gibt vor allem auch die ganz offensichtliche Zurückdrängung der weltrevolutionären Komponente. An all dem können wir nicht vorbeigehen.

Nun meine Einschränkung. Die einzigen, die sich von Seiten des Politbüros in dieser Frage öffentlich engagieren, sind Gorbatschow und Jakowlew, im außenpolitischen Bereich auch Schewardnadse und Dobrynin. Das Politbüro besteht aber aus 13 sowjetischen Führern. Alle anderen haben bisher dazu geschwiegen.

Damit komme ich zu der Grundfrage. Es gibt gegenwärtig in der Sowjetunion keine einheitliche politische Machtelite. Vielmehr gibt es verschiedene Gruppierungen, die unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Reformer wollen Strukturen weitreichend verändern; die Technokraten wollen ein bißchen Flickwerk im Wirtschaftssystem; eine dritte Gruppierung, die ich nicht Konservative, sondern Breschnewisten nennen würde, wollen am alten festhalten. Diese drei unterschiedlichen Richtungen der politischen Machtelite sollte man vor Augen haben und dann abschätzen, welche Gruppierung in welche politische Richtung zu operieren sucht.

Im Unterschied zu Herrn Pflüger würde ich den Rückfall in den Breschnewismus für eine Katastrophe halten. Das wäre ein Kurswechsel mit entsetzlichen Folgen nicht nur für die sowjetische Bevölkerung, sondern, etwas zeitversetzt, auch für die sowjetische Außenpolitik. Das könnte sich auch negativ auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen - und Berlin - auswirken.

Daher meine Schlußfolgerung: Wir können in diesem Ringen der sowjetischen Weltmacht nicht neutral sein, sondern uns muß daran gelegen sein, daß der beginnende Reformprozeß fortgesetzt wird. Wir sollten Euphorie und Überoptimismus vermeiden - aber auch mißtrauisches Verharren auf den alten Feindbildern. Anstelle der bekannten Formel von Egon Bahr "Wandel durch Annäherung" würde ich diese These vorschlagen: "Annäherung bei Wandel und mit Wandel". Je mehr Glasnost weitergeht und je mehr Perestroika beginnt, um so größer sollte unsere Kooperationsbereitschaft sein. Andererseits sollte uns ein eventueller Rückschlag nicht gleichgültig sein und neutral lassen, sondern müßte entsprechend beantwortet werden.

Um dieser Situation gerecht zu werden, würde ich unter "systemöffnender Kooperation" eine deutsche Ostpolitik in drei Richtungen verstehen:

1. Die Bereitschaft zur Kooperation mit der Sowjetunion in Abrüstungsgesprächen und anderen politischen Aspekten der Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.
2. Die Entwicklung der wirtschaftlich-technologischen Kooperation in allen Aspekten, wo dies möglich ist.
3. Das offene Eintreten für Menschenrechte. Dies bedeutet neben der Klärung der Ausreise vor allem die Ausdehnung von Besuchsreisen, um direkte Kontakte zwischen Bürgern der beiden Länder zu ermöglichen und zu intensivieren, die Einstellung der Störsender gegen die russischsprachigen Sendungen der Deutschen Welle und die Unterstützung der Bestrebungen, für eine vergrößerte kulturelle Autonomie der Sowjetdeutschen.

Die Betonung der Menschenrechte in den erwähnten Fragen bedeutet keine Störung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, sondern im Gegenteil: Nicht wenige Anhänger der Sowjetreform würden dies sogar von uns erwarten. Damit würden wir dem Reformprozeß helfen.

Wir sollten in unserer Ostpolitik von der realen Situation in der Sowjetunion ausgehen, die geprägt ist einerseits durch viele alte Machtstrukturen und altes Denken, andererseits aber durch weitgehende Reformvorschläge und positive Veränderungen im Bereich der Glasnost. Dies erscheint mir der Ausgangspunkt für eine differenzierte Politik einer systemöffnenden Kooperation.

Engert

Ich hatte nicht den Eindruck, Herr Leonhard, daß Herr Pflüger einen Rückfall in den Breschnewismus auf die leichte Schulter nehmen wollte. Ihm ging es lediglich darum, durch unsere Unterstützung des Reformprozesses in dieser Phase, irreversible Veränderungen zu schaffen, die auch dann wirksam wären, selbst wenn sie zeitweise durch Rückschläge überdeckt würden.

Am Ende dieser Berliner Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises sage ich allen Teilnehmern Dank. Besonders dem Herrn Bundespräsidenten und Herrn Körber.

Wenn ich ein Resümee ziehen darf: Wir haben an diesem Tag, und das gilt für alle Referenten und Diskutanten, bewiesen, daß wir hier in der Bundesrepublik neu denken können. Neu denken bedeutet anders denken. Also: aufbrechen und öffnen überkommener Kategorien. Wir haben heute das Berliner Sprichwort dementiert: "Haben wir immer so gemacht, werden wir so weitermachen, könnte ja jeder

kommen." Gorbatschow ist für uns nicht "jeder". Er ist ein besonderer. Er verkörpert eine Chance. Nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für unsere gegenwärtige, noch von der Bipolarität geprägten Welt. Eine Chance. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Eine Chance, wie sie seit 1945 noch nicht bestanden hat. Sollte Gorbatschow erfolgreich sein, dann wird danach der ewige Friede nicht ausbrechen. Denn die Konstante in der Politik ist und bleibt das Interesse.

Deshalb ist heute hier im Schloß Bellevue auch nicht blauäugig argumentiert worden. Es war eine realistische Debatte. Ihr Ziel konnte nicht sein, eine stringente Strategie zu entwickeln. Vielmehr ging es um eine Analyse, zu der die Wissenschaft, die Wirtschaft und die Politik beigetragen haben. Daß wir auf handfeste Daten häufig verzichten mußten, ist nicht unsere Schuld. Wir müssen uns mit Annäherungswerten begnügen, weil Glasnost zum Beispiel für die Statistik der Sowjetunion noch ein Fremdwort ist.

Wir dagegen hier im Bergedorfer Gesprächskreis praktizieren Glasnost seit eh und je. Wir machen unsere Debatten öffentlich. Es ist eine der wesentlichen Stärken eines demokratischen Gemeinwesens, daß es offen diskutiert. Daraus leiten wir keinen Hochmut gegenüber denen ab, die den Bürger mit dem Untertan gleichsetzen, den man nach einem längst überholten Prinzip der Kindererziehung "nichts hören und sehen lassen darf". Aber das freie Für und Wider stattet uns mit Selbstbewußtsein und Selbstgewißheit aus. Systemöffnende Kooperation ist nicht gleichbedeutend mit der Bereitschaft, unsere Werte zur Disposition zu stellen. Unser Ethos ist nicht verhandlungsfähig. Ich vermute, daß das Protokoll unserer Tagung eines Tages auch in Moskau auf dem Tisch liegen wird. Die Leser dort werden bei der Lektüre erfahren, daß die Bundesrepublik ein essentielles Interesse am Reformprozeß in der Sowjetunion hat. Weil sein Erfolg die Bedingung und damit die Antwort auf das mit einem Fragezeichen versehene Motto unserer Zusammenkunft wäre: Systemöffnende Kooperation?

Wir können das System in der Sowjetunion nicht ändern. Das muß von der Sowjetunion selbst geschehen. Zu Beginn unserer Tagung heute morgen habe ich Lichtenberg zitiert: "Es muß erst anders werden, damit es besser werden kann." In der Sowjetunion sind seit Gorbatschow Indikatoren der Veränderung zu sammeln. Es gibt die Voraussetzungen für eine Besserung. Ob sie Wirklichkeit werden wird, werden wir vielleicht in fünf Jahren auf einer neuen Zusammenkunft des Bergedorfer Gesprächskreises feststellen können. Daß wir die Besserung wünschen, das hat auch mit dem Ort zu tun, an dem wir heute tagten: mit Berlin. Diese Stadt wird nicht am Anfang einer neuen Qualität der Kooperation zwischen Ost und West stehen. Deshalb wäre es für Berlin von hohem Nutzen, wenn diese neue Qualität bald zum Ereignis werden würde.

Körper

Darf ich zunächst Ihnen, lieber Herr Bundespräsident, danken, daß Sie es ermöglichen konnten, den ganzen Tag an unserem Gesprächskreis mitzuwirken. Wir alle haben von diesem Gespräch profitiert, am meisten aber vielleicht die Sowjetunion, deren Vertreter nicht, wie bei den letzten Tagungen in Moskau und Budapest, mit an unserem Tische saßen, deren Reformpolitik jedoch unsere ganze Sorge galt.

Ich halte als ein wichtiges Ergebnis der Diskussion fest: Wir alle stimmen darin überein, daß der Reformprozeß in der Sowjetunion unsere volle Aufmerksamkeit und Sympathie verdient. Wir sind in diesem Falle beides zugleich: Zuschauer und Betroffene! Denn ein Scheitern der Perestroika und damit ein Sturz Gorbatschows könnten auch auf die sowjetische Außenpolitik durchschlagen, die gegenwärtige Entspannungspolitik gefährden und zu einer Verhärtung sowohl in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik als auch auf allen anderen Gebieten der Zusammenarbeit, der Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Kultur und Menschenrechte führen.

Ich meine, die Bedeutung dessen, was gegenwärtig in der Sowjetunion geschieht, kann von uns gar nicht überschätzt werden. Lassen Sie mich folgenden Vergleich wagen: So wie Lenin einst durch die bolschewistisch-kommunistische Revolution die Welt verändert hat, wird Perestroika, wenn sie nach den Vorstellungen von Gorbatschow verwirklicht werden kann, wiederum die Welt revolutionierend verändern. Mit Perestroika steht doch zwangsläufig das sozialistisch-kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem als Ganzes - auch in den anderen sozialistischen Staaten - auf dem Prüfstand der Geschichte. Wenn also Perestroika Erfolg haben sollte, wird der Westen gefordert sein, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten neu zu gestalten.

In welcher Aufbruchstimmung sich die Neugestaltung bereits befindet, ist ja durch die Beiträge der Wirtschaftsexperten in unserer Tagung deutlich geworden. Sie haben doch gezeigt in welchem katastrophalen Zustand sich diese Länder nach Jahren sozialistischer Planwirtschaft hineinmanövriert haben. Diese Situation läßt sich zweifellos nicht von heute auf morgen verändern. Wir haben uns also

auf einen langfristigen Modernisierungsprozeß einzustellen, den wir zwar wohlwollend und unterstützend begleiten, aber kaum wesentlich beeinflussen können. Wie Herr von Weizsäcker sagte: Wir im Westen haben in der Hinsicht keine Bringschuld abzuleisten, wir sind es nicht, die Perestroika zum Erfolg verhelfen können; das kann nur die Sowjetunion selbst bewirken.

Auch ist dem Bundespräsidenten voll zuzustimmen, daß sich der Westen um eine abgestimmte, gemeinsame Politik und Strategie gegenüber dem Osten bemühen sollte, damit wir nicht nur auf sowjetische Vorschläge reagieren. Systemöffnung bedeutet mithin auch Offenheit auf unserer Seite für neues Denken. Daß dies nüchtern und unter Abwägung aller Risiken und Gefahren geschieht, ist hier ebenfalls mehrfach unterstrichen worden.

Schließlich noch ein Hinweis auf das "gemeinsame europäische Haus". Über diesen Begriff Gorbatschows wird derzeit viel geredet, obwohl keine Klarheit besteht, wie denn eigentlich Architektur und Inneneinrichtung dieses europäischen Hauses aussehen sollen. Auch auf diesem Felde sollten die Westeuropäer nicht abwarten, was die östliche Seite vorschlägt, sondern eigene Vorstellungen dazu entwickeln, insbesondere darüber, auf welche Essentials - zum Beispiel das Wohnrecht der USA - wir auf gar keinen Fall verzichten dürfen, wenn dieses Haus für uns bewohnbar werden soll.

Ich schließe die Tagung mit dem Wunsch, daß das Protokoll über unsere Gespräche zu einem Interessenausgleich zwischen Ost und West beiträgt.